

Bernd Rill (Hrsg.)

FRANKREICHS GRANDEUR – EINST UND JETZT

AMZ

93

Argumente und Materialien
zum Zeitgeschehen

Bernd Rill (Hrsg.)

FRANKREICHS GRANDEUR – EINST UND JETZT

Impressum

ISBN	978-3-88795-435-2
Herausgeber	Copyright 2014, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel. 089/1258-0 E-Mail: info@hss.de , Online: www.hss.de
Vorsitzende	Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a.D.
Hauptgeschäftsführer	Dr. Peter Witterauf
Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
Leiter PRÖ / Publikationen	Hubertus Klingsbögl
Redaktion	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser (Chefredakteur, V.i.S.d.P.) Barbara Fürbeth M.A. (Redaktionsleiterin) Susanne Berke, Dipl. Bibl. (Redakteurin) Claudia Magg-Frank, Dipl. sc. pol. (Redakteurin) Marion Steib (Redaktionsassistentin)
Druck	Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Hausdruckerei, München

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

INHALT

- 05 EINFÜHRUNG**
Bernd Rill
- 11 VERBLASST DAS JAKOBINISCHE GESELLSCHAFTSIDEAL?**
Joseph Jurt
- 19 DER SCHOCK DER „GRANDE GUERRE“**
Frankreich im Ersten Weltkrieg
Daniel Mollenhauer
- 31 1919-1939: FRANKREICHS SICHERHEIT DURCH HEGEMONIE?**
Roland Höhne
- 37 VICHY UND DIE KOLLABORATION**
Klaus-Ulrich Hammel
- 49 GROßMACHTANSPRUCH UND ARABISCHE POLITIK**
Roland Höhne
- 57 FRANKREICHS PREKÄRE ROLLE IN DER GLOBALISIERUNG**
Henrik Uterwedde
- 65 FRANKREICHS EUROPAPOLITIK: WIE PHOENIX AUS DER ASCHE?**
Gisela Müller-Brandeck-Bocquet
- 75 FRANKREICHS STREITKRÄFTE ZWISCHEN INTERNATIONALEM
GESTALTUNGSANSPRUCH UND NATIONALEN BUDGETZWÄNGEN**
Ronja Kempin
- 85 ZUR WELTGELTUNG DER FRANZÖSISCHEN KULTUR IM
ZEITALTER DER GLOBALISIERUNG**
Volker Steinkamp

EINFÜHRUNG

BERND RILL || Wie definiert, beschreibt, misst man die „Grandeur“ eines Staates? Auf diese Frage sind zu verschiedenen Zeiten verschiedene Antworten möglich. Es bieten sich quer durch die Geschichte viererlei Maßstäbe an: politische, militärische, ökonomische, kulturelle, um in vereinfachenden Schlagworten zu bleiben. Das Mongolenreich der „Goldenen Horde“ in Russland und Westasien dürfte man wohl auf ganz überwiegend militärische Grandeur festlegen können, den Stadtstaat Athen kurz vor seinem Aufgehen in der römischen Provinz „Achaia“ (also kurz vor 146 v.Chr.) hingegen auf die kulturelle Komponente. Aber Frankreich hatte nach allen vier Maßstäben Grandeur, und in dieser Publikation wird der Frage nachgegangen, wie viel davon ihm noch heute zuzuerkennen ist.

An mehr als an ein zeitgeschichtliches Bild ist dabei nicht gedacht, denn eindeutige Verfalls-Szenarien mögen gut sein für Schlagzeilen, aber wer wüsste nicht, dass solche Szenarien sich einfach besser verkaufen als Optimismus oder differenzierende Herangehensweise. Deshalb befand Nicolas Beytout im konservativen „Figaro“ vom 20. März 2007: „Frankreich fühlt sich in schlechtem Zustand, und dennoch hat es alles, um sich gut zu fühlen.“

Nichtsdestoweniger ist der Niedergang Frankreichs ein Thema, das, über grelle Schlagzeilen hinaus, die französische Öffentlichkeit nicht loslässt und unter den renommierten Intellektuellen der Hauptstadt fast schon eine eigene Literatur- und Essay-Gattung hervorgerufen hat, die „declinologie“. Dahinter muss ein Stand des Bewusstseins vermutet werden, der jedenfalls in dem Teil der Nation, der für den öffentlichen Diskurs relevant ist, allgemein vorhanden ist und der sich dabei auf Denkmuster einlässt, die den gebildeten Franzosen vertraut sind.

Ein solcher Diskurs ist geschichtsgesättigt, natürlich im Sinne einer positiven Sonderrolle Frankreichs unter den Staaten Europas, wenn nicht gar der Welt, und das in einer Dimension, die den durch zwei verlorene Weltkriege hindurchgegangenen Deutschen fremd ist. Die Unterschiede in der historisch-politischen Men-

talität zwischen Deutschen und Franzosen sind überhaupt derart deutlich, dass auch die intensive, stabile, wünschenswerte und zukunftsfähige Zusammenarbeit beider daran so bald nichts ändern wird. Diese Publikation soll auch ein Beitrag dazu sein, für die andere Mentalität Frankreichs das Verständnis zu fördern. Auch einen Partner in Freundschaft muss man in seiner ganz spezifischen Eigenart zu erfassen versuchen, denn das fördert die Freundschaft.

Zum Stichwort „geschichtsgesättigt“: Die französische Entwicklung seit der Formation des west-karolingischen Teilreiches nach dem Vertrag von Verdun (843) wurde in der Retrospektive als eine virtuelle Nachfolgerschaft des Römischen Reiches interpretiert, mit welchen Argumenten und Konstrukten, muss allerdings eher die Mediävisten interessieren als unsere Publikation. Jedenfalls liegen die Wurzeln der in der Moderne sprichwörtlich gewordenen „exception française“ schon im Mittelalter. Die substantivische Vokabel deutet darauf hin, dass der heute empfundene Verlust an „Grandeur“ einen sehr hohen Vergleichsmaßstab bemüht, der eine Kontinuität des gut durchorganisierten Staates seit Karl dem Kahlen, dem König der Teilung von 843, bis heute postuliert. Das stößt bei der Betrachtung der internen Verhältnisse und politischen Entwicklung zwar an sei-

ne Grenzen, da die Revolution von 1789 ff. bis hin zur endgültigen Konstituierung der Republik (1879) zwischen Monarchisten, Bonapartisten und Republikanern scharf umstritten war, aber wird aufrechterhalten im Verhältnis zum europäischen Ausland, das an die „*exception française*“ nicht recht glauben wollte. Die Fallhöhe ist also desto dramatischer, je mehr an Vorstellungen von historischer Dignität sie zur Voraussetzung hat.

Da man sich also für unser Thema auf das Feld der Historie begeben muss, ist der Gedanke naheliegend, dass auch der hier thematisierte Verlust an Grandeur einen Vorlauf hat, der nicht erst mit der deutschen Wiedervereinigung von 1990, der EU-Erweiterung nach Osten und Südosten und insgesamt mit der Relativierung der Position Europas in einer Welt der multipolaren (oder US-gesteuerten, darauf kommt es hier nicht an) Globalisierung einsetzt.

Es sei die These gewagt: Der Niedergang Frankreichs als einer Vormacht, Einflussmacht, kulturellen Führungsnation beginnt schon mit dem Zusammenbruch des napoleonischen Imperiums, besiegelt durch die Niederlage von Waterloo (1815). Der große Napoleon hatte die Kräfte Frankreichs auf eine Weise überbeansprucht, die nichts anderes als Erschöpfung hinterlassen konnte. Nach Waterloo war eine französische Hegemonie in Europa nicht mehr möglich, die machtpolitisch und militärisch verstandene „*exception française*“ war an ihr Ende gekommen. Das napoleonische Imperium war ein lehrbuchtauglicher Fall von „*imperial overstretch*“ gewesen.

Bonaparte generierte den Bonapartismus, das war der letzte Sieg, den der krebserkrankte Empereur von seinem fernen Verbannungsort St. Helena aus errang und dessen politische Ideologie seinen Neffen als Napoleon III. in Frankreich wieder an die Herrschaft brachte (1851/52). Bekanntlich endete diese zweite Kaiserherrschaft auf französischem Boden mit der Niederlage und Gefangennahme Napoleons III. bei Sedan und dem anschließenden Sieg der Deutschen auch über die Dritte Republik, die kurz nach Sedan dem Kaiserreich nachgefolgt war (1870/71).

Dabei sind die Entwicklung von „Second Empire“ und Dritter Republik als Hinweis

dafür geeignet, dass der Verlust an Grandeur nicht als linearer Prozess zu beschreiben ist. Denn unter Napoleon III. hat Frankreich eine durchgreifende Modernisierung erlebt, man könnte den Neffen des großen Korsen fast schon mit den „Entwicklungsdiktatoren“ der Dritten Welt im 20. Jahrhundert vergleichen. Und die Republik hat durch einschneidende Heeresreformen und intensiven Festungsbau an der Grenze zum deutschen Kaiserreich (ein Name für alle: Verdun) die richtigen Lehren aus dem militärischen Versagen im Krieg von 1870/71 gezogen. Dadurch bewahrte Frankreich seinen Status als einer der großen Akteure im Spiel des „Europäischen Gleichgewichts“ und blieb ein begehrter Bündnispartner.

Und durch das ganze 19. Jahrhundert blieb Paris so etwas wie die kulturelle Hauptstadt Europas, letztlich unangefochten durch alle internen Wirren (Revolutionen von 1830, 1848, die blutige „Pariser Kommune“ von 1871) und auch durch alle äußeren Niederlagen.

Im Ersten Weltkrieg hat das Land schwere Verluste an Menschenleben und im Norden auch an Material und Infrastruktur hinnehmen müssen, die es derart an den Rand seiner Leistungsfähigkeit brachten, dass der Schluss nicht abwegig ist, es hätte ohne britische und insbesondere, gegen Kriegsende, amerikanische Unterstützung dem deutschen Ansturm wieder nicht standgehalten.

Doch gegenüber dem besiegten Deutschland war es nach Kriegsende aufgerufen, ohne die USA, die sich aus der europäischen Politik zurückzogen, und ohne viel britische Rückenbedeckung die Nachkriegsordnung zu wahren. Ein spezieller Beitrag in dieser Publikation stellt dar, dass es damit, je länger desto deutlicher, überfordert war, auf politischem, militärischem, aber auch auf ökonomischem Gebiet. Eine Hegemonie auf dem Kontinent war nur durch die Niederhaltung Deutschlands zu gewährleisten, doch nicht nur Hitlers aggressive Außenpolitik, sondern das überlegen deutsche Potential an sich machten diese Aufgabe auf Dauer unmöglich. Die ab 1930 gebaute Verteidigungslinie an der deutschen Grenze, die nach dem Kriegsmagister Maginot benannt wurde, war das sichtbare Zeichen des französischen Hegemonieverzichts – was einige hohe Militärs damals

auch offen aussprachen: Wer nur sein eigenes Territorium verteidigen will, verzichtet von Anfang an auf „power projection“ nach außen.

Im Mai / Juni 1940 fiel die französische Armee bekanntlich binnen weniger Wochen der deutschen „Blitzkriegs“-Strategie zum Opfer. Die Niederlage war noch viel deutlicher als die von 1870/71. Die Folgen für das französische Selbstbewusstsein wurden nur dadurch relativiert, dass Deutschland den Krieg am Ende dennoch verlor, wenn auch nicht mit einem entscheidenden französischen Beitrag zu diesem Ende. Die Vichy-Regierung und Kreise der politisch maßgeblichen Öffentlichkeit hatten zunächst, auch aus ideologischen Gründen, eine dauernde Unterordnung unter Deutschland akzeptiert. Die Anstrengungen der Resistance und der militärische Beitrag de Gaulles mit seinen Streitkräften von „France libre“ hätten nicht genügt, dem Land einen offiziell gleichberechtigten Status an der Seite der Sieger zu verschaffen, wenn die Briten nicht darauf bestanden hätten, um im Nachkriegseuropa Unterstützung gegen den sowjetischen Koloss zu erhalten.

Dennoch ist die Rolle de Gaulles für die Nachkriegsgeschichte Frankreichs kaum zu überschätzen. Der General hatte die erklärte Absicht, mit der „Verwicklung in den Abstieg“ zu „brechen“, so Alain Duhamel in „La Marque et la Trace“. Seine Memoiren begann er später mit dem programmatischen Satz: „Während meines ganzen Lebens habe ich mir eine bestimmte Idee von Frankreich gemacht.“ Er sagt es tatsächlich nicht genauer, er sagt nur: „une certaine idee de la France“. Das wird in den folgenden Sätzen auf für einen derart vielseitigen Politiker und Praktiker merkwürdig poetisierende Weise nicht etwa näher ausgeführt, sondern nur umspielt: „Was in mir an Affektivem ist, stellt sich natürlich Frankreich vor, wie eine Prinzessin in den Märchen oder die Madonna auf Mauerfresken, wie für ein hervorragendes und exzeptionelles Geschick bestimmt.“

Doch dann wird der Autor handfester: „Frankreich ist nicht wirklich es selbst, wenn es nicht einen ersten Rang besetzt; dass nur ausgreifende Unternehmungen in der Lage sind, die Gärstoffe der Zerstreuung auszugleichen, die sein Volk in sich selbst trägt; dass unser Land, so wie es ist, unter den anderen, so wie

die sind, unter dem Druck von tödlicher Gefahr in die Höhe blicken und sich aufrecht halten muss. Kurz, nach meiner Auffassung kann Frankreich ohne Grandeur nicht Frankreich sein.“

Solches Pathos klingt für viele wohl nicht mehr ganz zeitgemäß. Man könnte auch bemerken, dass die Formulierung von der „bestimmten Idee von Frankreich“ geborgt erscheint aus einem programmatischen Satz des revanchistischen, antisemitischen Blut- und Boden-Schriftstellers (darauf hatten die Barden des „Dritten Reiches“ kein Monopol) Maurice Barres (1862-1923): „Wenn man von Frankreich eine bestimmte Idee vorgibt, dann heißt das auch, dass man uns erlaubt, eine bestimmte Rolle zu spielen.“ Damit soll nicht behauptet werden, der Staatsmann der historischen deutsch-französischen Aussöhnung sei gleichen Geistes Kind gewesen wie Maurice Barres. Es soll nur gesagt sein, dass einem Nationalgefühl über die Dispositionsmarken hinaus, die man setzen kann, um das Vorhandensein einer Einheit namens „Nation“ zu konstatieren, stets ein unauflösbares Moment von Irrationalität innewohnt, denn präzise Analyse und der Stolz, der den Glauben an „Grandeur“ trägt, sind zwei verschiedene Dinge.

Außerdem entwickelte de Gaulle beim Abfassen seiner Memoiren einen literarischen Ehrgeiz, wie er bei deutschen Spitzenpolitikern unüblich sein dürfte. Er versuchte, seine Prosa an dem stilistischen Vorbild des schwungvollen Romantikers Chateaubriand zu orientieren – daher wohl die Prinzessin und die Madonna gleich zu Beginn, und er borgte eben auch bei Maurice Barres, denn dieser konnte nun einmal hinreißend schreiben.

De Gaulle hat eine sehr ambitionierte Außenpolitik betrieben und damit Frankreich nachhaltig in den Mittelpunkt weltweiter Aufmerksamkeit gerückt, gerade als mit dem desaströsen und für das Mutterland aussichtslosen Krieg in Algerien Ersteres ein wesentliches Attribut seiner Weltgeltung verlor. Aber eigentlich hat er an Frankreichs Position in der Welt nichts Substantielles geändert, und er wusste selbst, dass das auch gar nicht möglich war. Den ständigen Sitz im Sicherheitsrat der UNO, eine hervorragende Plattform, um sich weit und breit Gehör

zu verschaffen, hat er geerbt; die europäische Integration hat er grundsätzlich anerkannt, was angesichts der Aussöhnung mit Deutschland logisch war; seine ehrgeizige Ostpolitik, als ob Frankreich mit der Sowjetunion auf gleichem Machtniveau hätte verhandeln können, fand ihre deutliche Grenze darin, dass er den sowjetischen Wunsch nach Anerkennung der Teilung Deutschlands klar zurückwies. Seine „arabische Politik“ war eher originell dadurch, dass er sich nach dem 6-Tage-Krieg vehement gegen Israel positionierte, als dass sie Frankreich deshalb bei den arabischen Staaten strategisch zu nennenden Einfluss verschafft hätte. Und die Förderung von Rüstungsexport, so sehr sie bei allen Beteiligten eine Rolle spielt, wird man nicht als die Hauptaufgabe von Außenpolitik bezeichnen wollen. De Gaulle hat die Amerikaner vielfach herausgefordert, aber trotz des Bestehens auf eigener atomarer Bewaffnung hat er den amerikanischen atomaren Schutz für Westeuropa doch stets zu schätzen gewusst, und das Verlassen des westlichen Bündnisses musste ihm bei seinem entwickelten Gespür für Machtpolitik wie ein Sprung ins Nichts erscheinen. Dass er die militärische Integration der NATO verlassen hat, darf diese Konstante nicht vergessen lassen. Denn er hat es wohlweislich unterlassen, aus dem Bündnis gänzlich auszutreten.

Wenn der General also die außenpolitische Welt eigentlich gar nicht verändert hat, warum ist er dann für die französische Nachkriegsgeschichte so wichtig? Man kann hier anführen, dass die auf ihn zugeschnittene Verfassung der „Fünften Republik“ dem Lande bis heute eine schlagkräftige Exekutive sichert, die außenpolitisch entscheidend ins Gewicht fallen kann. Das hat Präsident Sarkozy bewiesen, als er im August / September 2008 den Konflikt zwischen Russland und Georgien vermittelte, ferner, als er sich 2011 für die Bombardierung des Libyen von Muammar al Ghaddafi stark machte. Präsident Hollande ist solchen Handlungsmustern gefolgt, als er 2013 in Mali und in der Zentralafrikanischen Republik intervenierte.

Da diese Aktionen aber auch die Grenzen französischer Machtprojektion aufgezeigt haben, müssen wir auf die obige Frage zurückkommen. Da bietet die Feststellung des Historikers

Maurice Vaisse einen Hinweis: „Es ist das Wort (*le verbe*) des Generals de Gaulle, das die Grandeur Frankreichs geschaffen hat.“ Der hochliterarische Ausdruck „*le verbe*“ klingt an an das „Wort Gottes“, meint also nicht einfach das Reden, sondern das Aufweisen von übergreifenden Zusammenhängen, meint Sinnstiftung für das Leben überhaupt. Der Sinn aber ruht in der emotional, bedingten „bestimmten Idee von Frankreich“. De Gaulle hat durch seine vielen engagierten, programmatischen, rhetorisch sorgfältig gemeißelten Reden und Pressekonferenzen, die für ihn ein sehr wichtiges Führungsmittel waren, den Franzosen darüber hinweggeholfen, dass die Zeiten ihres großen historischen Ruhmes, ihrer Grandeur, vorbei sind, dass sie eine europäische Macht mit einigen anderen zusammen sind und im Weltmaßstab nur eine Mittelmacht. Die listige Idee, den französischen Einfluss durch Ausnützung der integrativen Strukturen in der EU international zu stärken, widerspricht grundsätzlich dem Gedanken der europäischen Integration, hat dementsprechend viele Gegner in der EU und ähnelt zu sehr den in die Historie abgesunkenen Hegemonie-Bestrebungen, um weit führen zu können.

Frankreich ist nach wie vor weltweit präsent mit seinen „Territoires d’Outremer“ und „Departements d’Outremer“, von St. Pierre et Miquelon vor der Küste von Neufundland über die Karibik und Guayana bis zur Komoren-Insel Mayotte im Indischen Ozean und bis nach Polynesien im Südpazifik. Seine umfassende Organisation der „Francophonie“ zeugt von dem fortbestehenden Anspruch, ganz global eine kulturbestimmende Nation zu sein, und tatsächlich wäre die Welt ohne die französische Sprache und Kultur unendlich ärmer. Die Sonne der ehemaligen Grandeur strahlt noch – aber im Abendschein.

Wir Deutsche sollten jedoch den Stolz der meisten Franzosen auf ihre Geschichte und Tradition nicht als unzeitgemäße Don-Quijoterie abtun, sondern besser ein wenig neidisch über den Rhein blicken. Denn man muss nicht undifferenziert über das alte Preußen der Aufklärungszeit, die Weimarer Klassik oder sonst ein Phänomen, das sich aus unserer Vergangenheit immer noch vorweisen lässt, zu schwärmen

anfangen, um zu erkennen: In der Vergangenheit ruhen lebendige Kräfte, auf die wir zur Bewältigung der Zukunft lieber nicht verzichten sollten. Das können wir von den Franzosen lernen.

|| BERND RILL

bis Dezember 2013 Referent für Recht, Staat, Europäische Integration, Integrationspolitik und Dialog der Kulturen, Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München

VERBLASST DAS JAKOBINISCHE GESELLSCHAFTSIDEAL?

JOSEPH JURT || Was kann man unter dem jakobinischen Gesellschaftsideal verstehen? Ich denke, man kann hier drei Aspekte unterscheiden: zunächst einmal die Säkularreligion der Nation, die eine Bindekraft entfaltet und soziale Kohäsion schafft; dann das unmittelbare Verhältnis des Bürgers zum Staat ohne Vermittlungsinstitutionen und schließlich die zentralistische Organisation des Staates. Bestimmen diese Prinzipien, die auf das Konzept der modernen Nation zurückgehen, die durch die Französische Revolution entstand, heute noch die Gesellschaft unseres Nachbarlandes oder gehören sie endgültig der Vergangenheit an? Eine Antwort darauf ist nicht einfach.

DIE IDEE DER NATION ALS SÄKULARRELIGION

Die Idee der Nation als Bürgernation, so wie sie im Kontext der Französischen Revolution entstand, wurde zu einer Orientierungsmatrix, die eine Identitätswirkung auslöste, welche nur mit der zu vergleichen ist, die das Christentum während Jahrhunderten ausübte. Die Idee der Nation bestimmte nicht nur das Leben, sondern auch die Bereitschaft zum Opfertod (*pro patria mori*). Das moderne Nationalbewusstsein, das sich damals ausbildete, übte eine dem konfessionellen Wir-Bewusstsein ähnliche identitäre Funktion aus. Die Nation wurde zum Objekt einer Sakralisierung.

Die neue, nationale Identitätsvorstellung artikulierte die Opposition zum Ancien Régime – ähnlich wie zur Zeit der Reformation – mit der symbolischen Waffe des Bildersturms, der allerdings nach einer ersten Welle der Gewalt rationalisiert wurde und sich auf das Emblematische beschränkte.

Das Pathos des Neubeginns ging bis zur Schaffung eines neuen Kalenders, der den bisherigen Zeitrhythmus radikal verändern sollte. Robespierre unterstrich, dass man bei den Repräsentationsformen früherer Systeme keine Anleihen machen könne: „Die Theorie der revolutionären Regierung ist so neu wie die Revolution, die sie hervorgebracht hat. Wir brau-

chen danach nicht in den Büchern politischer Schriftsteller zu suchen, die diese Revolution nicht vorausgesehen haben, und auch nicht in den Gesetzbüchern von Tyrannen, denen es genügte, ihre Macht zu missbrauchen und die sich wenig um den Nachweis ihrer Legitimität scherten.“¹

Die Idee des totalen Bruchs mit der Vergangenheit, der Wille, eine völlig neue Ordnung zu begründen, waren in der Tat konstitutiv für das neue Selbstverständnis der französischen Republik. Ihr zentrales Credo war, nach Mona Ozouf, die Idee der alterslosen Revolution; jede Generation könne sich als erste betrachten und die Revolutionäre seien Kinder ohne Mutter, gemäß dem Motto aus Montesquieus „Esprit des lois (prolem sine matre creatam)“, sie seien in der Lage, die soziale und politische Ordnung völlig neu zu konzipieren. Die Franzosen suchten so ihre republikanische Identität im Bruch mit der Zeit, d. h. der Vergangenheit, während die Vereinigten Staaten sich in der räumlichen Trennung vom „Mutterland“ konstituierten.²

Die Nation, die sich nun als eigenständiges Subjekt verstand, musste sich ihre Symbole selber schaffen. Sie tat dies teils durch die Substitution katholischer Riten durch rationalistische Gegenmodelle, häufig in antiker Einkleidung (Fest des höchsten Wesens) oder durch die

Säkularisierung christlicher Kultformen (etwa durch den Märtyrerkult, den man Marat widmete, dessen Statue an die Stelle der Heiligenstatuen trat).³

Zu den neuen offiziellen Symbolen, die der moderne Nationalstaat, der aus der Französischen Revolution hervorging, sich zu eigen machte, zählten vor allem die Trikolore, die Marseillaise und die Figur der Freiheit, die zur Verkörperung der Republik wurde. Im Kontext der neoklassischen Antikenrezeption hatte die weibliche Allegorie der Freiheit mit den der *manumissio* entlehnten Attributen der phrygischen Mütze (*pileus*) auf einem Stabe (*vindicta*) zuerst Eingang in die Formensprache der jungen amerikanischen Republik gefunden und wurde von der Ersten Französischen Republik übernommen. Auch das Symbol der phrygischen Mütze (für uns Jakobinermütze) war anglo-amerikanischen Ursprungs und wurde von der Französischen Revolution über diesen Umweg rezipiert.⁴

Dieser neue Typus von Symbolen hatte nicht mehr bloß eine unmittelbare Funktion als Erkennungszeichen in der kriegerischen Auseinandersetzung, verwies auch nicht auf ein Herrschergeschlecht, sondern übersetzte das Zugehörigkeitsgefühl der Bürger, die nun die Quelle der Souveränität darstellten und das Geschick der Nation mitbestimmten.

Die Sakralisierung der Nation bewirkte unzweifelhaft, dass der Wille einer grundlegenden Neugestaltung der politischen Ordnung im Sinn einer Partizipation aller Bürger gegen die Privilegienordnung des Ancien Régime irreversibel wurde. Die unbedingte Schärfe der internen Abgrenzung erklärt auch den missionarischen Charakter, den die Revolution annahm.

Was erstaunt, ist, dass selbst Geister, die dem Christentum nahestanden, die säkularisierte Religion der Nation bestätigten, indem sie den Tod für das Vaterland mit dem Opfertod Christi in Verbindung brachten. Die Ausführungen von Joseph de Maistre in den *Soirées de Saint-Petersbourg* zeugen davon.

Emile Durkheim hat seinerseits sehr klar gesehen, wie die Säkularreligion der Nation den Platz des Christentums einnahm, um die Kohärenz der Gesellschaft zu garantieren. „Zwischen der Wissenschaft und dem Glauben gibt es

Zwischenbereiche; es sind dies gemeinsame glaubensähnliche Haltungen aller Art in Bezug auf scheinbar weltliche Gegenstände wie die Nationalflagge, das Vaterland, bestimmte politische Organisationsformen, bestimmte Helden oder historische Ereignisse. [...] Sie sind in einem gewissen Sinn nicht von spezifisch religiösen Glaubensüberzeugungen zu unterscheiden.“⁵

Entfaltet die Säkularreligion der Nation heute noch in Frankreich diese Bindekraft? Zweifellos findet man am Nationalfeiertag, dem 14. Juli, mit der Parade auf den Champs-Élysées eine noch relativ ungebrochene Form der Selbstdarstellung der Nation, der man kaum anderswo in Europa so begegnet. Aber schon beim Bicentenaire der Französischen Revolution, 1989, entfalteten die alten Symbole nicht mehr die ungebrochene Wirkung. Damals fiel der spielerische Umgang mit diesem Erbe auf, etwa wenn man in Läden Mini-Guillotinen feilbot. Das stand im Gegensatz zum Ernst der Debatten über die Nationalsymbole in den osteuropäischen Ländern, die nach der Implosion des Sowjet-Imperiums ihre volle Souveränität wieder erreichen konnten.⁶

Vor allem seit der Jahrhundertwende finden die Nationalsymbole in Frankreich nicht mehr fraglose Resonanz bei den Bürgern. Anlässlich eines Freundschaftsspiels im Stade de France zwischen den Fußball-Nationalmannschaften von Frankreich und Algerien am 6. Oktober 2001 wurde die *Marseillaise* ausgepiffen und die Sportministerin, die Ruhe schaffen wollte, mit einer Wasserflasche beworfen. Am 11. Mai 2002 wurde die Nationalhymne anlässlich eines Spiels zwischen dem SC Bastia und dem FC Lorient von korsischen Fans ausgepiffen. Staatspräsident Chirac verließ die Tribüne, das Spiel wurde unterbrochen und erst nach einer Entschuldigung des Präsidenten der Französischen Fußball-Federation wieder aufgenommen. Im März 2003 wurde dann in einem Gesetz der „outrage au drapeau ou à l’hymne national“ zu einem Delikt erklärt. Die Nationalhymne wurde aber auch weiterhin ausgepiffen: 2007 in Spielen mit Italien und Marokko, 2008 bei einem Freundschaftsspiel mit der Mannschaft von Tunesien. Die Regierung erklärte darauf, dass jeder Sportanlass, bei dem die Nationalhymne ausgepiffen werde, sofort abgebrochen werde.

Im Dezember 2010 wurde ein junger Algerier, der eine Fahnenstange mit der Trikolore zerbrochen hatte, erstmals im Geltungszeitraum des neuen Gesetzes zu einer Strafe verurteilt. In den USA hat im Übrigen der Oberste Gerichtshof festgehalten, dass die Profanation des Sternbanners kein Delikt darstelle und durch das Prinzip der Meinungsfreiheit geschützt sei.

Die hier geschilderten Vorgänge belegen, dass die Säkularreligion der Nation sich abgeschwächt hat. Man hat festgestellt, dass vor allem Jugendliche maghrebischer Herkunft aus den Banlieues die Nationalhymne auspfeifen. Sie sind besonders von sozialem Ausschluss und Arbeitslosigkeit betroffen. Sie vermögen sich nicht mehr mit der Nation und ihren Symbolen zu identifizieren. Das Problem ist vor allem sozialer und nicht so sehr politischer Natur.⁷

Es lässt sich so in der Tat feststellen, dass sich die jakobinische Säkularreligion der Nation abgeschwächt hat. Die soziale Kohäsion ist schwächer geworden, was sich andererseits in einem Anwachsen nationalistischer, ja rassistischer Reaktionen gegenüber denjenigen äußert, die sich ausgeschlossen fühlen und es oft auch sind.

DER BÜRGER ALS UNMITTELBARER ANGEHÖRIGER DES STAATES

Frankreich war seit seiner Konstitution als Nation zu Beginn der Neuzeit eine Staatsnation. Die Kultur war ein Attribut, nicht jedoch das Fundament der Nation. Als die Nationalversammlung 1789 die Souveränität der Nation ausrief, da wurde die Mitgliedschaft in dieser souveränen Nation in der politisch-rechtlichen Form der Staatsbürgerschaft und nicht im Sinne einer ethnischen Zugehörigkeit zu einem Volk vertreten. Die Grenzen der Nation waren diejenigen des Staates, dessen Souveränität sie selbst legitimierte. Die Zugehörigkeit war nur in ihrem politischen Aspekt kodifiziert. „Die bürgerrechtliche Dimension blieb unkodifiziert. Dies verursachte in der frühen Revolutionszeit keine Probleme, denn die Verfassung von 1791 garantierte Nicht-Staatsangehörigen die gleichen wesentlichen Bürgerrechte wie den Staatsbürgern: die Erb- und Vertragsfreiheit, die Freiheit der Person, des Eigentums und der Religion und die Gleichheit vor dem Gesetz.“⁸

Im Ancien Régime gab es eine Vielfalt von Rechtshoheiten und Körperschaften und damit auch eine Vielzahl von Zugehörigkeiten. Die Revolution fegte diese zwischengeschalteten Institutionen, die Privilegien verleihen konnten, weg und stellte das Individuum unmittelbar dem Staat, der die Nation politisch organisierte, gegenüber. Die Revolutionäre folgten hier Rousseau und nicht Montesquieu. In Rousseaus Augen war die Abhängigkeit von anderen eine Quelle der Unfreiheit. Die intermediären Körperschaften zwischen dem Individuum und dem Staat verhinderten den Menschen, frei zu sein und sollten darum abgeschafft werden. Der Bürger, direkter Ausdruck der *volonté générale*, sollte darum – im Gegensatz zu England – unabhängig von allen zwischengeschalteten Körperschaften sein und in enger und direkter Beziehung zum Staat bleiben.

„Die Staatsbürgerschaft ist wie die Nation ein unteilbares Ganzes“, schreibt die Soziologin Dominique Schnapper. „Sie muss vom Zentralstaat organisiert und garantiert werden, der Ausdruck der *volonté générale* ist und der auch die Gesellschaft hervorbringt.“⁹ Die Verfassung von 1791 definiert in Titel III, Artikel I klar die Unteilbarkeit der nationalen Souveränität: „La souveraineté est une, indivisible, inaliénable et imprescriptible. Elle appartient à la nation; aucune section du peuple, aucun individu ne peut s'en attribuer l'exercice.“ In Frankreich ist der Bürger unmittelbarer Angehöriger des Staates; keine Körperschaft kann Teil-Souveränität beanspruchen. Diese neue unmittelbare Staatsbürgerschaft erlaubte dem Staat die direkte Besteuerung, die Heranziehung jeden Bürgers zum Militärdienst sowie direkte Anordnungen an Fremde.

Dieses unmittelbare Verhältnis vom Bürger zum Staat ohne dazwischengeschaltete Körperschaften äußert sich auch in der leichten Einbürgerung, die auf dem *ius soli* beruht (allerdings mit der Forderung eines mindestens 5-jährigen Aufenthalts im Lande). Dieses sehr liberale Einbürgerungsgesetz stammt indes erst aus dem Jahre 1889. Vorher galt in Frankreich das *ius sanguinis*. Man wurde Franzose durch Abstammung. Das führte dazu, dass die Situation der Söhne von Einwandern, die in Frankreich zur Welt kamen, vorteilhafter war als die der fran-

zösischen Altersgenossen. Die Söhne von Ausländern mussten keinen Militärdienst leisten und waren darum früher auf dem Arbeitsmarkt präsent. Mit dem Gesetz vom 26. Juni 1889 wurde das *ius soli* eingeführt. Die in Frankreich von ausländischen Eltern geborenen Kinder wurden mit dem Erreichen der Mündigkeit Franzosen. Es blieb ihnen die Frist von einem Jahr, um diese Einbürgerung abzulehnen und die alte Staatsbürgerschaft zu behalten.¹⁰ Mit diesem Einbürgerungsgesetz wird die Distanz zwischen den Einheimischen und den *Fremden* stärker markiert. Die Staatsbürgerschaft meint nun auch eine explizite Zugehörigkeit zum Staat (mit dem Wahlrecht und der Militärpflicht). Gérard Noiriel unterstreicht in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass es zwischen dem *ius sanguinis* und dem *ius soli* keinen qualitativen Unterschied gibt. Länder mit großen Auswandererquoten wie Deutschland und Italien bevorzugen das *ius sanguinis*, um so auch die ausgewanderten Landsleute zu *behalten*. In Frankreich gab es ab Ende des 19. Jahrhunderts kaum eine Auswanderungsbewegung wie in den meisten anderen europäischen Ländern. Darum wollte man die Einwanderer über das *ius soli* einbürgern, dies auch, um über mehr Soldaten zu verfügen, was auch darum als wichtig erschien, weil Frankreich demographisch gegenüber Deutschland enorm ins Hintertreffen geraten war. Es handelte sich nicht so sehr um eine großzügige Politik im Sinne der Menschenrechts-Deklaration, sondern, wie Gérard Noiriel schreibt, „une politique annexionniste, qui vise non pas un territoire mais une population.“¹¹

Daher ist es nicht sinnvoll, dem französischen *ius soli*, das ja erst 1889 zur Norm wurde und dies aus demographisch-militärischen Gründen, einen höheren moralischen Stellenwert zuzuschreiben als dem deutschen *ius sanguinis*.¹² Tatsache bleibt indes, dass in Frankreich geborene Söhne und Töchter mit 18 Jahren automatisch die Staatsbürgerschaft bekommen, während sie in Deutschland erst ein Gesuch stellen müssen.

Gleichzeitig sind dazwischengeschaltete Körperschaften aufgrund der Unmittelbarkeit des Citoyen zum Staat verpönt. Das Stichwort, das immer wieder beschworen wird, ist das des

Kommunitarismus, die Angst, eine Gruppe würde sich innerhalb der „République une et indivisible“ absondern. Die Staatsbürgerschaft allein vermag aber nicht die Integration zu schaffen. Gruppen oder Gemeinschaften, die gewisse kulturelle Eigenschaften teilen, könnten aber dazu beitragen, dieses Ziel zu erreichen. Wenn in Deutschland die politische Integration über die Erlangung der Staatsbürgerschaft schwieriger ist, so gelingt doch die wirtschaftliche Integration besser. „Die jungen Leute in Vororten großer Städte sind – anders als die meisten jungen Türken in Berlin – Franzosen, und sie sind als Franzosen diskriminiert“, bemerkt dazu Alfred Grosser. „Als Franzose diskriminiert zu sein aber ist noch schlimmer, als als Ausländer diskriminiert zu sein. Diese Leute kommen nicht aus ihren ‚Ghettos‘ heraus und haben keine Berufschancen. In den letzten Jahren sehen sie sich einer Polizei gegenüber, die sie nur angreift und brandmarkt. Manche von diesen suchen eine neue Identität. Und finden sie im Islam – nicht, weil sie Islamisten wären, sondern weil sie von Frankreich, ihrem Vaterland, schlecht behandelt worden sind.“¹³

Die Angst vor dem Kommunitarismus bestimmt auch die Sprachpolitik Frankreichs. 1991 schuf man eine eigene Gebietskörperschaft auf Korsika. Im Artikel I des dazu erlassenen Gesetzes sprach man von Korsika als einer „lebendigen, historisch gewachsenen kulturellen Gemeinschaft“, die aus dem „korsischen Volk als einem Bestandteil des französischen Volkes“ bestehe. Der Verfassungsrat erklärte diesen Gesetzestext als mit dem Prinzip der unteilbaren Republik nicht vereinbar.¹⁴ Ein Jahr danach hob man die französische Sprache auf Verfassungsrang: „Le français est la langue de la République.“ Die Charta des Europa-Rates hinsichtlich der Rechte der Minderheitensprachen wurde gleichzeitig vom französischen Verfassungsrat als nicht verfassungskonform betrachtet. Auch hier wieder die Angst vor dem Kommunitarismus. Auch die Ursprungssprachen der Einwanderer werden so behandelt wie die Dialekte, die man leicht herablassend *patois* nennt. Der Diskurs über die Nationalsprache ist so seit zwei Jahrhunderten, schreibt Anne-Marie Thiesse, durch die Angst vor einem Aufbrechen der Einheit der Nation vermittels der Ko-Existenz

mehrerer Sprachen geprägt. Man erkennt dabei, dass gerade die Förderung der Zweisprachigkeit einen großen Vorteil darstellt.¹⁵

Hinsichtlich des unmittelbaren Verhältnisses des Bürgers zum Staat kann man sagen, dass man zu sehr an diesem jakobinischen Prinzip festhält. Zum Nachteil der Integration.

DAS PRINZIP DES ZENTRALISMUS

Das Prinzip der zentralistischen Organisation des Staates wird ebenfalls vom Konzept der unteilbaren Souveränität der Nation abgeleitet. Dieses Prinzip entwickelte sich seit der absoluten Monarchie und wurde durch die Französische Revolution noch verstärkt. Der Begriff des Jakobinismus verbindet sich gerade mit dem extremen Zentralismus, mit der Konzentration der gesamten politischen Gewalt in Paris und einer totalen administrativen, juristischen und kulturellen Uniformität des Landes.

Mit der Loi Defferre von 1982 wurde eine sehr moderate Dezentralisierung veranlasst. Doch die Kompetenzen, die man den Regionen und den Départements zusprach, waren sehr begrenzt und sind nicht vergleichbar mit denen, die Regionen oder Bundesländer in föderalistisch organisierten Staaten kennen. Der bretonische Politiker Christian Troadec fordert so für die Bretagne eine Regionalisierung mit mehr „institutioneller und finanzieller Autonomie“. Um zu verdeutlichen, wie groß noch die Bevormundung durch Paris ist, vergleicht er die Bretagne mit Schottland. Schottland habe etwa gleich viel Einwohner, könne indes über ein Budget von 44 Milliarden autonom verfügen, während die Mittel der Bretagne sich nur auf eine Milliarde belaufen.¹⁶

In Frankreich wird die Idee der Gleichheit sehr hochgehalten; gleichzeitig befürchtet man, dass sich in den Provinzen Lokalfürsten etablieren könnten, die mehr partikuläre Interessen vertreten. Die zentralistische Organisation des Staates erklärt auch das beliebte Doppelmandat von Politikern als Député-Maire: Der Bürgermeister einer großen Stadt ist oft gleichzeitig Mitglied der Nationalversammlung. Man erhofft so vom Bürgermeister, dass er sich für seine Stadt bei der Zentralregierung einsetzt.

Frankreich betreibt auch eine sehr aktive Kulturpolitik, deren Budget weit höher ist als

die der meisten europäischen Nationen. Aber auch diese ist zentralstaatlich konzipiert. Seit ein paar Jahren werden alle Forschungszentren der französischen Universitäten evaluiert. Damit wird eine nationale Organisation beauftragt, die AERES (Agence d'évaluation de la recherche et de l'enseignement supérieur), die diese Evaluation in ganz Frankreich nach demselben Schema vornimmt.

Es gibt aber auch schon Widerstände gegen diesen Zentralismus. So etwa die Protestaktion der Bretonen im Oktober 2013, die nicht bloß eine soziale Bewegung war, sondern Bretonen fast aller Parteien und sozialen Gruppen umfasste, die gegen die Einführung einer Schwerkverkehrsabgabe in der Bretagne und gegen die Schließung von Agrarbetrieben demonstrierten. Dabei forderte man auch mehr Autonomie für die Region. Mit der Zerstörung von Mautstellen wurde indirekt auch die Hoheit des Zentralstaates in Frage gestellt. Die kilometerabhängige neue Maut wurde als illegale Steuer des französischen Staates gegenüber der „bretonischen Nation“ bezeichnet. Mit den roten Mützen, die die Protestierenden trugen, erinnerten sie an den Widerstand der Bretonen gegen eine neue Steuer, die Ludwig XIV. 1675 eingeführt hatte.¹⁷

Die nach wie vor sehr zentralistische Organisation des Staates in Frankreich steht in einem gewissen Widerspruch zu anderen Bewegungen in Europa, etwa in Spanien oder in England, die allerdings bis zu einem Separatismus der Regionen führen könnten. Die zentralistische Organisation steht aber auch in Widerspruch zum Prinzip der Subsidiarität, die zu einem Grundsatz der EU erklärt wurde.

Das jakobinische Prinzip des Zentralismus bestimmt letztlich immer noch weitgehend die Organisation des französischen Staates. Diese Organisationsweise hat zweifellos ihre Schwächen und Schwerfälligkeiten, die oft mit den Schwerfälligkeiten und Schwächen der Verwaltung zusammenhängen, gegenüber der sich Politiker als ohnmächtig empfinden.¹⁸

Das Fazit ist gemischt: Das kohäsionsstiftende jakobinische Prinzip der Säkularreligion der Nation hat an Bindekraft verloren. Das jakobinische Prinzip der Unteilbarkeit der Souveränität, das keine intermediären Körperschaften zwischen dem Staat und dem Bürger toleriert,

sowie die ebenfalls von diesem Prinzip abgeleitete zentralistische Organisation des Staates bestimmen nach wie vor die französische Gesellschaft, nicht unbedingt zu ihrem Vorteil.

|| PROF. DR. DR. H.C. JOSEPH JURT

emeritierter Professor für französische Literaturwissenschaft, Albert-Ludwigs-Universität, Freiburg

ANMERKUNGEN

- ¹ Fink, Gonthier-Louis: Die Problematik der französischen nationalen Identität in der Zeit des Umbruchs zwischen Ancien Régime und Thermidor (1750-1794), in: Identitäten. Erfahrungen und Fiktionen um 1800, hrsg. von Gonthier-Louis Fink und Andreas Klinger, Bern u. a. 2004, S. 17.
- ² Ozouf, Mona: L'idée républicaine et l'interprétation du passé national, in: *Le Monde*, 19.6.1998, S. 14. Das Motto „problem sine matre creatam“, das Montesquieu seinem *Esprit des lois* voranstellte, stammte aus Ovids *Metamorphosen* II, 553, und unterstrich den Anspruch des Autors, für sein Werk gebe es keine Vorbilder.
- ³ Vgl. Herding, Klaus: *Im Zeichen der Aufklärung. Studien zur Moderne*, Frankfurt a. M. 1989, S. 95-126: „Davids ‚Marat‘ als dernier appel à l'unité révolutionnaire“.
- ⁴ Vgl. Jurt, Joseph: Die Allegorie der Freiheit in der französischen Tradition, in: *Nationale Mythen – kollektive Symbole. Funktionen, Konstruktionen und Medien der Erinnerung*, hrsg. von K. Knabel, D. Rieger und S. Wodianka, Göttingen 2005, S. 113-126. Die Phrygische Mütze war zunächst die Kopfbedeckung der alten Phrygier (eine kegelförmige, hohe Mütze mit nach vorn geneigter ausgestopfter Kuppe, an den Ohren oft mit zwei schmalen Laschen versehen). Die Jakobiner assoziierten sie mit dem pileus, der Kopfbedeckung, die den befreiten Sklaven in der Antike auszeichnete; die rote Mütze wurde von ihnen als Symbol der Freiheit und der republikanischen Gesinnung getragen.
- ⁵ Durkheim, Emile: De la définition des phénomènes religieux, in: *L'année sociologique*, 2, 1897-1898, S. 20: „Entre la science et la foi il existe des intermédiaires; ce sont les croyances communes de toute sorte, relatives à des objets laïques en apparence, tels que le drapeau, la patrie, telle forme d'organisation politique, tel héros ou tel événement historique etc. ... Elles sont, dans une certaine mesure, indiscernables des croyances proprement religieuses.“ Zur Rolle der Nationalsymbole siehe auch Jurt, Joseph: Die Rolle der Nationalsymbole in Deutschland und Frankreich, in: *Marianne – Germania, Deutsch-französischer Kulturtransfer im europäischen Kontext 1789-1914*, hrsg. von E. François, M. C. Hook-Demarle, R. Meyer-Kalkus und M. Werner, Leipzig 1998, S. 141-155.
- ⁶ Vgl. Reichler, Claude: La réserve du symbolique, in: *Les Temps Modernes* 550/1992, S. 85-93.
- ⁷ Vgl. Marsaud, Cyril: L'hymne national sifflé dans les stades: une polémique française, in: www.cafebabel.fr, Stand: 24.11.2008. Man kann sich fragen, ob sich am 19. November 2013 etwas gewandelt hat, als die Fußballmannschaft Frankreichs im Zeichen der napoleonischen Losung

„Impossible n'est pas français“ den Sieg über die Mannschaft der Ukraine davontrug und sich für die Weltmeisterschaft in Rio de Janeiro qualifizierte. Nach dem Spiel stimmte die Mannschaft spontan die Marseillaise an, und 80 000 Zuschauer stimmten in den Jubelgesang ein und schwenkten die Trikolore-Fähnchen. Von einem neuen (stark übertriebenen?) Optimismus zeugte etwa die Reaktion der Regionalzeitung La Dépêche du Midi nach dem Spiel: „Wenn ‚Les Bleus‘ die sehr unwahrscheinliche Qualifikation gelungen ist, dann wird alles möglich: Vollbeschäftigung und ein zweistelliges Wachstum scheinen kaum mehr als ein Kinderspiel. Die Nation hat plötzlich einen Grund gefunden, an sich selbst zu glauben.“

⁸ Brubaker, Rogers: Einwanderung und Nationalstaat in Frankreich und Deutschland, in: Der Staat 28/1989, S. 18.

⁹ Schnapper, Dominique: La communauté des citoyens. Sur l'idée moderne de la nation, Paris 1994, S. 91: „La citoyenneté est comme la nation un tout indivisible, elle doit être organisée, garantie par un État centralisé, expression de la volonté générale, producteur de la société.“

¹⁰ Thiesse, Anne-Marie: Faire les Français. Quelle identité nationale?, Paris 2010, S. 160-161.

¹¹ Noiriël, Gérard: A quoi sert l'identité nationale?, Marseille 2007, S. 22.

¹² Man hat immer wieder betont, dass im deutschen Selbstverständnis der Nation der ethnische Aspekt, sprich die Abstammung, neben den kulturellen Gemeinsamkeiten eine wichtige Rolle gespielt hat. Man hat darum die Tradition des deutschen *ius sanguinis* der französischen Tradition des *ius soli* entgegengesetzt. Das *ius sanguinis* war aber ein modernes Konzept, das man dem Territorialprinzip der absoluten Monarchie entgegengesetzte; es sollte Personen, die außerhalb des Staatsterritoriums geboren wurden, erlauben, die Staatsangehörigkeit der Eltern (bzw. des Vaters) beizubehalten. Selbst wenn es bisweilen auch ethnisch interpretiert wurde, hatte dieses Prinzip nichts mit dem späteren Rassismus der Nationalsozialisten zu tun. Die Opposition der Staatsbürgerschaftskonzepte in Frankreich und Deutschland ist keineswegs so radikal, wie oft behauptet wird. Die meisten Franzosen sind heute Franzosen, weil ihre Eltern Franzosen waren. Auch bei in Frankreich geborenen Ausländern verlangt man als Voraussetzung der Zuerkennung der französischen Staatsbürgerschaft einen Aufenthalt im Land von mindestens fünf Jahren, d. h. man setzt voraus, dass zum Land durch diesen Aufenthalt eine persönliche Beziehung entstanden ist. Frankreich wendet auch nicht ein systematisches *ius soli* an. Zweifellos ist die Einbürgerung in Frankreich leichter als in Deutschland, was auch auf einer optimistischen Sichtweise der Assimilati-

onsfähigkeit des Landes beruht. Man geht nach dem Soziologen Matthias Bös davon aus, dass sich der *Fremde* schnell integrieren kann und muss. Siehe hierzu Bös, Matthias: Ethnisierung des Rechts? Staatsbürgerschaft in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den USA, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 45/1993, S. 619-643; Jurt, Joseph: Allemagne-France: débat sur la nation. Les Français vus d'Allemagne, in: Commentaire 4/1996, S. 335-339.

¹³ Grosser, Alfred: Gesellschaft und Politik in Frankreich und Deutschland, in: zur debatte 6/2013, S. 7.

¹⁴ Nach Thiesse, Anne-Marie: Faire les Français. Quelle identité nationale?, Paris 2010, S. 109.

¹⁵ Ebd., S. 112-113.

¹⁶ Balmer, Rudolf: Rote Mützen und bretonische Fahnen, in: Neue Zürcher Zeitung, 22.11.2013, S. 8.

¹⁷ Vgl. Rist, Manfred: Die Bretagne wird zum Brennpunkt der Unzufriedenheit, in: Neue Zürcher Zeitung, 6.11.2013, S. 3; auch Le Bourdonnec, Yanick: Halte à la gauche centralisatrice!, in: Le Monde, 14.11.2013 sowie die Gegenposition von Morvan, Françoise: Bonnets rouges: des dérives autonomistes derrière les revendications sociales, in: Le Monde, 13.11.2013.

¹⁸ Siehe dazu die Reaktion des Philosophen Hassner, Pierre: „Ce qui fonde un Etat, c'est la coïncidence d'une communauté, d'un territoire, d'une autorité, d'une légitimité et d'une administration. Or ces éléments constitutifs sont en train de se disjoindre.“ Zitiert bei Fressoz, Françoise: François Hollande à la recherche du pouvoir perdu, in: Le Monde, 21.11.2013, S. 23.

DER SCHOCK DER „GRANDE GUERRE“

Frankreich im Ersten Weltkrieg

DANIEL MOLLENHAUER || Bis heute wird der Erste Weltkrieg in Frankreich „La Grande Guerre“, der „große Krieg“ genannt. Die Erinnerung an ihn ist unverändert lebendig: Filme, Comics und neu eröffnete Museen zeugen ebenso davon wie die zahlreichen Gedenkveranstaltungen, die im Jubiläumsjahr 2014 geplant sind. Was aber bedeutete der Krieg für Frankreich? Und was bedeutet er heute? Auf diese Fragen versucht der vorliegende Beitrag eine Antwort zu geben.

Als Lazare (eigentlich: Lazzaro) Ponticelli 1897 in einem kleinen Dorf in der italienischen Emilia-Romagna geboren wurde, deutete nichts darauf hin, dass ihm gut 110 Jahre später einmal die Ehre eines französischen Staatsbegräbnisses zuteil werden sollte. Diese hatte er der Tatsache zu verdanken, dass er sich 1914 bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges als Freiwilliger in der Fremdenlegion engagiert hatte. Lazare Ponticelli überlebte den Krieg – und zwar länger als jeder andere seiner ehemaligen Kameraden. Seit Januar 2008 war er schließlich der letzte Veteran des „Großen Krieges“, der noch am Leben war: „Le dernier poilu“. Sein Tod am 12. März 2008 war ein Ereignis, das landesweit für Aufmerksamkeit sorgte. Fünf Tage später fand im Invalidendom mit großem Pomp und in Anwesenheit des Präsidenten der Republik, Nicolas Sarkozy, das Staatsbegräbnis statt.¹

Der mutmaßlich letzte deutsche Weltkriegsveteran, der Oberlandesgerichtsrat a. D. Dr. Erich Kästner, ist ebenfalls 2008, nur wenige Wochen vor Ponticelli, gestorben – sein Tod jedoch ist von der Öffentlichkeit vollkommen unbemerkt geblieben.² Niemand wäre hierzulande auf die Idee gekommen, ihm zu Ehren eine Schweigeminute in allen Schulen des Landes einzurichten. Wie ist diese auffällige deutsch-französische Asymmetrie zu erklären? Woran liegt es, dass

der Erste Weltkrieg, „la Grande Guerre“, im französischen kollektiven Gedächtnis einen so viel größeren Stellenwert besitzt als in Deutschland? Was bedeutete der Krieg für Frankreich?³

DER WELTKRIEG IN FRANKREICH

Frankreich war – im Unterschied zu Deutschland – nicht nur Kriegsteilnehmer, sondern gleichzeitig auch Kriegsschauplatz. Diese scheinbar banale Feststellung war für die französische Wahrnehmung und Deutung des Krieges schon bei den Zeitgenossen von fundamentaler Bedeutung, und sie ist es bis heute geblieben. Von August 1914 bis November 1918 fand das Kriegsgeschehen auf französischem Territorium statt, trugen die Schlachten der Westfront französische Namen, waren es französische Landschaften, die von den hin und her wogenden Angriffen und Gegenangriffen verwüstet, französische Städte, die vom Artilleriebeschuss zerstört wurden. Und es war die französische Hauptstadt Paris, die zweimal, nämlich im Spätsommer 1914 und erneut im Frühjahr 1918, in die Reichweite der deutschen Geschütze kam. Die Materialität des Krieges und die existenzielle Bedrohung, die der Krieg für den Fortbestand der eigenen Nation bedeutete, waren dadurch für Franzosen sehr viel unmittelbarer spürbar als dies etwa für Engländer oder

auch für Deutsche der Fall war. „Les Allemands sont à Noyon“: Die Deutschen sind in Noyon, einer Kleinstadt nordöstlich von Paris, keine 100 km vom Zentrum des französischen Staates entfernt. Auf diese Formel, die er von 1914 bis 1917 gebetsmühenhaft in seiner Zeitung „L’homme enchaîné“ wiederholte, brachte Georges Clemenceau die Situation⁴ – und er drückte damit eine Grundtatsache der französischen Kriegserfahrung aus.

Der französische Versuch, den Krieg durch offensive Aktionen vom eigenen Land fernzuhalten, war bereits in den ersten Kriegstagen gescheitert. Zwar konnte der deutsche Vormarsch bekanntlich in der ersten Marneschlacht gestoppt und damit die Umsetzung des Schlieffen-Plans, der einen schnellen Erfolg im Westen vorgesehen hatte, vereitelt werden, der Übergang zur eigenen Offensive jedoch gelang nicht. In den folgenden Wochen kam der Krieg (bei gleichzeitig mörderischen Kampfhandlungen mit extrem hohen Todesraten) zum Stillstand, die Front stabilisierte sich, die feindlichen Armeen gruben sich ein, bauten ihre Stellungen aus, organisierten Versorgung und Nachschub. Das französische Territorium war von nun an (und im Grunde bis zum Schluss des Krieges) dreigeteilt: Im Osten die von der deutschen Armee besetzte Zone, daran anschließend das eigentliche Frontgebiet (in dessen Kern sich das stellenweise kaum 100 Meter breite *no man’s land* zwischen den jeweils vordersten Gräben befand), westlich davon schließlich das unbesetzte, „freie“ Frankreich, in dem die Ökonomie, die Politik, der gesamte Lebensrhythmus mit zunehmender Dauer des Krieges immer stärker auf die Bedürfnisse der Kriegführung ausgerichtet wurden.

Die Westfront, deren Verlauf zwischen dem Winter 1914/15 und dem Frühjahr 1918 weitgehend unverändert blieb, sollte zum emblematischen Erfahrungsraum des Stellungskrieges werden.⁵ Dabei kam mit zunehmender Kriegsdauer die Überlegenheit der Defensive immer deutlicher zum Vorschein. Gegen die planmäßig ausgebauten Verteidigungsstellungen – die Stacheldrahtverhaue, die MG-Nester, die gestaffelten Schützengrabenlinien, die Verkehrsverbindungen ins Hinterland, die das schnelle Herbeiholen von Verstärkung ermöglichten –

waren entscheidende Offensivaktionen kaum mehr möglich. Die Front war dennoch nicht gänzlich symmetrisch aufgebaut. Die französische, westliche Seite wurde bewusst als eine Art Provisorium verstanden, denn man wollte aus psychologischen Gründen den Eindruck vermeiden, man habe sich mit dem Stellungskrieg – und damit mit der deutschen Besetzung mehrerer französischer Departements – abgefunden. Entsprechend hielt die französische Militärführung bis Mitte 1917 – letztlich gegen alle Vernunft – an der grundsätzlichen Auffassung fest, dass die Wiederaufnahme der Offensive möglich sei und unter allen Umständen der Durchbruch, die „percée“ durch die deutschen Linien, versucht werden müsse. Die hieraus resultierenden Schlachten – im Artois, in der Champagne, an der Somme und am Chemin des Dames nahe Reims im April 1917 – zeichneten sich durch exorbitant hohe Verlustraten bei gleichzeitig verschwindend geringen Geländegewinnen aus. Das Trommelfeuer der Artillerie, das in der Theorie die Verteidigung des Gegners außer Gefecht setzen sollte, erwies sich selbst dann als wirkungslos, wenn es, wie in den ersten Kriegsjahren üblich, auf mehrere Tage ausgedehnt wurde. Schon eine intakt gebliebene MG-Stellung konnte für den Angreifer, der sich zudem in einem durch die Granateinschläge völlig zerwühlten, unübersichtlichen Gelände bewegen musste, fatal sein. Die langanhaltende Artillerievorbereitung hatte zudem den Nachteil, den Gegner frühzeitig über einen bevorstehenden Angriff zu informieren; jeglicher Überraschungseffekt ging damit verloren.

Ausgerechnet bei der Schlacht, die sowohl im französischen als auch im deutschen kollektiven Gedächtnis als das Symbol des „Menschenschlachthauses“ Westfront gilt, ging der Angriff von der deutschen Seite aus. Die Schlacht von Verdun, die am 21. Februar 1916 mit stundenlanger Artillerievorbereitung von ungeheurer Intensität begann, tobte bis zum Dezember 1916.⁶ Das Gebiet der Schlacht war eng begrenzt: Es ging um einen etwa 15 Kilometer tiefen Geländebogen östlich und nördlich der alten Festungsstadt Verdun, ein Gelände, das zum Tal der Maas hin steil abfiel und das von französischer Seite durch zahlreiche Forts stark befestigt war. Der Einsatz von Material und

Truppen erreichte dabei bislang ungekannte Ausmaße. Entscheidende Geländegewinne gelangen jedoch trotz einiger spektakulärer Teilerfolge weder den angreifenden Deutschen noch den verteidigenden Franzosen. Was nach den monatelangen Kämpfen zurückblieb, waren eine Wüstenlandschaft und Ruinen. Die besonders umkämpfte Höhe „Toter Mann“ („Mort Homme“) auf dem linken Ufer der Maas verlor sechs Meter an Höhe. Neun Dörfer, die sich im Gebiet der Schlacht befunden hatten, wurden vollständig zerstört und auch nie wieder aufgebaut. Die Felder um sie herum waren unfruchtbar geworden, sie wurden aufgegeben und mit der Zeit aufgeforstet – heute befindet sich hier ein auf den ersten Blick idyllischer Wald, der aber bei näherem Hinsehen die Spuren des Krieges (Granattrichter, Schützengräben, Unterstände, Verteidigungswerke) nicht verbergen kann. Verdun ist allerdings nicht nur wegen dieser immensen Zerstörungen zum Symbol der Westfront geworden. Aus französischer Perspektive wurde die Schlacht an der Maas gleichzeitig zum Symbol des Widerstandes gegen die Invasion und des unbedingten Durchhaltewillens der Nation. „Ils ne passeront pas“ („Sie werden nicht durchkommen“) lautete der Tagesbefehl General Nivelles am 23. Juni 1916; wie eine Antwort darauf zielt heute noch die Inschrift „Ils n’ont pas passé“ („sie sind nicht durchgekommen“) das beeindruckende Kriegerdenkmal auf dem „Toten Mann“. Über die einzig verbliebene, schon während des Krieges „voie sacrée“ getaufte Verbindungsstraße zum Hinterland, wurde mit Lastwagen Tag und Nacht Nachschub an Material an die Front gebracht. Truppen wurden möglichst nur kurze Zeit an der vordersten Linie gelassen und relativ früh abgelöst; dies hatte zur Folge, dass die große Mehrheit der französischen Einheiten (70 von insgesamt 85 Divisionen) irgendwann im Laufe der Schlacht bei Verdun zum Einsatz kamen. Truppen anderer Nationen spielten hingegen kaum eine Rolle: Verdun blieb die nationale Verteidigungsschlacht par excellence.

Durch den Kriegsverlauf in den ersten Monaten nach Kriegsbeginn sind 10 französische Departements ganz oder teilweise unter deutsche Besatzung geraten.⁷ Besonders gravierend war, dass hier einige der bedeutendsten Industrie-

regionen (etwa die Gegend um Lille, Roubaix und Tourcoing) lagen, die nun in deutscher Hand waren. Die französische Kohle- und Stahlproduktion sank dramatisch, und die Abhängigkeit des Landes von Rohstoffimporten wurde massiv verstärkt. Für die betroffenen Menschen (insgesamt über 2 Millionen), die Annette Becker nicht ohne Grund die „vergessenen Opfer“ des Krieges genannt hat, stellte die Besatzung in vielfacher Hinsicht eine schwere Belastung dar. Sie litten unter der Isolation vom restlichen Frankreich (jeglicher Schriftverkehr mit Innerfrankreich war strikt verboten), unter den Zwangseinquartierungen deutscher Soldaten und Offiziere, unter den Requisitionen von Lebensmitteln, Wertgegenständen und Metallwaren, unter der Zwangsarbeit, die für die Besatzer zu leisten war, unter der Demontage von Industrieanlagen sowie unter den Evakuierungen und Deportationen. Auch die Versorgungslage war schlecht; vielfach beherrschte der Hunger den Alltag, und je schwieriger die Lebensbedingungen im Reich selbst wurden, desto härter wurde das Regiment in den besetzten Gebieten, insbesondere in den Städten.

Obwohl die deutschen Militärbehörden grundsätzlich bereit waren, sich an die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung von 1907 über den Umgang mit besetzten Gebieten zu halten, so ist doch unübersehbar, dass sie zwischen 1914 und 1918 mit großer Härte in den besetzten französischen Departements herrschten. Den Einheimischen begegnete man mit grundsätzlichem Misstrauen, das von der Furcht vor Partisanen (den „franc-tireurs“) genährt wurde. Jede Form der tatsächlichen oder vermeintlichen Widerständigkeit konnte hart bestraft werden und wurde hart bestraft, auch wenn Repressalien großen Stils, wie sie zu Beginn des Krieges vor allem in Belgien des Öfteren vorgekommen waren, nun weitestgehend ausblieben. Eine große psychologische Belastung stellte auch der Zwang dar, auf verschiedenste Weise für den Besatzer, also den Feind, zu arbeiten. Gerade in diesem heiklen Punkt war die Haager Landkriegsordnung uneindeutig. So war es im Prinzip verboten, die Bewohner der besetzten Gebiete zu Tätigkeiten zu verpflichten, die mit den Kriegsoperationen zusammenhängen (z. B. das Ausheben von Gräben); Zwangsarbeit für

die Bedürfnisse der Besatzungsarmee (etwa die Instandsetzung der zerstörten Infrastruktur) war hingegen erlaubt. Zwischen den beiden Formen eine klare Grenze zu ziehen war jedoch in der Praxis kaum möglich. Letztlich waren es immer die militärischen Bedürfnisse des Besatzers, die den Ausschlag gaben – in Reinform sollte dies in der sogenannten „Operation Alberich“ im Frühjahr 1917 zum Ausdruck kommen, als sich die deutsche Armee im Zuge einer Frontbegräbigung freiwillig etwa 40 km zurückzog und dabei eine Politik der verbrannten Erde praktizierte.

DIE FRANZÖSISCHE NATION IM KRIEG

Der Krieg fand aber nicht nur im eigenen Land statt, er war – aus Sicht der großen Mehrheit der Franzosen – auch ein gerechter Krieg. Der Kriegsausbruch entsprach einer Bedrohungsanalyse, die in weiten Teilen der Gesellschaft und über die politischen Lagergrenzen hinweg weit verbreitet war. Nicht der Wunsch nach „Revanche“ stand dabei im Vordergrund, sondern vielmehr die Verteidigung gegen einen Nachbarn, der als unberechenbar, potenziell aggressiv und wegen seiner demographischen Stärke und seiner industriellen Macht als strukturell überlegen angesehen wurde. In der Julikrise 1914 schienen sich die düsteren Vorhersagen eines Clemenceau, der schon 1912 vor dem deutschen Willen zum Krieg gewarnt hatte,⁸ zu bewahrheiten. Aus allgemeiner französischer Sicht kamen die Krise und schließlich der Krieg dennoch völlig unvorbereitet. Das Attentat von Sarajewo war kaum als Bedrohung für den europäischen Frieden wahrgenommen worden, das Land war mit anderen Problemen oder schlicht mit den Sommerferien beschäftigt.⁹ Eigene Interessen schienen bei der Auseinandersetzung zwischen Serbien einerseits und Österreich-Ungarn andererseits nicht im Spiel. Dass Staatspräsident Raymond Poincaré, wie neuere Studien gezeigt haben, während seiner Russlandreise (13.-23. Juli) durchaus krisenverschärfend gewirkt hatte, indem er dem Bündnispartner im Grunde bedingungslose Unterstützung zugesichert hatte, war in der Öffentlichkeit nicht bekannt und spielte bei den innerfranzösischen Debatten keine Rolle.¹⁰ In den entscheidenden letzten Julitagen er-

weckte die französische Regierung dann den Eindruck, tatsächlich alles in ihrer Macht stehende zu tun, um den drohenden Krieg noch zu vermeiden, sie hielt die eigenen Truppen von der Grenze fern und zögerte die Kriegserklärung so lange hinaus, bis die Regierung des Deutschen Reiches ihr zuvorkam und so die Verantwortung für den Beginn der Kampfhandlungen übernahm.

Durch die Ereignisse der ersten Monate gewann der Krieg in der französischen Öffentlichkeit noch an Legitimität. Der Bruch der belgischen Neutralität, die Kriegsverbrechen gegen die Zivilbevölkerungen in Belgien und Nordfrankreich, schließlich die Zerstörung wertvoller Kulturgüter wie der Bibliothek von Löwen oder der Kathedrale von Reims wurden in der Propaganda zum Bild der „barbarischen“ Kriegsführung der Deutschen verdichtet.¹¹ Dies ermöglichte es, alte Klischees von der zivilisatorischen Überlegenheit der französischen Nation neu aufleben zu lassen.¹² Zahlreiche Intellektuelle, darunter nicht nur nationalistische Schriftsteller wie Maurice Barrès, sondern auch Wissenschaftler wie der Soziologe Emile Durkheim oder der Historiker Ernest Lavisse taten sich bei dieser „geistigen Mobilmachung“ hervor. Dabei wurden nicht nur alte republikanisch-revolutionäre Ideen von einer fortschrittlichen „Mission“ Frankreichs gegenüber den rückständigen, monarchischen und militaristischen Gesellschaften Mitteleuropas (Russland tauchte in diesem Bild nicht auf) reaktiviert; auch rassistische Vorstellungen von den moralischen Defiziten der „germanischen Rasse“ spielten eine Rolle.¹³ Eine zentrale, staatliche Steuerung dieser Propaganda gab es übrigens in Frankreich ebenso wenig wie in Deutschland: Es waren die Intellektuellen selbst, die auf diese Weise ihren Beitrag für die Landesverteidigung leisten wollten; abweichende Stimmen wie die eines Romain Rolland waren rar.

Der politische Ausdruck dieser Verteidigungsgemeinschaft, die nicht (nur) auf Zwang und Indoktrination, sondern auf den geteilten Überzeugungen der großen Mehrheit der Franzosen beruhte, war die sogenannte „union sacrée“, das Bündnis aller maßgeblichen politischen Kräfte, das bereits wenige Tage nach Kriegsausbruch zwischen den Parteien ge-

geschlossen wurde.¹⁴ Kern dieses Bündnisses war die Überzeugung, dass in der Stunde der existenziellen Gefahr für die Nation die weltanschaulichen Unterschiede zwischen den einzelnen Parteien zurücktreten und alle Kräfte zugunsten der Landesverteidigung gebündelt werden müssten. Vier Punkte sind dabei hervorzuheben. Erstens: Die „union sacrée“ war vor allem negativ definiert. Es ging darum, die deutsche Invasion zurückzuschlagen, das Vaterland zu befreien. Darüber hinausgehende Kriegsziele blieben bewusst ausgeklammert, und tatsächlich gingen die Vorstellungen über die zukünftige Nachkriegsordnung weit auseinander, sieht man einmal von dem Sonderfall Elsass-Lothringen ab, dessen Rückkehr zu Frankreich (verstanden als Revision eines früheren Unrechts) von allen Parteien gefordert wurde.¹⁵ Zweitens zeigte sich in der „union sacrée“, wie stark doch die „Nationalisierung“ Frankreichs fortgeschritten und wie allgemein anerkannt der Wert des Patriotismus in der französischen Gesellschaft war – trotz der tiefen Gräben, die durch die politischen, sozialen und nicht zuletzt religiösen Auseinandersetzungen zwischen den „deux France“, den beiden Frankreich, gerissen worden waren. Diese Fähigkeit zur nationalen Einheit war vor 1914 vielfach angezweifelt worden; umso erstaunlicher erschien den Zeitgenossen das „Wunder der inneren Einheit“ (Thomas Raithe).¹⁶ Diese Einheit bedeutete drittens nicht eine De-Legitimierung der Parteien und der innergesellschaftlichen Interessenkonflikte; sie führte nicht zur Ideologie einer „Volksgemeinschaft“, sondern erkannte den weltanschaulichen Pluralismus, der das nachrevolutionäre Frankreich geprägt hatte, ausdrücklich an. Zwischen den Parteien sollte während des Krieges ein „Waffenstillstand“ („trêve“) herrschen. Dass aber Katholiken Katholiken, Sozialisten Sozialisten und Republikaner Republikaner bleiben würden, daran bestand kein Zweifel. Schließlich bedeutete die „union sacrée“ für die bisherigen politischen Außenseiter, insbesondere Sozialisten und Katholiken, einen wichtigen Integrationsschub: Die aggressiv antiklerikale Politik der Vorkriegszeit, die 1905 zur Trennung von Staat und Kirche geführt hatte, wurde nicht fortgeführt; gesellschaftlich kam es kriegsbedingt sogar zu einer Renaissance des religiösen

Lebens.¹⁷ Auch für die (vor dem Krieg strikt antimilitaristische und pazifistische) Arbeiterbewegung brachte die Integration in die „union sacrée“ handfeste Vorteile. Zunächst verzichtete die Regierung auf Repressivmaßnahmen gegen sozialistische Aktivisten, von denen man Widerstand gegen den Krieg erwarten konnte. Als besonders wichtig sollte sich die Übernahme des Rüstungsministeriums durch den Reformsozialisten Albert Thomas erweisen. Unter seiner Ägide konnten die Rüstungsanstrengungen im Rahmen des Möglichen sozial abgefedert werden, die Gewerkschaften wurden gestärkt und anerkannt, es erfolgten einige wichtige Weichenstellungen für die Organisation der industriellen Arbeitsbeziehungen der Nachkriegszeit.¹⁸

Die „union sacrée“ war somit nicht nur Ideologie oder eine Phrase, sondern durchaus gelebte politische Praxis. Dennoch sollte sie den Krieg nicht überdauern: An den vielfältigen Belastungen des Jahres 1917 ist sie schließlich zerbrochen. Drei voneinander unabhängige Phänomene kamen dabei zusammen: Der Misserfolg der großangelegten französischen Offensive am Chemin des Dames im April (Nivelle-Offensive), militärisch ein völliger Fehlschlag bei enormen Verlusten (147.000 Mann in nur zwei Wochen), führte in der französischen Armee zu einer massiven Krise der Kampfmoral. Diese mündete in eine regelrechte Meutereibewegung, die zeitweise durchaus bedrohliche Ausmaße annahm. Kollektiv, das war neu, verweigerten die Einheiten ihren Offizieren den Gehorsam; teilweise kam es auch zu gewaltsamen Übergriffen.

Auch an der „Heimatfront“ entwickelten sich unübersehbare Krisensymptome. Obwohl die Gewerkschaft CGT weiterhin der Regierung vertraute, nahm nach dem harten Winter 1916/17 die Zahl der innerbetrieblichen Konflikte deutlich zu, nicht zuletzt auch unter dem Eindruck der Februarrevolution in Russland und der militärischen Entwicklung an der Front.¹⁹ Auch wenn die Ausmaße der Streikwelle begrenzt blieben, so waren sie doch alarmierend, zumal zu den Forderungen der (häufig weiblichen) Streikenden in vielen Fällen ein baldiger Friedensschluss zählte. Wie dieser Frieden aussehen sollte, blieb dabei extrem

vage. Unübersehbar aber war, dass die Arbeiter den Eindruck gewannen, ihre Regierung engagiere sich nicht genug dafür, dem mörderischen Krieg ein Ende zu setzen.

Schließlich wuchs auch in der sozialistischen Partei der Anteil derer, die der Regierung eine Abkehr von den defensiven Kriegszielen und mangelnden Friedenswillen vorwarfen. Die verschiedenen (mehr oder weniger seriösen) Friedensinitiativen seitens der Mittelmächte oder neutraler Akteure waren in Paris auf taube Ohren gestoßen. Noch gravierender war, dass im Laufe des Jahres 1917 geheime Verhandlungen der Alliierten über die Kriegsziele ans Licht der Öffentlichkeit gelangten, in denen die Regierung Briand deutlich annexionistische Ambitionen gezeigt hatte. Die „union sacrée“ war diesen Belastungen nicht mehr gewachsen – im September zogen die Sozialisten ihre Minister aus der Regierung zurück.²⁰ Mit der Ernennung Georges Clemenceaus zum Regierungschef kurze Zeit später war innenpolitisch ein Wendepunkt erreicht: Denn anders als seine Vorgänger stand für den nun schon 76-jährigen Politiker nicht die Integration der Nation im Vordergrund, sondern allein die Mobilisierung für den Krieg. Dies schloss auch ein rigoroses Vorgehen gegen tatsächliche oder vermeintliche „innere Feinde“ mit ein: Spionen, Verrätern sowie Defaitisten wurde der Prozess gemacht.²¹ Mit seinem autoritären Politikstil brach er zudem mit der etablierten politischen Kultur der Vorkriegszeit.

Die Krise des Jahres 1917 darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Grundkonsens über den Krieg, der sich seit 1914 herausgebildet hatte, bestehen blieb. Weder den meuternden Soldaten noch den streikenden Arbeiterinnen und Arbeitern noch den opponierenden Sozialisten ging es bei ihren Aktionen darum, die Kriegsanstrengungen einzustellen und ihre Forderungen zur Not auch unter Inkaufnahme der militärischen Niederlage durchzusetzen. „Frieden um jeden Preis“ war bei den Gruppen und Individuen, die man als „Pazifisten“ bezeichnete, genauso wenig mehrheitsfähig wie „Revolution um jeden Preis“ bei den linken Sozialisten. Die Überzeugung, dass das Vaterland verteidigt werden muss, dass der „Eindringling“ vom französischen Boden zu vertreiben ist und dass der Deutsche, „le boche“

im Jargon der Soldaten und der Kriegspropaganda, letztlich an dem Elend die Schuld trage, einte die französische Nation auch über das Krisenjahr 1917 hinweg. Diese Einheitserfahrung war, ungeachtet aller ideologischen Überhöhungen, die zweite Grundtatsache dieses Krieges – die zweite Antwort auf die eingangs gestellten Fragen nach den Gründen für die tiefe Verankerung der „Grande Guerre“ im kollektiven Gedächtnis der französischen Nation.

TRIUMPH UND TRAUER: AMBIVALENZEN DES SIEGES

Letztlich also haben die französische Nation und auch (was vielleicht noch weniger zu erwarten war bzw. erwartet wurde) die französische Republik die Bewährungsprobe des Krieges bestanden. Die sogenannte Heimatfront hat gehalten, allen Entbehrungen zum Trotz, die zivilen republikanischen Institutionen haben auch unter den Bedingungen des Krieges funktioniert und an der militärischen Front konnte selbst die letzte große deutsche Offensive im Frühjahr 1918 erfolgreich abgewehrt werden. Mit der Unterzeichnung des Waffenstillstandes am 11. November 1918 ging der Krieg zu Ende, und Frankreich zählte zu den Siegern. Sobald das Ereignis in der Öffentlichkeit bekannt wurde, strömten die Menschen zu Tausenden auf die Straßen, die Kirchenglocken läuteten im ganzen Land und die Abgeordnetenkammer huldigte Regierungschef Georges Clemenceau, von nun an „Père la Victoire“ genannt, der mit stehenden Ovationen gefeiert wurde. Gut ein halbes Jahr später, am 14. Juli 1919, fand die offizielle Siegesfeier statt; ein kilometerlanger Triumphzug der Armee vor Hunderttausenden von Zuschauern bewegte sich durch die Straßen von Paris. Sie markierte den Beginn einer Weltkriegserinnerung im Modus der Heldenverehrung und der Glorifizierung der eigenen Nation. In dieser Sicht hatte der Krieg die Überlegenheit des eigenen Volkes und der eigenen Werte bestätigt; Selbstkritik und Empathie für den Gegner hatten in ihr keinen Platz.

Der Triumphalismus, der hier zum Ausdruck kam, war jedoch nur eine Seite der Medaille. Denn der Sieg trug Trauer:²² Niemand konnte, bei aller Freude und allem Stolz über den glücklichen Kriegsausgang, die humanitären

Kosten des Sieges übersehen. Zu präsent, zu allgegenwärtig waren die Opfer. Noch heute kann man sich ein Bild von den ungeheuren Verlusten machen, wenn man die langen Namenslisten auf den Kriegerdenkmälern selbst kleinster Dörfer des ländlichen Frankreichs betrachtet. Zu den Toten kamen die, die schwere oder schwerste Verwundungen an Körper oder Seele davongetragen hatten; die (vielfach noch jungen) Invaliden, denen Gliedmaßen amputiert worden waren, die Gesichtsverletzten, die unter ihren Verstümmelungen psychisch in besonderem Maße litten, die schwer Traumatisierten, die die Erinnerung an die Kriegserlebnisse – das Artilleriefeuer, das Giftgas, den Nahkampf, das Leid und den Tod der Kameraden – nicht mehr losließ. Die Statistiken können das individuelle Leid, das sich hinter den nackten Zahlen verbirgt, nicht abbilden. Aber sie sprechen für sich: Insgesamt waren während des Krieges 1.383.000 französische Soldaten gefallen (dies ergibt einen Durchschnitt von fast 900 pro Tag); in einigen Jahrgängen, vor allem denjenigen, die bei Kriegsausbruch die aktive Armee stellten, betrug die Verlustquote bis zu 25 %.²³ Prozentual waren die Verluste der französischen Armee deutlich höher als die der deutschen, was sicher auch eine Folge der Offensivstrategie in den ersten drei Kriegsjahren war. 300.000 Männer galten als schwerst kriegsversehrt, 700.000 Kinder waren verwaist, 600.000 Frauen waren zu Witwen geworden.²⁴ Für die traditionell schwache französische Demographie (das ganze 19. Jahrhundert über war die Geburtenrate Frankreichs die niedrigste in ganz Europa) war dies eine Katastrophe, deren Folgen noch nach vielen Jahren zu spüren waren. Aber auch die kurzfristigen sozialen Konsequenzen waren enorm: Es waren Invaliden-, Witwen und Waisenrenten zu zahlen, der Arbeitskräftemangel musste kompensiert werden.

Dazu kamen die materiellen Verwüstungen, die der Krieg hinterlassen hatte. Der Wiederaufbau der durch den Krieg und die Besatzung zerstörten Regionen zog sich ebenfalls über Jahre hin, so dass die Wunden des Krieges noch viele Jahre sichtbar blieben. Nur langsam kehrte die evakuierte oder geflohene Bevölkerung zurück. Trümmer und Kriegsmaterial mussten

beseitigt, Gebäude repariert oder erneuert, die Infrastruktur neu aufgebaut werden. Allein im Département Somme waren 205 Dörfer vollständig, weitere 176 Dörfer teilweise zerstört, weit über 50.000 Häuser waren betroffen.²⁵ Der innerste Kern der Kampfgebiete, ein Streifen von 10-25 Kilometer Breite, wurde zur „zone rouge“, einer (vermeintlich) auf immer unbewohnbaren Zone, erklärt. Überall an der ehemaligen Front zeugten (und zeugen) riesige Soldatenfriedhöfe von den Kämpfen, die hier stattgefunden haben. Vielerorts ließen die Regierungen der Alliierten monumentale Denkmäler errichten, die an die Schlachten und ihre Opfer erinnern sollten – Briten in Thiepval an der Somme, Amerikaner in Montfaucon in den Argonnen, Frankreich etwa in Notre-Dame-de-Lorette (Flandern), in Verdun und am Hartmannswillerkopf (frz. „Vieil Armand“) in den Vogesen. Die Westfront wandelte sich vom „Kriegsschauplatz“ zum „Gedächtnisraum“, so die prägnante Formulierung von Susanne Brandt.²⁶

Die Ambivalenz von Triumph und Trauer beherrschte die französische Erinnerungskultur der 1920er- und 1930er-Jahre; staatliches, kommunales, militärisches, zivilgesellschaftliches und privates Gedenken wirkten dabei zusammen (ohne jedoch immer am gleichen Strang zu ziehen). Eine zentrale Rolle spielten die Verbände der ehemaligen Frontkämpfer, die erfolgreich (und mit einigem Recht) für sich reklamierten, die Stimme der „poilus“ zu repräsentieren. Antoine Prost hat geschätzt, dass Ende der 1920er-Jahre um die 3 Millionen Männer Mitglieder in einem der zahlreichen Verbände waren, aus denen sich die Bewegung zusammensetzte – die „Anciens combattants“ waren eine regelrechte Massenbewegung, deren Stimme Gewicht hatte.²⁷ Deziert stellten sie die Trauer um die Opfer in den Vordergrund des Gedenkens. In ihren Augen war es der „citoyen-soldat“, der Bürger in Uniform, der Frankreich durch sein Opfer („sacrifice“) vor dem Untergang gerettet hatte, nicht der Staat und die Regierung, nicht die Armee und der Generalstab. Das Credo der Veteranen war antimilitaristisch und pazifistisch. Der hinter ihnen liegende Krieg hatte in ihren Augen nur dann einen Sinn, wenn es der letzte gewesen ist. Auf Veranlas-

sung der Veteranen war schon 1922 der 11. November, also der Tag des Waffenstillstandes, zum staatlichen Gedenktag „des Sieges und des Friedens“ erhoben worden. In den folgenden Jahren legten sie größten Wert darauf, das Gefallenengedenken in den Mittelpunkt der Feiern zu rücken, und zwar mit Erfolg.²⁸ Es entwickelte sich ein Gedenkritual, dessen Kernelement die Versammlung der Gemeinde vor dem örtlichen Kriegerdenkmal (auf Französisch bezeichnenderweise „monument aux morts“, also Gefallenendenkmal genannt) war. Diese waren dank staatlicher Subventionen und öffentlicher Spendensammlungen in den 1920er-Jahren in nahezu allen Kommunen des Landes errichtet worden.²⁹ Die Spannung zwischen „Sieg“ und „Trauer“ lässt sich auch in ihrer Gestaltung und den Inschriften leicht wiederfinden. Das Spektrum war außerordentlich breit. Ausgesprochene Siegesdenkmäler, erkennbar an den Symbolen des französischen Triumphes und der deutschen Niederlage sowie einer virilheroischen Darstellung der Soldaten, bildeten das eine Extrem; hier fielen die Soldaten „glorreich“ oder „heroisch“ für das Vaterland, die Nation oder Frankreich im Kampf gegen die „Barbarei“. Das andere Extrem repräsentierten die (wenigen) radikal pazifistischen Denkmäler, in denen dem Krieg insgesamt jede Legitimität abgesprochen wurde. Hier wurde nicht nur getrauert, sondern auch angeklagt („maudite soit la guerre“ – „verflucht sei der Krieg“; so die Inschrift auf dem Denkmal von Gentioux). Dazwischen lagen zahlreiche feine Abstufungen; die Regel aber war, dass das Leid der Opfer – das der gefallenen oder verletzten Soldaten und das der Hinterbliebenen – nicht verschleiert, sondern offen gezeigt wurde. Vielfach findet man ausgesprochen realistische Darstellungen aus dem Kriegsalltag; und auch das Sterben der Soldaten ist kein Tabu, im Gegenteil.

Die Nachkriegszeit war somit durch einen ausgesprochenen Pluralismus der Kriegsdeutungen geprägt. Scheinbare Gewissheiten wurden in Frage gestellt: War Frankreich tatsächlich so unschuldig am Kriegsausbruch, wie man angenommen hatte? Wie war die Rolle von Staatspräsident Raymond Poincaré (von einem Teil der Öffentlichkeit mit beißender Kritik nur noch „Poincaré-la-guerre“ genannt) in der Julikrise

zu beurteilen? Ist die Armeeführung verantwortungslos mit dem Leben der ihnen anvertrauten Soldaten umgegangen, hat sie das „Menschenmaterial“ sinnlos „verheizt“? Ähnlich kontrovers wurde die Frage debattiert, welche Konsequenzen aus dem Krieg zu ziehen seien: Sollte man dem unterlegenen Deutschland mit Härte begegnen oder sollte man dem republikanisch gewordenen Nachbarn eine Chance geben, sich in die internationale Völkergemeinschaft zu integrieren? War der Versailler Friedensvertrag zu hart (wie man auf der politischen Linken meinte)? Oder etwa zu sanft (wie die nationalistische Rechte kritisierte)? Konnte es ein einfaches Zurück zu dem liberal-republikanischen Parlamentarismus der Vorkriegszeit geben? Nun gab es durchaus auch Stimmen, die das Wiederaufleben des Parteienstreits in den 1920er- und 1930er-Jahren für einen „Verrat“ an dem Einheitserlebnis der Schützengräben hielten und die die „union sacrée“ antiparlamentarisch gegen die Parteien als Interessenvertretung von (legitimen) Partikularinteressen wendeten.

Die populäre Erinnerung an den Krieg blieb von diesen politischen Debatten jedoch weitgehend unberührt; ein Minimalkonsens blieb über die politischen Lager hinweg bestehen, dessen Kern der Stolz auf die „Bewährung“ der eigenen Nation im Krieg und der Respekt vor den Opfern blieb. Dieser Grundkonsens wurde auch durch die Erfahrung des Zweiten Weltkrieges und der „dunklen Jahre“ der Okkupation und Kollaboration nicht grundlegend erschüttert, im Gegenteil. Der Erste Weltkrieg blieb die Referenz, das Modell des modernen Massenkrieges, der „richtige“ Krieg, der Krieg, mit dem das 20. Jahrhundert und die Verwerfungen der Moderne begonnen haben, der Anfang des zweiten „30-jährigen Krieges“, wie de Gaulle gesagt hat.

1914-2014: WELTKRIEGSGEDENKEN HEUTE

Von den „anciens combattants“, die so lange die Träger des Weltkriegsgedenkens waren, ist heute, 100 Jahre nach Beginn der Kämpfe, niemand mehr am Leben. Dennoch ist der Krieg im kollektiven Gedächtnis der Nation weiterhin erstaunlich präsent. Laut Nicolas Offenstadt, der mit seinem Buch „14-18 aujourd’hui“ eine Art Bestandsaufnahme der verschiedenen For-

men der Erinnerung vorgelegt hat, ist derzeit geradezu eine Renaissance des Interesses für den Krieg, den die Ur- oder Urgroßväter der heute Erwachsenen in den Gräben bei Verdun, Reims, Soissons oder Arras geführt haben, zu erkennen. Zu dieser Renaissance zählt das genealogische Interesse von Privatleuten an der Kriegserfahrung der eigenen Vorfahren ebenso wie das lokalhistorische Interesse von Geschichtsvereinen (vor allem in den Regionen der Front), die sich um die Instandhaltung des materiellen Erbes („patrimoine“) der großen Schlachten kümmern. Auch in der Populärkultur ist der Krieg präsent: Filme wie Jean-Pierre Jeunets „Un long dimanche de fiançailles“ (dtsch.: „Mathilde – eine große Liebe“), die Graphic Novels von Jacques Tardi („Putain de guerre“ u. a.) oder dem Autorenduo Kris und Maël („Notre mère la guerre“) oder Romane wie zuletzt Jean Echenoz’ „14“ finden auch bei einem breiteren Publikum großen Anklang, selbst die zeitgenössische Musik macht keine Ausnahme.³⁰ Und nicht zuletzt in der Politik ist der Krieg ein Thema geblieben, etwa, wenn es um die Frage einer möglichen Rehabilitierung der hingerichteten Deserteure oder Meuterer geht, wie sie 1997 der damalige Ministerpräsident Lionel Jospin ins Gespräch gebracht hatte, oder wenn es um die Integration der ehemaligen Kolonialtruppen in das Weltkriegsgedenken geht.

Der hundertste Jahrestag des Kriegsbeginns wird, das lässt sich jetzt schon mit Gewissheit sagen, erneut von der Vitalität der Kriegserinnerung in Frankreich zeugen.³¹ Der Große Krieg ist heute allerdings nicht mehr deshalb interessant, weil er in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Gegenwart steht und dadurch „Lehren“ für deren Bewältigung zur Verfügung stellt. Im Gegenteil, er fasziniert, gerade weil er so fremd geworden ist. In zwei weiteren Punkten unterscheidet sich das heutige Gedenken von der lebendigen Erinnerung der Zeitzeugengeneration. Der neue Gedenkboom reflektiert erstens einen grundsätzlichen Wandel der Erinnerungskultur, der in einem engen Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg und der Shoah steht: nämlich die Hinwendung zu den Opfern der massenhaften Gewalt, die das 20. Jahrhundert geprägt hat. Nicht die

militärischen Führer, nicht die verantwortlichen Politiker stehen im Zentrum des Interesses, sondern die einfachen Soldaten, die die unmenschlichen Lebensbedingungen in den Schützengräben ertragen mussten und von denen so viele den Krieg nicht überleben sollten. Dieses Opfergedenken ist weitgehend entpolitisiert. Die Opfer und die Sache, für die sie gefallen sind, werden dabei künstlich getrennt, und dass die Soldaten selbst Teil der „Kriegskultur“ gewesen sind, gerät aus dem Blick. Zweitens ist das neue Interesse für den Ersten Weltkrieg geprägt durch Internationalisierung und Europäisierung. Als Ressource im politischen Diskurs dient der Erste Weltkrieg nur noch als Negativfolie, vor der die Erfolgsgeschichte der europäischen Einigung umso heller leuchten kann. Vielfach sind daher in den letzten Jahren Initiativen zu beobachten, in denen der enge nationalstaatliche Fokus überwunden wird. Dies ist etwa im „Historial de la Grande Guerre“ in Péronne der Fall; am Hartmannswillerkopf in den Vogesen soll 2015 eine neue Gedenkstätte explizit als deutsch-französischer Erinnerungsort eingeweiht werden. Auch auf der politischen Ebene sind zahlreiche Begegnungen führender Staatsmänner und -frauen geplant, die prominent von dieser neuen supranationalen Perspektive auf den Krieg zeugen. So ist es nicht ausgeschlossen, dass sich der „Große Krieg“, der bisher ein nationaler Erinnerungsort par excellence war, langsam zu einem europäischen Erinnerungsort wandeln wird.

|| **DR. DANIEL MOLLENHAUER**

Lehrkraft für besondere Aufgaben, Historisches Seminar der Ludwig-Maximilians-Universität, München

ANMERKUNGEN

- ¹ Offenstadt, Nicolas: Die „derniers poilus“. Zur identitätsstiftenden Kraft von Kriegsveteranen im zeitgenössischen Frankreich, in: Burgfrieden und Union sacrée. Literarische Deutungen und politische Ordnungsvorstellungen in Deutschland und Frankreich 1914-1933, hrsg. von Wolfram Pyta und Carsten Kretschmann, München 2011, S. 313-328; Hopquin, Benoît: Lazare Ponticelli, Le dernier poilu français, in: *Le Monde*, 12.3.2008.
- ² Vgl. Kloth, Hans Michael: Der leise Tod des letzten Veteranen, in: *Spiegel-online*, 24.1.2008, <http://www.spiegel.de/einestages/erster-weltkrieg-a-946560.html>, Stand: 30.3.2014; vgl. auch Weinrich, Arndt: Der Centenaire und die deutsch-französischen Beziehungen, <http://grandeguerre.hypothes.es.org/143>, Stand: 30.3.2014.
- ³ Überblicksdarstellungen zur Thematik, auf die sich auch dieser Beitrag stützt, sind u. a. Becker, Jean-Jacques / Krumeich, Gerd: *Der Große Krieg. Deutschland und Frankreich im Ersten Weltkrieg 1914-1918*, Essen 2010; Audoin-Rouzeau, Stéphane / Becker, Annette / Smith, Leonhard V.: *France and the Great War 1914-1918*, Cambridge 2003; Duroselle, Jean-Baptiste: *La Grande Guerre des Français. L'incompréhensible*, Paris 1994. Aus vergleichender Perspektive ungemein anregend: Leonhard, Jörn: *Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs*, München 2014.
- ⁴ Die Formel garniert in verschiedensten Variationen zahlreiche Artikel Clemenceaus, z. B. *La seule question*, in: *L'homme enchaîné*, 11.2.1916, S. 1.
- ⁵ Brandt, Susanne: *Vom Kriegsschauplatz zum Gedenksraum. Die Westfront 1914-1940*, Baden-Baden 2000; Bourne, John M.: *Art. Westfront*, in: *Enzyklopädie des Ersten Weltkriegs*, hrsg. von Gerhard Hirschfeld und Gerd Krumeich, Paderborn 2003, S. 960-967.
- ⁶ Krumeich, Gerd: *Der Mensch als „Material“*. Verdun, 21. Februar bis 9. September 1916, in: *Schlachten der Weltgeschichte*, hrsg. von Stig Förster, Markus Pöhlmann und Dierk Walter, München 2004, S. 295-305; Münch, Matti: *Verdun. Mythos und Alltag einer Schlacht*, München 2006; Prost, Antoine: *Verdun*, in: *Les Lieux de mémoire*, Bd. 2, hrsg. von Pierre Nora, Paris 1997, S. 1755-1780; Jessen, Olaf: *Verdun 1916*, München 2014.
- ⁷ Becker, Annette: *Les cicatrices rouges 14-18. France et Belgique occupées*, Paris 2010; Nivet, Philippe: *La France occupée 1918-1918*, Paris 2011.
- ⁸ Vgl. Mollenhauer, Daniel: *Sous le canon d'Agadir. Clemenceau et le raidissement de 1911*, in: *Georges Clemenceau et la Grande Guerre*, hrsg. von Sylvie Brodziak und Caroline Fontaine, Paris 2010, S. 67-82.
- ⁹ Becker, Jean-Jacques: *1914, comment le Français sont entrés dans la guerre*, Paris 1977.
- ¹⁰ Schmidt, Stephan: *Frankreichs Außenpolitik in der Julikrise 1914. Ein Beitrag zur Geschichte des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges*, München 2009.
- ¹¹ Horne, John / Kramer, Alan: *Deutsche Kriegsgreuel 1914. Die umstrittene Wahrheit*, Hamburg 2004.
- ¹² Zu den Feindbildern vgl. Jeismann, Michael: *Das Vaterland der Feinde. Studien zum nationalen Feindbegriff und Selbstverständnis in Deutschland und Frankreich, 1792-1918*, Stuttgart 1992.
- ¹³ Jurt, Joseph: *Frankreichs engagierte Intellektuelle. Von Zola bis Bourdieu*, Göttingen 2012, S. 63-80.
- ¹⁴ Zum Gesamtzusammenhang vgl. Pyta, Wolfram / Kretschmann, Carsten (Hrsg.): *Burgfrieden und Union sacrée*, München 2011 (= *Historische Zeitschrift*, Beiheft 54).
- ¹⁵ Zu den französischen Kriegszielen vgl. Stevenson, David: *French War Aims against Germany 1914-1919*, Oxford 1982.
- ¹⁶ Vgl. zum Gesamtzusammenhang Audoin-Rouzeau, Stéphane / Becker, Jean-Jacques: *La France, la nation, la guerre: 1850-1920*, Paris 1995; Raithel, Thomas: *Das „Wunder“ der inneren Einheit. Studien zur deutschen und französischen Öffentlichkeit zu Beginn des Ersten Weltkriegs*, Bonn 1996.
- ¹⁷ Becker, Annette: *La guerre et la foi. De la mort à la mémoire, 1914-1930*, Paris 1994; Hoffmann, Michael: *Die französischen Katholiken und der Erste Weltkrieg. Die Rückkehr aus der Sondergesellschaft*, in: *Burgfrieden und Union sacrée. Literarische Deutungen und politische Ordnungsvorstellungen in Deutschland und Frankreich 1914-1933*, hrsg. von Wolfram Pyta und Carsten Kretschmann, München 2011, S. 85-108.
- ¹⁸ Grossheim, Heinrich: *Sozialisten in der Verantwortung. Die französischen Sozialisten und Gewerkschafter im Ersten Weltkrieg 1914-1917*, Bonn 1978.
- ¹⁹ Zu den Streiks Duroselle: *La Grande Guerre des Français*, S. 197-202.
- ²⁰ Grossheim: *Sozialisten in der Verantwortung*.
- ²¹ Zu Georges Clemenceau vgl. den Sammelband Brodziak, Sylvie / Fontaine, Caroline (Hrsg.): *Georges Clemenceau et la Grande Guerre, 1906-1929*, Paris 2010; zur Jagd auf Spione und „innere Feinde“ Bavendamm, Gundula: *Spionage und Verrat. Konspirative Kriegserzählungen und französische Innenpolitik 1914-1917*, Essen 2004.
- ²² „La victoire endeuillée“ hat Bruno Cabanes sehr zu Recht seine wichtige Studie über die Demobilisierung der französischen Soldaten in den Jahren 1919/20 betitelt; Cabanes, Bruno: *La victoire endeuillée. La sortie de guerre des soldats français (1918-1920)*, Paris 2004.
- ²³ Zahlen nach Audoin-Rouzeau / Becker / Smith: *France and the Great War*, S. 69.
- ²⁴ Zahlen nach Krumeich / Becker: *Der Große Krieg*, S. 305-306.

- ²⁵ Zum Gesamtzusammenhang vgl. Collectif: Reconstructions en Picardie après 1918, Paris 2000; Zahlen nach Lobry, Gérard: La vie au „provisoire“, in: Reconstructions en Picardie après 1918, von Collectif, Paris 2000, S. 34-49, hier S. 35.
- ²⁶ Brandt: Vom Kriegsschauplatz zum Gedächtnisraum; Bourne: Art. Westfront, in: Enzyklopädie des Ersten Weltkriegs, S. 960-967.
- ²⁷ Prost, Antoine: Les Anciens combattants, 1914-1939, Paris 1977, S. 67.
- ²⁸ Dalisson, Remi: 11 novembre. Du souvenir à la mémoire, Paris 2013.
- ²⁹ Becker, Annette: Les Monuments aux morts. Patrimoine et mémoire de la Grande Guerre, Paris 1988; Rive, Philippe (Hrsg.): Monuments de mémoire. Les monuments aux morts de la Première Guerre Mondiale, Paris 1991; Prost, Antoine: Les monuments aux morts. Culte républicain? Culte civique? Culte patriotique?, in: Les Lieux de mémoire, Bd. 1, hrsg. von Pierre Nora, Paris 1997, S. 199-223.
- ³⁰ Offenstadt, Nicolas: 14-18 aujourd'hui. La Grande Guerre dans la France contemporaine, Paris 2010, S. 13-100.
- ³¹ Einen Eindruck vermittelt etwa das Werk von Jeanneney, Jean-Noël: La Grande Guerre, si loin, si proche. Réflexions sur un Centenaire, Paris 2013, vgl. auch den vom damaligen Präsidenten Nicolas Sarkozy in Auftrag gegebene Bericht des Senators Joseph Zimet zu dem Stand der Planungen, in deutscher Sprache unter: www.grandeguerre.hypotheses.org/359, Stand: 5.4.2014.

1919-1939:

FRANKREICHS SICHERHEIT DURCH HEGEMONIE?

ROLAND HÖHNE || Seit der Niederlage von 1870/71 und der Gründung des Deutschen Reiches fühlten sich die Franzosen von Deutschland bedroht. Grundlage dafür bildeten das negative Deutschlandbild und die wachsende wirtschaftliche und militärische Macht des östlichen Nachbarn.

DIE TRADITIONEN DER FRANZÖSISCHEN AUßENPOLITIK

Aus der Sicht der französischen Eliten, insbesondere der publizistischen, waren die Deutschen brutal, aggressiv, militaristisch, nationalistisch und treulos. Aufgrund ihres Volkscharakters, ihrer numerischen, wirtschaftlichen und militärischen Stärke bildeten sie eine tödliche Gefahr, vor der sich Frankreich nur durch die Optimierung seiner militärischen Kräfte und durch Bündnisse schützen könne.¹ Neben dem sich daraus ergebenden Streben nach Sicherheit behauptete sich jedoch das Streben nach europäischer Vorherrschaft. Es speiste sich aus einem Geschichtsbild, das sich an französischer Macht und Größe seit Ludwig XIV. orientierte. Beide Traditionen haben die französische Deutschland- und Europapolitik in der Zwischenkriegszeit stark beeinflusst.

DIE ORGANISATION DER SICHERHEIT

Bei der Organisation seiner Sicherheit nach dem I. Weltkrieg rechnete Frankreich zunächst mit der weiteren Unterstützung seiner Kriegsverbündeten, insbesondere Großbritanniens. Es strebte daher den Abschluss eines französisch-britischen Sicherheits- und Garantiepaktes an. Die Briten waren jedoch dazu nicht bereit, weil sie sich nicht an die französische Nachkriegspolitik binden wollten.² Frankreich zählte ursprünglich auch auf die USA. Diese hatten bei den Friedensverhandlungen eine wichtige Rolle

gespielt, den Versailler Vertrag aber nicht ratifiziert.³ Sie waren zwar grundsätzlich an der Wahrung der europäischen Nachkriegsordnung interessiert, wollten sich jedoch nicht für diese aktiv engagieren. Sie zogen ihre Truppen aus Europa zurück und traten dem Völkerbund nicht bei.

Frankreich sah sich daher gezwungen, seine Sicherheit mit eigenen Mitteln zu organisieren. Es tat dies, indem es weiterhin umfangreiche Streitkräfte unterhielt, seinen Rüstungsvorsprung gegenüber Deutschland wahrte und sich um den Abschluss von Bündnissen in Ostmitteleuropa bemühte. Es rechtfertigte diese Politik mit sicherheitspolitischen Argumenten. Frankreichs Streitkräfte mussten in der Lage sein, Deutschland durch die Drohung oder die Anwendung von Gewalt zur Erfüllung des Friedensvertrages zu zwingen und, falls dies nicht gelinge, einen eventuellen deutschen Angriff bereits an der Grenze abwehren zu können. Die militärische Situation vom Spätsommer 1914 dürfe sich nicht wiederholen, da Frankreich diesmal nicht mit einem russischen Entlastungsangriff rechnen könne und eine erneute britische Intervention ungewiss sei.

Die französische Führung vertraute jedoch nicht nur militärischer Macht, sondern suchte Frankreichs Sicherheit auch durch wirtschaftliche Stärke abzusichern. Diese betrachtete es sowohl zum Unterhalt eines glaubwürdigen Drohpotentials als auch für die wirtschaftliche,

speziell finanzielle Durchdringung Ostmitteleuropas für erforderlich. Man war sich der Diskrepanz zwischen dem französischen und dem deutschen Wirtschaftspotential durchaus bewusst. Deshalb strebte man im Westen die wirtschaftliche Anbindung des Saargebietes und des Rheinlandes an Frankreich sowie den Abschluss von Handelsabkommen mit den ostmitteleuropäischen Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie und des Zarenreiches an. Die französische Diplomatie konnte sich dabei auf die Interessen einflussreicher Wirtschaftskreise stützen. Die Finanz- und Handelspolitik der USA und Großbritanniens gegenüber Deutschland betrachtete sie als gefährlich, da sie den wirtschaftlichen Wiederaufstieg Deutschlands förderte, der in Paris als potentielle Bedrohung galt.

Eine zentrale Rolle in diesem Sicherheitskonzept spielte die Reparationspolitik. Deutsche Reparationen sollten die strukturelle Schwäche der französischen Wirtschaft – insbesondere die unzureichende Energiebasis der Schwerindustrie (Koks, Kohle) – ausgleichen, zum Aufbau der zerstörten Gebiete beitragen, die Rückzahlung der interalliierten Kriegsschulden an Großbritannien und die USA erleichtern, die Steuerlast der französischen Bevölkerung mindern und die wirtschaftliche Erholung des besiegten Gegners verlangsamen. Die Reparationen hatten somit eine außen- und sicherheitspolitische und auch eine innergesellschaftliche Funktion. Das verbindende Element bildete die Finanzpolitik.⁴

Frankreich bemühte sich darum, seine Sicherheit auch durch Bündnisse im Osten abzusichern. Da Russland infolge von Revolution und Bürgerkrieg als Bündnispartner entfiel, suchte es die ostmitteleuropäischen Staaten nicht nur politisch, sondern auch militärisch, wirtschaftlich und kulturell eng an sich zu binden. Diese sollten eine deutsche Ostexpansion verhindern und zusätzlich das sowjetische Russland als „cordon sanitaire“ von Europa fernhalten. Es begründete diese Bestrebungen sowohl mit geopolitischen als auch mit historischen Argumenten. Deutschland werde zunächst versuchen, die Nachkriegsordnung in Ostmitteleuropa zu revidieren, um dieses seiner Kontrolle zu unterwerfen. Es folge damit den traditionellen Linien seiner Ostexpansion. Um die daraus für

Frankreich resultierenden Gefahren zu bannen, hätten sich schon die französischen Könige seit Franz I. (1515-1547) bemüht, das „europäische Gleichgewicht“ durch „östliche Gegengewichte“ zu erhalten. Die Aufgabe dieser Politik durch Napoleon III. habe 1866 zum preußischen Sieg über Österreich geführt, dessen Folge die französische Niederlage von 1870/71 gewesen sei. Von Sadowa (Königgrätz) habe ein direkter Weg nach Sedan geführt. Wenngleich diese Kontinuitäts- bzw. Kausalkette wissenschaftlich nicht haltbar war, so trug sie doch erheblich zur Legitimation der französischen Ostmitteleuropapolitik bei und verschaffte ihr die notwendige innenpolitische Unterstützung.

Mit dem wichtigsten ostmitteleuropäischen Nachkriegsstaat, Polen, schloss Frankreich bereits im Februar 1921 umfangreiche Wirtschaftsverträge, die im Februar 1922 in Kraft traten, sowie eine geheime Militärkonvention. Die einzelnen wirtschaftlichen und militärischen Abmachungen wurden dann 1924 durch ein offizielles Bündnis vertraglich abgesichert. Dadurch gewann Frankreich ein beachtliches östliches „Gegengewicht“ gegen Deutschland, das jedoch Russland in keiner Weise ersetzen konnte. Polen besaß weder dessen Einwohnerzahl noch dessen Ressourcenreichtum und strategische Tiefe. Außerdem hatte es mit zahlreichen inneren, insbesondere ethnischen und sozialen Problemen zu kämpfen und war mit all seinen Nachbarn wegen territorialer Konflikte verfeindet. Als dessen Bündnispartner wurde Frankreich besonders mit den äußeren Problemen belastet.⁵ Dies komplizierte nicht nur sein Verhältnis zu Deutschland, sondern auch zur Sowjetunion und zur Tschechoslowakei.

Letztere besaß eine strategische Schlüsselstellung für den Donaauraum. Als Ersatz für die zerbrochene Habsburgmonarchie plante die französische Diplomatie zunächst die Schaffung einer Donaukonföderation mit Ungarn als Kern. Dieser Plan scheiterte jedoch am Widerstand der ungarischen Nachbarstaaten Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien, die sich vor dem ungarischen Revisionismus fürchteten.⁶ Auf Betreiben des tschechischen Außenministers Benesch schlossen sich diese stattdessen in den Jahren 1920/21 durch bilaterale Bündnisse in der „Kleinen Entente“ zusammen. Diese war

primär gegen Ungarn gerichtet und sollte insgesamt eine Restauration der Habsburgermonarchie verhindern. Frankreich intensivierte daraufhin seine bilateralen Beziehungen zu deren Mitgliedern und bemühte sich, deren Interessenkonflikte zu schlichten und ihr Verhältnis zu Polen zu verbessern.

1924 schloss es einen politischen Pakt mit der Tschechoslowakei, der sich gegen Deutschland richtete, aber auf tschechoslowakisches Drängen keine Militärkonvention enthielt. Prag strebte zwar französischen Beistand gegen einen eventuellen deutschen Angriff an, wollte sich jedoch nicht wie Polen zu eng an Frankreich binden, um seine Beziehungen zu Großbritannien nicht zu belasten, auf dessen Finanzhilfe es angewiesen war.⁷ Mit Rumänien und Jugoslawien schloss Frankreich zwar keine Militärbündnisse, wohl aber Handelsverträge und Finanzabkommen. Mit Rücksicht auf die prekäre Finanzsituation weigerten sich jedoch die französischen Parlamentarier, die notwendigen Kredite zu bewilligen. Die Beziehungen zu beiden Ländern wurden daher nicht so eng wie zu Polen und, mit Abstand, zur Tschechoslowakei.

Als Ergänzung seiner Beziehungen zur „Kleinen Entente“ suchte Frankreich auch die Unabhängigkeit Österreichs zu stärken, um dessen Anschluss an das Deutsche Reich zu verhindern. So knüpfte es finanzielle Hilfen an die Bedingung, dass Österreich seine Unabhängigkeit gegen alle Anschlussbestrebungen verteidigen werde. Langfristig strebte es so die Schaffung eines mitteleuropäischen Sicherheitssystems an, das die ursprüngliche Funktion der Habsburgermonarchie als „Gegengewicht“ zu Deutschland übernehmen sollte. Infolge der unterschiedlichen Interessenlagen bzw. Interesseninterpretationen der Nachfolgestaaten der Donaumonarchie ist dies jedoch nicht gelungen.

Frankreichs Bemühungen um die Einbeziehung Jugoslawiens in sein kontinentaleuropäisches Sicherheitssystem belasteten erheblich seine Beziehungen zu Italien. Rom engagierte sich zwar grundsätzlich wie Frankreich für die Wahrung der Nachkriegsordnung, wollte jedoch diese auf dem Balkan zu seinen Gunsten verändern. Es rivalisierte daher mit Frankreich bei der politischen und wirtschaftlichen Durchdringung dieser Region.⁸

Die Bilanz der französischen Bemühungen um die Schaffung eines kontinentaleuropäischen Sicherheitssystems unter französischer Führung in den ersten Nachkriegsjahren war zwiespältig. Einerseits gelang es Paris, die Länder der Kleinen Entente sowie Polen eng an sich zu binden und die österreichische Selbständigkeit zu stärken. Frankreich wurde so zur Vormacht auf dem europäischen Kontinent. Andererseits fehlten ihm aber die Mittel, um diese Länder auch wirtschaftlich und finanziell zu durchdringen und sie so von sich abhängig zu machen. Ferner belastete es sich mit den vielfältigen Problemen dieser Region. Dadurch vertiefte es nicht nur den Gegensatz zu Deutschland, sondern auch zur Sowjetunion und komplizierte sein Verhältnis zu Italien und zu Großbritannien.

Nach dem Scheitern der Ruhrbesetzung (1923) ging es ihm daher nicht mehr um die Schaffung eines unter französischer Führung stehenden europäischen Kontinentalsystems, sondern um die Stärkung der Beziehungen zu den einzelnen ostmittel- und südosteuropäischen Staaten, insbesondere zu Polen und der „Kleinen Entente“ sowie um die Beilegung ihrer zahlreichen bilateralen Konflikte. Die Funktionsfähigkeit dieser Bündnisse hing im hohen Maße von seiner Handlungsfähigkeit und seinem Handlungswillen ab.

SANKTIONSPOLITIK

Als sich Anfang 1921 deutsche Reparationslieferungen leicht verzögerten, besetzten französische und belgische Truppen am 8. März 1921 Duisburg und Düsseldorf. Damit gewannen sie eine strategisch günstige Ausgangsposition für eine Besetzung des gesamten rheinisch-westfälischen Industriegebietes. Bei dieser Operation wurde Frankreich von Großbritannien unterstützt. Gemeinsam stellten sie Deutschland am 5. Mai 1921 ein Ultimatum, mit dem sie dieses zur Einhaltung eines Zeitplanes für die Reparationszahlungen von 132 Milliarden Goldmark zwingen wollten. Dies führte gemeinsam mit der pro-polnischen Haltung Frankreichs in Oberschlesien⁹ zu einer deutschen Versteifung in der Reparationsfrage sowie zur Deutschlands Annäherung an die Sowjetunion durch den Abschluss des Rapallo-Vertrages am 16. April 1922.

Die von Raymond Poincaré geführte französische Regierung reagierte auf die Umorientierung der deutschen Außenpolitik im Januar 1923 mit der Besetzung des Ruhrgebietes gemeinsam mit Belgien.¹⁰ Als Vorwand diente eine erneute Verzögerung der deutschen Reparationsleistungen. Offiziell wollte daher Frankreich durch die Kontrolle der dortigen Kohle- und Koksproduktion als „produktiver Pfänder“ die Erfüllung der deutschen Reparationsverpflichtungen erzwingen. In Wirklichkeit aber ging es Poincaré um eine Machtdemonstration gegenüber Deutschland, um dieses zur Abkehr von der Sowjetunion zu veranlassen. Außerdem wollte er eine „rheinische Entität“ unter französischer Kontrolle schaffen, etwa durch einen Sonderstatus des Rheinlandes analog dem des Saargebietes. Es würde zwar formal weiterhin zum Deutschen Reich gehören, aber wirtschaftlich eng an Frankreich angebunden sein. Im Gegensatz zu 1921 unterstützten diesmal Großbritannien und die USA nicht die französische Sanktionspolitik.¹¹

Deutschland reagierte auf die französische Ruhrbesetzung mit passivem Widerstand: Es stellte die Reparationsleistungen an die beiden Besatzungsmächte ein, Industrie, Verwaltung und Verkehr wurden teilweise durch Generalstreiks lahmgelegt, Behörden und Betriebe weigerten sich häufig, die Anordnungen der Besatzungsmächte auszuführen. Diese antworteten darauf mit Strafen und Strafmaßnahmen und übernahmen die Eintreibung von Reparationen teilweise selbst. Finanziell war die Ruhrbesetzung trotzdem ein Verlustgeschäft. Aber auch Deutschland litt unter den finanziellen Folgen des passiven Widerstandes. Da es die Löhne von etwa zwei Millionen Arbeitern des Ruhrgebietes weiterzahlte, sah es sich gezwungen, neues Geld zu drucken und heizte so die Inflation an. Produktionsausfälle verschärften die Wirtschaftskrise, geringere Steuereinnahmen belasteten den Haushalt. Der neue Reichskanzler Gustav Stresemann brach deshalb am 26. September 1923 den passiven Widerstand ab und bot Frankreich Verhandlungen an. Poincaré lehnte diese ebenso ab wie britische Vermittlungsvorschläge.¹² Da Frankreich jedoch Anfang 1924 in eine schwere Finanzkrise geriet, die es aus eigener Kraft nicht überwinden konnte,

musste es einer von den USA betriebenen internationalen Neuregelung der Reparations- und Kriegsschuldentilgung durch den Dawes-Plan zustimmen. Entsprechend diesem Abkommen räumte es 1925 die Ruhr, verblieb aber im Rheinland. Es hatte damit seine Ziele nur teilweise erreicht. Es erhielt zwar wieder deutsche Reparationsleistungen, war aber nun finanzpolitisch auf die USA angewiesen. Diese engagierten sich finanziell wieder stark in Europa und ermöglichten so den wirtschaftliche Wiederaufstieg Deutschlands. Die Politik der Sicherheit durch Sanktionen war gescheitert.¹³

VERSTÄNDIGUNGSPOLITIK

Als Alternative zur Sanktionspolitik suchte das Cartel des Gauches, das 1924 die Wahlen zur Nationalversammlung gewonnen hatte, zunächst unter Edouard Herriot, ab 1925 unter der Federführung seines Außenministers Aristide Briand eine Verständigung mit Deutschland.¹⁴ Das Ergebnis dieser Bemühungen waren die Verträge von Locarno (1925).¹⁵ An ihrer Ausarbeitung nahmen neben Frankreich und Deutschland auch Großbritannien, Italien, Belgien, zeitweise Polen und die Tschechoslowakei teil. Ihren Kern bildeten der Garantiepakt zwischen dem Deutschen Reich, Frankreich sowie Belgien. Deutschland erkannte mit diesem die im Versailler Vertrag festgelegte Westgrenze an, die von Großbritannien und Italien garantiert wurde. Im Falle eines deutschen Angriffs auf Belgien und / oder Frankreich (wie 1914) oder aber einer Invasion Deutschlands durch belgische und / oder französische Truppen (wie 1923) würden die Garantiemächte zugunsten des Angegriffenen militärisch intervenieren.

Mit Polen und der Tschechoslowakei schloss Deutschland lediglich Schiedsverträge, da es die im Versailler Vertrag gezogene deutsche Ostgrenze nicht anerkannte. Als Ausgleich sicherte Frankreich in gesonderten Verträgen seinen beiden östlichen Verbündeten für den Fall eines deutschen Angriffes militärische Hilfe zu. Großbritannien lehnte dagegen eine vertragliche Garantie des territorialen Status quo in Ostmitteleuropa ab. So entstanden zwei unterschiedliche Sicherheitszonen in Europa, wodurch die französischen Bündnisverträge mit den ostmitteleuropäischen Verbündeten, insbesondere Polen,

entwertet wurden. Durch den geplanten Beitritt Deutschlands zum Völkerbund sollten jedoch beide europäischen Sicherheitszonen miteinander verflochten werden.¹⁶

Die Bereitschaft Frankreichs zu einer partiellen Verständigung mit Deutschland in der Sicherheitsfrage beruhte auf der Erkenntnis, dass die Sanktionspolitik die französischen Mittel, insbesondere die finanziellen, weit überforderte und dadurch die finanzielle Abhängigkeit von Großbritannien und den USA erhöhte sowie die innenpolitische Stabilität gefährdete. Weitere Motive bildeten der wachsende Pazifismus sowie die Wehrunwilligkeit in der Bevölkerung und die Notwendigkeit, mit Deutschland über die Neuregelung der Handelsbeziehungen zu verhandeln. Im Versailler Vertrag hatte Deutschland den Siegermächten die einseitige Meistbegünstigung einräumen müssen. Mit dem Auslaufen dieser Verpflichtung am 10. Januar 1925 erhielt es seine handelspolitische Souveränität zurück und konnte nun wieder selbst über seine Handelspolitik bestimmen. Daraus ergaben sich vielfältige Probleme für französische bzw. französisch kontrollierte Unternehmen, so vor allem im Elsass, in Lothringen sowie im Saargebiet. Dortige Wirtschaftskreise drängten daher auf eine Normalisierung der Beziehungen zu Deutschland.

Die Verständigungspolitik führte durch die Locarno-Verträge zu einer gewissen Normalisierung der deutsch-französischen Beziehungen und zu einer begrenzten Revision des Versailler Vertrages. So wurde die direkte alliierte Kontrolle der deutschen Abrüstung durch eine lockerere Kontrolle des Völkerbundes ersetzt, die bereits der Weimarer Republik in späteren Jahren eine geheime Aufrüstung ermöglichte. Belgier und Franzosen räumten die nördliche Besatzungszone und vereinbarten eine vorzeitige Räumung der verbleibenden Besatzungsgebiete. Im Schutze der Verträge ging Frankreich unter innergesellschaftlichem Druck zu einer Defensivstrategie über, die zu einer Reorganisation seiner Streitkräfte und zum Bau der Maginotlinie führte. Theoretisch blieb die Möglichkeit einer französischen Intervention im Falle eines deutsch-polnischen Konflikts bestehen, wurde aber unwahrscheinlich. Das bedeutete eine Entwertung des französisch-polnischen Paktes.

Deutschland musste jedoch weiterhin Reparationen zahlen und die territoriale Nachkriegsordnung respektieren. Deutsche Versuche, die von Belgien annektierten Gebiete von Eupen / Malmédy zurückzukaufen, scheiterten am französischen Einspruch. Auch das Anschlussverbot Österreichs an das Deutsche Reich blieb bestehen. Als beide in der Weltwirtschaftskrise eine Zollunion planten, erklärte Briand: „L'Anschluss c'est la guerre“. Die Locarnoära war daher de facto schon vor der NS-Machtergreifung zu Ende. Hitler brach definitiv mit ihr, indem er aus dem Völkerbund austrat, die allgemeine Wehrpflicht wieder einführte und im März 1936 die entmilitarisierte Rheinlandzone besetzte.

Frankreich protestierte zwar jedes Mal, intervenierte aber nicht. Doch es suchte eine engere Zusammenarbeit mit Großbritannien, Italien und der Sowjetunion. Es folgte damit dem Muster seiner Vorkriegsdiplomatie. Da Großbritannien jedoch einen partiellen Ausgleich mit Deutschland suchte, folgte es seit 1936 dessen Appeasementpolitik. Diese führte 1938 zum Münchner Abkommen, welches das Ende einer eigenständigen Deutschlandpolitik Frankreichs bedeutete. Nach dem deutschen Angriff auf Polen schloss es sich der britischen Kriegserklärung an das Deutsche Reich an. Seine Deutschlandpolitik der Zwischenkriegszeit war definitiv gescheitert. Streben nach Sicherheit oder nach Hegemonie?

Frankreich begründete seine Deutschland- und Europapolitik der Zwischenkriegszeit stets mit seinem Sicherheitsinteresse. Dieses erfordere zum Ausgleich der potentiellen Überlegenheit Deutschlands eigene Stärke, eine integrale Verteidigung der europäischen Nachkriegsordnung, die Begrenzung der deutschen Machtentfaltung und Bündnisse. Da die Kriegsallianz nach den Friedensschlüssen zerfiel, sei die enge Kooperation mit den ostmittel- und südosteuropäischen Nachfolgestaaten unerlässlich gewesen. Die Kritiker der französischen Sicherheitspolitik in Deutschland, aber auch in den Vereinigten Staaten und teilweise in Großbritannien bezeichneten das französische Streben nach optimaler Sicherheit nur als Vorwand für das Streben nach kontinentaleuropäischer Hegemonie.¹⁷

Wer hat recht? Es ist zweifellos richtig, dass Deutschland auch nach dem I. Weltkrieg Frankreich potentiell überlegen blieb. Aber resultierte daraus bereits eine potentielle Bedrohung oder ergab sich diese erst aus der französischen Sanktionspolitik? Aus der Rückschau von fast 100 Jahren spricht vieles für die zweite These. Verantwortlich war dafür neben dem negativen Deutschlandbild vor allem das Denken der Machtelite in machtpolitischen Kategorien. Nach diesen war ein Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland unvermeidlich, wenn Frankreich ihn nicht rechtzeitig verhinderte. Über die Wege, wie dies geschehen sollte, war sich die Machtelite allerdings nicht einig. Die nationale Rechte und rechte Mitte bevorzugte unter Poincaré in den Jahren 1919-1924 Sicherheit durch Vormacht, die linke Mitte und gemäßigte Linke unter Briand Sicherheit durch Verständigung. Aber auch Briand war nicht bereit, substantielle Konzessionen an Deutschland zu machen, welche die unerlässliche Voraussetzung für eine dauerhafte Verständigung bildeten. So blieb seine Politik auf eine Teilverständigung im Westen beschränkt. Die dringend notwendige Verständigung im Osten erfolgte nicht.¹⁸ Frankreich besaß aber nicht die Mittel, Deutschland dauerhaft zur integralen Respektierung der Nachkriegsordnung zu zwingen. Das Scheitern der französischen Sicherheitspolitik war daher vorprogrammiert.

|| PROF. DR. ROLAND HÖHNE

emeritierter Professor für Landeswissenschaft
Romanistik, Fachgebiet Geschichte / Politik,
Universität Kassel

ANMERKUNGEN

- ¹ Vgl. Digeon, Claude: *La crise allemande de la pensée française (1870-1914)*, Paris 1959.
- ² Vgl. Kleine-Ahlbrandt, William Laird: *The burden of victory: France, Britain, and the enforcement of the Versailles peace 1919-1925*, Lanham, Md. u. a. 1995.
- ³ Der Senat verweigerte seine Zustimmung. Im Washingtoner Abkommen mit Deutschland von 1920 sicherten die USA jedoch ihre Interessen.
- ⁴ Vgl. Wurm, Clemens A.: *Die französische Sicherheitspolitik in der Phase der Umorientierung 1924-1926*, Frankfurt a. M. 1979.
- ⁵ Le Goyet, Pierre: *France – Pologne 1919-1939: de l'amitié romantique à la méfiance réciproque*, Paris 1991.
- ⁶ Durch den Friedensschluss von Trianon (1920) hatte Ungarn zwei Drittel seines Territoriums und ein Drittel seiner Bevölkerung verloren. Es musste das ehemalige „Oberungarn“ (die Slowakei) in der neugegründeten Tschechoslowakei aufgehen lassen, Siebenbürgen an Rumänien, die Voivodina und Kroatien dem Königreich Jugoslawien überlassen.
- ⁷ Statt einer Militärkonvention vereinbarten beide Länder den Austausch von zwei „interpretierenden Briefen“, die die Ausarbeitung von Plänen für eine eventuell gemeinsame Verteidigung vorsahen. Dies konnte jedoch die geplante Militärkonvention nicht ersetzen.
- ⁸ Vgl. Le Mual, Frédéric: *La France et l'Italie dans les Balkans 1914-1919: le contentieux adriatique*, Paris 2006.
- ⁹ Dort hatte am 20.3.1921 eine Volksabstimmung über die staatliche Zugehörigkeit stattgefunden, bei der sich 59,04 Prozent für den Verbleib bei Deutschland, 40,6 Prozent für den Anschluss an Polen aussprachen. Daraufhin erfolgte auf französisches Betreiben eine Aufteilung der Region zwischen beiden Ländern.
- ¹⁰ Geplant war sie bereits im November 1922; vgl. Zimmermann, Ludwig: *Frankreichs Ruhrpolitik von Versailles bis zum Dawesplan*, hrsg. von Walter Peter Fuchs, Göttingen 1971; Krumeich, Gerd / Schröder, Joachim (Hrsg.): *Der Schatten des Weltkrieges: Die Ruhrbesetzung 1923*, Essen 2004.
- ¹¹ Zur britischen Haltung vgl. O'Riordan, Elspeth Y.: *Britain and the Ruhr crisis*, Basingstoke u. a. 2001.
- ¹² Vgl. *Documents diplomatiques français 1923*, Bd. 2 (1.7.-31.12.), Ministère des Affaires étrangères, Paris, Commission des Archives diplomatiques – Direction des Archives, hrsg. von Christian Baechler, Brüssel u. a. 2013.
- ¹³ Vgl. Jeanesson, Stanislas: *Poincaré, la France et la Ruhr 1922-1924. Histoire d'une occupation*, Straßburg 1998.
- ¹⁴ Siebert, Ferdinand: *Aristide Briand 1862-1932. Ein Staatsmann zwischen Frankreich und Europa*. Zürich 1973; Schulz, Matthias: *Aristide Briand (1862-1932)*, in: *Europäische Geschichte Online*, hrsg. vom Institut für Europäische Geschichte, Mainz 2010.
- ¹⁵ Jacobson, Jan: *Locarno diplomacy. Germany and the West 1925-1929*, Princeton, N.J. 1972.
- ¹⁶ Keeton, Edward D.: *Briand's Locarno Diplomacy. French Economics, Politics, and Diplomacy 1925-1929*, New York, 2. Aufl., 1987.
- ¹⁷ Vgl. Zimmerman: *Frankreichs Ruhrpolitik*.
- ¹⁸ Schattkowsky, Ralph (Hrsg.): *Locarno und Osteuropa: Fragen eines europäischen Sicherheitssystems in den 20er-Jahren*, Marburg 1994.

VICHY UND DIE KOLLABORATION

KLAUS-ULRICH HAMMEL || Das Kriegsvölkerrecht legt es Besatzungsregimen auf, innerstaatliche Strukturen im besetzten Territorium zu respektieren und die Lebensbedürfnisse der Bevölkerung sicherzustellen. Andererseits sind staatliche Organe und Verwaltungen gehalten, den Weisungen der Besatzungstruppen nachzukommen und mit ihnen „zusammenzuarbeiten“, die Bevölkerung ist verpflichtet, sich jeglicher feindseliger Aktivitäten zu enthalten – beide, in bestimmtem Umfang Leistungen gegenüber den feindlichen Besatzungstruppen oder der besetzenden Macht zu erbringen. In allen durch die Wehrmacht besetzten Ländern Europas kam es während des 2. Weltkrieges zur Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht, einerseits durch den Zwang, der durch sie ausgeübt wurde, andererseits aber auch auf freiwilliger Basis, bedingt durch innerstaatliche oder innergesellschaftliche Überzeugungen und Antriebe, die auf historisch gewachsenen und aktuell wirksamen Grundpositionen beruhten. Das Ausmaß der „Kollaboration“, so der negativ geprägte Begriff nach dem Krieg, war in den Ländern unterschiedlich. Einigkeit besteht darüber, dass die Kollaboration in Frankreich eine besonders intensive Form annahm.

EINFÜHRUNG¹

Die deutsche Besatzungsherrschaft in Frankreich dauerte – vereinfacht gerechnet – vom 25. Juni 1940, dem Tag des Wirksamwerdens des Waffenstillstandes, bis zur Einnahme von Paris am 25. August 1944, nach der Landung der Alliierten in der Normandie. In Abhängigkeit vom Vorrücken der Front zur deutschen Grenze blieben aber auch danach Teile Frankreichs von den deutschen Armeen „beherrscht“.

Die Intensität der Kollaboration in diesem Zeitraum war unterschiedlich. Die durchaus verschiedenen Formen und „Träger“ der Kollaboration werden fälschlicherweise unter dem Begriff „Vichy“, dem Sitz der französischen Regierung unter Marschall Pétain, zusammengefasst. Die Felder der Kollaboration erstreckten sich auf alle Politik- und Lebensbereiche. Mit dem deutschen Besatzungssystem zusammen arbeiteten die französische Regierung und ihre nachgeordneten Regierungs- und Verwaltungsorgane (z. B. Polizei, Justiz), regierungsunabhängige politische Organisationen, Wirtschaftsunternehmen und kulturelle Organe und Einrichtungen, Gruppierungen in der Bevölkerung wie

die sogenannten „Intellektuellen“ oder „Künstler“ bis hin zu „einfachen“ Franzosen oder Französinen.

Die Kollaboration hatte vielfältige Ursachen oder Auslöser, die von den zuvor genannten rechtlichen Verpflichtungen über den ausgeübten Druck durch die Besatzungsmacht bis zu einem Spektrum innerfranzösischer Beweggründe reichten. Gerade Forschungen der letzten Jahrzehnte haben die Tatsache enthüllt, dass das Ausmaß nicht vor allem durch den Zwang der deutschen Besatzungsmacht, sondern durch eine im größeren Umfange praktizierte Freiwilligkeit in der französischen Bevölkerung begründet war. Nach dem Krieg, nach der „Befreiung“, die – so die Behauptung – zudem nicht in erster Linie durch die Alliierten, vielmehr durch die Franzosen selbst herbeigeführt worden sei, war es opportun gewesen, dieses Ausmaß an Freiwilligkeit durch den Mythos des Widerstandes, der Résistance, zu überdecken. Der Mythos der Selbstbefreiung und der Résistance, der angeblich die überwiegende Mehrheit der Franzosen angehört hätte, überdeckte auch die überaus grausame und rechtlose Abrech-

nung mit der Kollaboration während der sogenannten „épuration“, der Säuberung, unmittelbar in den Jahren nach dem Ende des Krieges.

POLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

Die Besatzungszeit dauerte also vier Jahre und einige Monate. Am 16. Juni 1940 bildete Marschall Pétain als Nachfolger des demissionierten Ministerpräsidenten Reynaud eine neue französische Regierung. Der Regierungssitz war vor den herannahenden Deutschen von Paris nach Bordeaux verlegt worden. Am 18. Mai war Pétain, der auf dringende Bitten Reynauds von seinem Botschafterposten in Madrid nach Frankreich zurückgekehrt war, als Vizepräsident des Ministerrates in die Regierung eingetreten. Am 25. Juni trat der Waffenstillstand, um den die französische Regierung bei der Regierung des Deutschen Reiches nachgesucht hatte, in Kraft. Schon die öffentliche Ankündigung, dass man um einen Waffenstillstand nachsuche, hatte in der französischen Bevölkerung grenzenlosen Jubel und Bewunderung für Pétain hervorgerufen.

Als Kontrastprogramm zur späteren Verdammung des Regierungschefs von Vichy sei ein Kommentar François Mauriacs zitiert, mit dem dieser die Rundfunkansprache des Marschalls am Tag des Waffenstillstands würdigte: „Die Worte Marschall Pétains am Abend des 25. Juni klangen fast zeitlos; nicht ein Mensch sprach zu uns, sondern aus der Tiefe unserer Geschichte hörten wir den Aufruf der gedemütigten großen Nation emporsteigen. Die Toten von Verdun und die Menge der Unzähligen, die durch die Jahrhunderte die Fackel weitergaben, die unseren schwachen Händen entfallen ist, hatten diesen Greis zu uns entsandt.“² Aus den Franzosen waren anscheinend 40 Millionen „Pétainisten“ geworden.

Am 30. Juni 1940 wurde der Regierungssitz nach Vichy, im unbesetzten Teil Frankreichs, verlegt. Der Wiederaufstieg Frankreichs bedurfte einer neuen Ordnung. Die Dritte Republik hatte sich als unfähig erwiesen, zukunftsweisende Lösungen für die anstehenden vielfältigen Probleme zu finden. Durch eine Verfassungsreform wurden dem Marschall, zugleich Staatsoberhaupt und Regierungschef, quasi diktatorische Befugnisse übertragen. Das Parlament bestand

weiterhin, hatte aber keine Aufgabe mehr. Im Rahmen der Abstimmungen in den parlamentarischen Gremien, die am 9./10. Juli 1940 erfolgten, wurde die Verfassung fast einstimmig angenommen. In der Nationalversammlung stimmten von 666 anwesenden Abgeordneten 569 Abgeordnete zu, 80 Personen stimmten mit nein, 17 Personen enthielten sich der Stimme.

Entsprechend den Waffenstillstandsbedingungen blieben etwa zwei Fünftel des Territoriums von deutschen Truppen unbesetzt. Die Demarkationslinie verlief in etwa von der Schweizer Grenze bei Genf über Autun und Dijon in Richtung Tours an der Loire und von dort aus faktisch parallel zur Atlantikküste über Bordeaux zu spanischen Grenze. Nord- und Ostfrankreich, die Bretagne und die Normandie, Mittelfrankreich und die gesamte Atlantikküste gehörten zu der Zone, die von deutschen Truppen besetzt wurde. Die Besatzungszone umfasste 49 Departements mit 23 Millionen Einwohnern. Dieser Teil Frankreichs kam unter deutsche Militärverwaltung (Militärbefehlshaber Frankreich bzw. Militärbefehlshaber Belgien-Nordfrankreich für die Departements Nord und Pas de Calais). Die Departements im Elsass und in Lothringen kamen unter zivile Verwaltungen, d. h. sie wurden von Gauleitern regiert.³ Die französischen Kolonien blieben unangetastet, Vichy übte dort die Regierungsgewalt aus.

Am 28. Juni war General de Gaulle in London von den Briten als Führer der „Freien Franzosen“ anerkannt worden. Er bildete wenigstens vordergründig einen Gegenpol zur Regierung in Vichy. Als Folge des – von Vichy „unter der Hand“ gebilligten – Seitenwechsels der französischen Truppen in Nordafrika, nach der Landung der Alliierten dort, besetzten die deutschen Divisionen im November 1942 auch die bisher nicht besetzten Teile Frankreichs. Die Zusammenarbeitsverhältnisse mit französischen Regierungs- und Verwaltungsstellen wurden denen im bisher schon besetzten Teil Frankreichs angeglichen.

Nach der Landung der Alliierten im Juni 1944 in der Normandie und im August in Südfrankreich verringerte sich der Raum des durch die Vichy-Administration regierten Gebiets ständig. Bereits im Juni 1943 hatte sich in Algier das „Comité français de la Libération nationale“

(CFLN) unter der Führung de Gaulles gebildet, das im August 1943 durch die USA, Großbritannien und die Sowjetunion als vorläufige französische Regierung anerkannt worden war. Die weit überwiegende Anzahl der Territorien in den Kolonien unterstellte sich diesem Komitee und sagte sich damit von Vichy los.

Vor den herannahenden alliierten Truppen wurde die Regierung des Marschalls von den Deutschen gezwungen, den Regierungssitz Zug um Zug nach Osten zu verlegen. Über Belfort und Baden-Baden bezog man im September 1944 eine „Enklave“ um Sigmaringen. Pétain und einige seiner Minister weigerten sich aus Protest gegen den deutschen Zwang, die ohnehin nur noch fiktive Regierungsgewalt vom Ausland aus wahrzunehmen. Anders eine Gruppe von Ultra-Kollaborateuren (auf die wir noch zurückkommen), die mit einem verzweifelten Einsatz an der Seite des NS-Systems eine Wende herbeizuführen hofften. Im Raum Sigmaringen bildete sich eine Quasi-Regierung, „La Commission gouvernementale française pour la défense des intérêts nationaux“. Angesichts der chaotischen Lage im Herbst 1944 bis Frühjahr 1945 gelang es der Kommission nicht, irgendeine Regierungsgewalt auszuüben, schon gar nicht in Frankreich.

DER DEUTSCHE PARTNER

Adolf Hitler war ein Bewunderer der Briten und des britischen Empire. In einer absoluten Fehleinschätzung der Mentalität der britischen Führungsschichten glaubte er fast über die gesamte Dauer des Krieges, mit Großbritannien zu einem gegenseitigen Interessenausgleich kommen zu können. Den Franzosen misstraute der Diktator zutiefst. Selbst wenn es gelänge, britische Machtambitionen aus Europa abzulenken, dann war er sich sicher, dass Frankreich deutschen Hegemonialansprüchen aus Prinzip entgegenreten würde. Die Revision von Versailles war 1938 nahezu abgeschlossen. Eine Wiederherstellung der Grenzen von 1914 im Westen strebte Hitler nach seinen Bekundungen nicht an. Die Rolle, die er Frankreich nach dessen Niederwerfung durch den Feldzug von 1940 zugedacht hatte, wird von verschiedenen Autoren unterschiedlich bewertet: „Das ewige und an sich so unfruchtbare Ringen zwischen uns

und Frankreich“, so zitiert E. Jäckel Hitler selbst, sei nur sinnvoll „unter der Voraussetzung, dass Deutschland in der Vernichtung Frankreichs wirklich nur ein Mittel sieht, um danach unserem Volke endlich an anderer Stelle die mögliche Ausdehnung geben zu können.“⁴ Für die Wendung nach Osten musste der Rücken im Westen frei sein. G. Hirschfeld schreibt, dass weder Hitler noch seine Satrapen „eine feste oder gar endgültige Vorstellung von einer späteren französischen Staatlichkeit“ hatten. Die politische Rolle Frankreichs nach dem Krieg „sah [er] ... bloß als Manövriermasse in künftigen Verhandlungen, die er mit einem geschlagenen Großbritannien führen wollte.“⁵

Mit einer kaum glaublichen Voreingenommenheit und Missachtung des politischen Gewichts Frankreichs verweigerte sich Hitler einem fairen Ausgleich und einer fairen Zusammenarbeit, er verspielte damit politische Möglichkeiten, die bis zu einem Bündnis des Reichs mit Frankreich gegen Großbritannien reichen konnten. Hitlers Ansichten und Grundeinstellungen blieben Pétain nicht verborgen. Durch seine Bereitschaft, mit der deutschen Besatzungsmacht zu kollaborieren, gedachte er, gerade den Status Frankreichs in einer Nachkriegsordnung mit beeinflussen zu können. Die Franzosen waren an einer Kollaboration wesentlich stärker interessiert als die Deutschen.

Ungeachtet der Absichten für eine Nachkriegsordnung war aber das politische und militärische Gewicht objektiv auch eines besiegten Frankreichs ein wesentlicher Faktor für die Fortführung des Krieges durch das Reich: In militärstrategischer bzw. operativer Hinsicht bot die französische Atlantikküste eine Basis für den Blockadekrieg auf dem Atlantik. Eine zu erwartende „Rückkehr auf den Kontinent“ der Briten in Form einer Seelandung, wahrscheinlich zusammen mit den Amerikanern, musste über französische Gebiete in Westafrika, im Mittelmeerraum oder in Frankreich selbst erfolgen. Aus kriegswirtschaftlicher Sicht war für die Fortführung des Krieges die Nutzung der französischen Industrie- und Wirtschaftspotentiale außerordentlich vorteilhaft. Durch Propagandaaktionen und die Deklaration angeblich gleicher geistiger Ziele („Europagedanke“, Anti-Bolschewismus) hoffte man in Frankreich,

ähnlich wie in den anderen besetzten westeuropäischen Staaten, eine breite Basis der Unterstützung für den Feldzug gegen die Sowjetunion zu gewinnen.

Alle diese Vorteile gingen nicht nur verloren, sondern würden voll auf der Seite der Kriegsgegner zum Tragen kommen, sollten sich die Franzosen entschließen, in das Lager der Alliierten überzugehen. Eine an deutschen Interessen ausgerichtete Besatzungspolitik musste in der Realität deswegen den Franzosen kurzfristig wie langfristig Vorteile bringen, sollte die nach dem Waffenstillstand durchaus gegebene positive Grundstimmung in der französischen Bevölkerung für Deutschland erhalten und ein Abfall verhindert werden. Andernfalls konnte man auf eine zunehmende Gegnerschaft nur mit Repression und gewaltsamer Unterdrückung reagieren. Die ethische Dimension einmal unberücksichtigt, ist es angesichts dieser Sachlage unbegreiflich, mit welcher ideologischen Besessenheit rassistische Konzepte der NS-Politik – Unterdrückung, Entrechtung und Eliminierung des Judentums – auch in Frankreich zu einem wesentlichen Element der Besatzungspolitik gemacht wurden.

Die deutsche Besatzungsherrschaft wurde durch konkurrierende Organisationen ausgeübt, deren Handeln auch von konkurrierenden Absichten geprägt war und nicht von gemeinsamen Ideen oder Zielen bestimmt. Allenfalls der Wille Hitlers gab eine allgemeine Richtung vor. In der Praxis gab es keine zentrale Leitung, Verantwortlichkeit oder Kontrolle. Zuständigkeiten überschneiden sich oder standen im Gegensatz zueinander. Nur einige Organe der Besatzungsmacht können angeführt werden.

Da das besetzte Frankreich unter Militärverwaltung blieb, stellten die Militärbefehlshaber formell die zentralen Behörden dar. Entsprechend dem Waffenstillstandsvertrag übten sie in ihren Bereichen „alle Rechte der besetzenden Macht“ aus.⁶ Das Auswärtige Amt verfolgte seine Interessen durch die „Deutsche Botschaft in Paris“. Eine Außenstelle befand sich in Vichy. Botschafter war für die Dauer der Besetzung Otto Abetz. Sicherheitsdienst (SD) und Sicherheitspolizei verfügten zunächst nur über untergeordnete Dienststellen, die an die Weisungen des Militärbefehlshabers Frankreich gebunden

waren. Ab dem 9. März 1942 wurde jedoch die Dienststelle eines „Höheren SS- und Polizeiführers“ eingerichtet (SS-Brigadeführer Carl Oberg), diese wurde im Laufe der Zeit – außerhalb des Operationsgebietes des Oberbefehlshaber West – für alle polizeilichen Aufgaben, für das Aufrechterhalten der öffentlichen Sicherheit und Ordnung verantwortlich. Zuständig wurde sie auch für die Durchführung der Repressions- und Sühnemaßnahmen und die Deportation der Juden.

Die Organisation zur Erfüllung deutscher Forderungen auf dem Gebiet der Wirtschaft unterlag zahlreichen Änderungen. Bis zum April 1943 erhielt der „Wirtschafts- und Rüstungsstab“ seine Weisungen von verschiedenen Behörden des Reiches, darunter dem Wirtschaftsministerium oder dem Ministerium für Rüstung und Kriegsproduktion (Albert Speer). Vergleichbar wurden alle Tätigkeiten auf dem Gebiet der Propaganda, der Presse und des Rundfunks durch eine Propagandaabteilung, die anfangs dem Oberkommando der Wehrmacht (OKW) unterstand und um deren Zuständigkeit später der Botschafter in Paris und das Propagandaministerium Auseinandersetzungen führten, gesteuert.

Die Methoden zur Ausübung der Besatzungsherrschaft deckten ein weites Spektrum ab: einerseits das Wecken von Sympathie und Zustimmung (siehe die moderaten Waffenstillstandsbedingungen), das Einräumen von Freiräumen und Entscheidungsfreiheit im alltäglichen Leben, Maßnahmen zum Hervorrufen von Freiwilligkeit, andererseits Unterdrückung und Zwangsmaßnahmen unter Missachtung des Völkerrechts.

Die Militärverwaltung war bemüht, ihren Auftrag auf der Grundlage überlieferter Rechts- und Moralvorstellungen zu erfüllen. Spielräume, welche die „Desorganisation“ bot, wurden genutzt. Viele Repressions- oder Zwangsmaßnahmen wurden unterlaufen oder nicht im befohlenen Ausmaß umgesetzt. Dies galt auch für die Dienststellen der SS und des SD. Die Studie Umbreit über den Militärbefehlshaber Frankreich zeigt Beispiele dazu in jedem Kapitel auf. Auf der Grundlage der grundsätzlich frankophilen Einstellungen der Führerpersönlichkeiten war man bemüht, bei der Durchsetzung deutscher

Interessen auch das Augenmaß für die Bedürfnisse der französischen Bevölkerung nicht zu verlieren.⁷

BEWEGGRÜNDE ZUR KOLLABORATION

40 Millionen Franzosen waren zu Pétainisten geworden, im Vertrauen zum Marschall, der sie in einer Zeit führen sollte, in der es nach der Hinnahme einer der größten Katastrophen in der französischen Geschichte kaum mehr als Vermutungen gab, wie sich ihr Schicksal weiterentwickeln würde. Die weit überwiegende Mehrheit neigte zum Abwarten, zum „Attentismus“, der auch der Grundhaltung Pétains entsprach. Der Anteil der aktiven Kollaborateure veränderte sich naturgemäß über die Zeit, betrug maximal nur wenige Prozentanteile innerhalb der Gesamtbevölkerung, war aber um ein Vielfaches höher, gemessen an den Anteilen, die im Laufe der Besatzungszeit in der Résistance tätig waren.⁸ Ist es angemessen, die Hinnahme der Besatzungsherrschaft, das Arrangieren mit ihr, bereits als eine Form der Kollaboration zu bezeichnen?

Die Gründe zur tatsächlich praktizierten Kollaboration waren vielschichtig. In zunehmendem Maße hatte man mit der Kritik der politischen Parteien der Dritten Republik auch den Vorwurf des Versagens des Parlamentarismus verbunden. Es entstand der Ruf nach dem „starken Staat“. Losgelöst von den Extrembeispielen in Deutschland und in der Sowjetunion waren die Parlamente in vielen Staaten Europas durch totalitäre oder quasi-totalitäre Systeme ausgeschaltet worden: in Polen, Italien, einem Teil der baltischen Staaten, in Österreich, Rumänien, auch in Portugal und Spanien.⁹

Der Bürgerkrieg in Spanien, hautnah miterlebt in Frankreich, die Erfahrungen mit der eigenen Volksfrontregierung 1936/37 hatten eine Ablehnung des Kommunismus / Bolschewismus zur Folge. Einen Weg dazwischen schien Deutschland anzubieten, in dem eine „neue Ordnung“, mit der Lösung der sozialen Frage, nach der Meinung der Franzosen, entstanden war. „Hitlers Staat erschien nach 1933 nicht nur vielen Deutschen als Modell einer neuen Ordnung zwischen liberalem Kapitalismus und Kommunismus, er war auch für viele kleine national-sozialistische Bewegungen in Europa ein attraktives Vorbild.“¹⁰

Überzeugungen, die solche Einstellungen trugen, hatten bei innerfranzösischen Auseinandersetzungen im Rahmen des Bonapartismus oder des Boulangismus schon eine Rolle gespielt. Die Auseinandersetzungen zwischen Dreyfus-Anhängern und Dreyfus-Gegnern (Beginn 20. Jahrhundert) verstärkten ein weiteres Element innerfranzösischer Befindlichkeiten, den Antisemitismus. Zeev Sternhell verordnet den Beginn faschistischer geistiger Strömungen schon auf das Jahr 1885.

Vor den Franzosen im Sommer 1940 stand die Niederlage gegen die Wehrmacht. Die Niederlage Großbritanniens schien nur noch eine Frage der Zeit zu sein. Ein Kriegseintritt der USA war nicht abzusehen. Der Nimbus der unbesiegbaren Wehrmacht dauerte auch weit in das Jahr 1942 an, mit dem Vorstoß in den kaukasischen Raum und bis vor die Tore Kairos. Die Nachkriegsordnung in Europa würde durch das Deutsche Reich bestimmt werden. War es da nicht klüger, sich mit den Siegern zu arrangieren und einen Beitrag zum „Endsieg“ zu leisten?

Ogleich Marschall Pétain bei seinem Eintritt in die Regierung die Niederlage nicht mehr verhindern konnte, war er mit seiner ganzen Kraft bemüht, ihre Folgen zu mildern. Die Schuld an der Niederlage lastete er den Politikern der Dritten Republik an. Ein neues Frankreich unter dem Motto „Arbeit, Familie, Vaterland“ war zu schaffen. Ein politisches Konzept Pétains für Frankreich in einem Europa, das nach dem Krieg von Deutschland dominiert würde, lässt sich allenfalls in den Grundzügen ableiten. Er war in gewisser Weise von den politischen Theorien Charles Maurras' von der „Action française“ beeinflusst, teilte aber nicht dessen wirren Atheismus.¹¹

Ein Frankreich nach den Vorstellungen Pétains würde in gewisser Hinsicht klerikal-konservativ sein, sich bei Ablehnung des Parlamentarismus auf einen starken Staat stützen und die „Einheit in der Nation“ verkörpern. Wie es der französischen „Rechten“ entsprach, waren antisemitische Positionen einbezogen. Pétain war überzeugter Antikommunist, nicht ohne Grund war er nach dem Ende des Spanischen Bürgerkrieges 1939 als Botschafter nach Madrid gesandt worden.

In seinen Bemühungen, noch während des Waffenstillstandes dessen Bestimmungen und Auflagen der Besatzung zu mildern (zumindest den Deutschen keinen Vorwand zu geben, sie zu verschärfen) und die Bedingungen eines Friedensschlusses günstig zu beeinflussen, betrieb Pétain eine Mischung von „Kollaboration und Kollaborationsverweigerung“. Pétain allein war jedoch nicht „Vichy“.

Ein so überlegter und sich kontrollierender Mann wie Admiral Darlan, Oberbefehlshaber der Flotte und anfangs Marineminister, zwischen Februar 1941 und April 1942 Ministerpräsident und der „starke Mann“ hinter Pétain, wäre nach dem Überfall einer britischen Flotteneinheit auf den französischen Stützpunkt Mers-el-Kebir bei Oran im Juli 1940 zum Kriegseintritt an der Seite Deutschlands gegen Großbritannien bereit gewesen.¹² Insbesondere in den verschiedenen Kabinetten Vichys gab es eine Reihe von Ministern (z. B. Bichelonne – Minister für Industrieproduktion, Bonnard – Erziehungsminister, Darnand – Innenminister), die aus verschiedenen Gründen, in der Regel ideologischen, heftig gegen den Attentismus des Marschalls opponierten und in der theoretischen Bereitschaft wie in der praktischen Ausübung für wesentlich weitreichendere Formen der Kollaboration eintraten. Pierre Laval, in jüngeren Jahren radikaler Sozialist, erhob als Politiker einen „autoritär-technokratischen“ Machtanspruch. Im Juni 1940 war er der Schöpfer der neuen französischen Verfassung. Obwohl Laval erster Ministerpräsident Pétains war, missbilligte dieser dessen Radikalität, vor allem die stark antibritische Einstellung. Von Pétain im Dezember 1940 entlassen, wurde er auf Druck der Deutschen im April 1942 wieder Ministerpräsident, er lavierte zwischen Pétain und den radikalen Ultras. Zu dieser Zeit noch vom Sieg des NS-Systems überzeugt, war er zu weiteren Konzessionen an die Deutschen bereit.

Die „Ultra-Kollaborateure“, die weder von Pétain noch Laval unter Kontrolle zu bringen waren – weil sie den Interessen konkurrierender deutscher Gruppierungen dienten –, fanden ihren Weg zu einem gewissen Faschismus grundsätzlich aus dem extrem linken Lager, den Radikalsozialisten oder Kommunisten. Marcel Déat, ab 1941 Gründer des „Rassemblement National

Populaire“ (RNP), hatte sich vom Marxismus abgewandt und der nationalen Revolution verschrieben. Seine politischen Thesen, die er entwickelte, umfassten faschistische und antisemitische Elemente. Ab 1940 wandte er sich Pétain zu, vertrat aber weitgehende kollaborationistische Belange, die nach dem Krieg zu einem partnerschaftlichen Nebeneinander Frankreichs und Deutschlands führen sollten. Jaques Doriot, 1920/1930 überzeugter Kommunist, gründete nach seiner Abwendung eine eigene Partei, den „Parti Populaire Français“ (PPF), der unter dem Einfluss Drieu la Rochelles ebenfalls faschistische Positionen einnahm. Zeitlich wechselnd als Gegenspieler Lavals geltend, betrachtete Doriot sich als den Bewahrer der nationalen Revolution. Als Renegat fasziniert von Hitlers Antibolschewismus, forderte er den Eintritt Frankreichs in den Krieg gegen die Sowjetunion an deutscher Seite. Joseph Darnand war zunächst Anhänger der „Action française“ gewesen, 1936 wurde er Mitglied des PPF. Unter dem Einfluss Pétains übernahm er ab Januar 1943 die Miliz, die er zunehmend radikalisierte und nicht nur als Mittel zum Kampf gegen die Résistance ansah, sondern als „neue Elite Frankreichs mit dem Auftrag, an der Seite Deutschlands die Prinzipien der nationalen Revolution zu verteidigen.“¹³

PRAKTIZIERTE KOLLABORATION

In den vorstehenden Rahmen sollen nun einige Beispiele der praktizierten Kollaboration eingebaut werden, wenn auch nur fragmentarisch und ohne auf Zusammenhänge und Widersprüche einzugehen.

Im Prinzip waren die Zuständigkeiten der Regierung in Vichy auf die neutrale Zone beschränkt. Wollte Pétain für ganz Frankreich handeln und auch die Interessen der Franzosen im besetzten Gebiet wahrnehmen, dann durften ihn die im Waffenstillstandsvertrag festgelegten Regeln nicht beschränken. Zuvor wurde ausgeführt, dass Pétain mit einer Mischung von Kollaboration und Kollaborationsverweigerung arbeitete.

Während des Treffens mit Hitler im Oktober 1940 in Montoire gelang es ihm, sich durch die Zusage zur Kollaboration der Forderung nach einer Beteiligung am Krieg gegen Großbritan-

nien zu widersetzen. Zudem hätten die Bedingungen Deutschlands und Italiens ohnehin keinen akzeptablen Friedensschluss erlaubt. Ähnlich wie Franco war Pétain ein kühl kalkulierender Politiker, für ihn war nicht entschieden, dass er an der Seite Deutschlands „auf der richtigen Seite“, nämlich der der Sieger, stehen würde.

Ein offener Konflikt mit England würde das französische Kolonialreich gefährden. Ungeachtet dessen sahen sich die Franzosen veranlasst, im Mai / Juli 1941 gemeinsam mit den Deutschen gegen eine Operation der Briten und Freien Franzosen in Syrien und im Irak vorzugehen. Obgleich er wie fast alle französischen Politiker Vorbehalte gegen England hatte, ließ Pétain die Kontakte zu den USA, die schon vor ihrem eigenen Kriegseintritt England massiv unterstützten, nie abreißen. Robert Murphy, der Vertraute des US-Präsidenten Roosevelt, war sein Ansprechpartner. Andererseits war Pétain, die Machtposition Frankreichs hinter sich, bis in das Jahr 1943 (Konferenz von Casablanca!) eine ganz andere Größe als der unbekannt General de Gaulle in London mit der Freifranzösischen Bewegung.

Die Niederlage der Deutschen in der Schlacht um England, die offensichtliche Orientierung Deutschlands im Winter 1940 nach Osten ließen Pétain, trotz seines Antikommunismus, noch vorsichtiger werden. Obgleich radikale Kollaborateure eine Beteiligung am Krieg gegen die Sowjetunion forderten (siehe oben), kam dies für den Marschall nie in Frage. Auf Betreiben namhafter Kollaborateure wie Brinon, Doriot oder Drieu la Rochelle wurde im Sommer 1941 die „Légion des Volontiers Français contre le bolchevisme“ gebildet, nach offiziellen Angaben mit 13.500 Freiwilligen, nach der Schätzung mit allen zusätzlichen Formationen knapp 20.000 Mann. Als Vergleich sei angefügt, dass sich zu den Freien Franzosen auch nur 35.000 Mann gemeldet hatten. Die Legion wurde von Pétain nur zögernd unterstützt. Bis Kriegsende blieben die französischen Truppen an der Ostfront eingesetzt.

Wenige Tage nach der Landung der Anglo-Amerikaner traten die bisher Vichy unterstellten französischen Truppen in Nordafrika auf die Seite der Alliierten über. Unter einem Vorwand

hatte sich Admiral Darlan, der Vertraute Pétains, im Zeitraum der Landung in Algier aufgehalten.¹⁴ Ab dem Herbst 1943 nahmen die ehemaligen Vichy-Truppen zusammen mit freifranzösischen Verbänden im Rahmen eines französischen Expeditionskorps am Feldzug in Italien gegen die Deutschen teil. Eine fortgesetzte oder gar intensivere militärische Kollaboration musste zu einer inneren Zerrissenheit der Franzosen führen. Ungeachtet dessen forderten die deutschen Truppen bei der Vorbereitung der Abwehr der Invasion entsprechende Unterstützung, die nicht verweigert wurde. Dies änderte sich dann ab dem Sommer 1944 auf Grund der tatsächlich eingetretenen Lage.

Im April 2008 erregte die Ausstellung des Fotografen André Zucca in Paris Aufsehen und Empörung in weiten Kreisen. Es war, wie mancher sagte, eine „Empörung gegen die Wirklichkeit“, gab doch die Ausstellung einen Hinweis auf die tatsächlichen Gegebenheiten in Paris unter der Besetzung, die zu den allgemein akzeptierten Anschauungen und angeblichen Realitäten im Gegensatz standen. Im besetzten Frankreich, nicht nur in Paris, gab es eine geistige und emotionell abgestützte Kollaboration, die zwar der Propaganda, aber nicht des staatlichen Drucks bedurfte.¹⁵

Hatte man bei den Franzosen den Aufstieg des Nachbarn jenseits des Rheins aus der Niederlage von 1918 schon bewundert, dann überwältigte nun der Sieg der Wehrmacht nach einem Feldzug von etwa sechs Wochen. Hinzu kamen die Effizienz und das Gefühl für Maß, mit dem die Besatzungsbehörden vordergründig ein normales Leben ermöglichten. Sieger haben einen unwiderstehlichen Nimbus, im Vergleich zur deprimierenden Last, welche die Verlierer niederdrückt. Nicht nur die militärische Leistung beeindruckte die Bevölkerung, auch Aussehen, Auftreten und Verhalten der deutschen Soldaten erweckten Respekt und Sympathie. Dieser Wirkungen war sich die militärische Führung bewusst und hatte strenge Regeln für den Umgang der Besatzungstruppen mit der Bevölkerung erlassen. Man muss nicht so weit gehen wie K. Harpprecht, der in der Hinwendung der Französischen an deutsche Soldaten einen Akt der Selbstemanzipation sieht. In jedem Falle zeigt die Tatsache, dass aus

solchen Verhältnissen ungefähr 200.000 Besatzungskinder entstanden (in Wirklichkeit muss die Zahl der Verhältnisse ja dann wesentlich höher gelegen haben), mit welchen Gefühlen sich Franzosen und Deutsche begegneten – nach dem Krieg wurde dies verächtlich als „collaboration horizontale“ bezeichnet.

Paris war nicht nur an der Oberfläche eine geistig freie Stadt, die Korrekturen und Beeinflussungen der Propagandaabteilung waren zurückhaltend. Auch nach den zunehmenden Provokationen durch Anschläge oder Aktionen der Untergrundbewegung wurde versucht, ein geistiges Milieu aufrechtzuerhalten, wenn auch Misstrauen und Zurückhaltung wuchsen, ebenso wie die Repression im Laufe der Zeit zunahm.¹⁶

Allein die Tatsache, dass so unterschiedliche Intellektuelle wie Henry Montherlant, André Malraux, Drieu la Rochelle, Jaques Benoist-Méchin oder Jean Paul Sartre ihre geistigen Auffassungen und Künstler wie Maillol, Cocteau, Vlaminck oder Charles Despiau ihre künstlerischen Überzeugungen vertreten und sich im Dialog mit Deutschen wie Ernst Jünger, Friedrich Sieburg, Carlo Schmid oder Arno Breker austauschen konnten, ist bemerkenswert. Auf die freie Diskussion allein kam es an, nicht auf eine angestrebte Symbiose im Geist.

Paris war für deutsche Intellektuelle ein Zentrum, wie es ein vergleichbares im Reich nicht gab. In keinem Land der Welt „erschieden zwischen 1941 und 1944 mehr wissenschaftliche, literarische und künstlerische Publikationen als in Frankreich. Es waren allein 9.348 Buchtitel.“¹⁷ Die Vergleichszahlen für die USA oder Großbritannien betragen 8.320 bzw. 6.705 Titel. Auch Film und Theater erlebten eine Fortsetzung ihrer Blüte. Unter der deutschen Besatzungszeit wurden 152 Spiel- und 400 Dokumentarfilme gedreht, darunter so zeitlose Werke wie Marcel Carnés „Kinder des Olymp“ mit Arletty und Jean-Louis Barrault. Dramatiker wie Jean Anouilh festigten ihren Ruf, und ein Filmregisseur wie Henri Clouzot begann seine beispiellose Karriere im Zeitraum unter der Besetzung. Eine unübersehbare Zahl von Künstlern hegte Sympathien für Pétain oder die Deutschen, Serge Lifar, Coco Chanel oder Sartre, der rechtzeitig auf die Seite des Widerstandes

wechselte und nach dem Krieg von seinen Einstellungen nichts mehr wissen wollte – immerhin setzte er sich für frühere Kollaborateure ein.

Um das Thema nicht zu überfrachten, sollen der wirtschaftlichen Kollaboration nur wenige Sätze gelten. Wegen der Zentralisierung und staatlichen Lenkung in beiden Ländern für die Zwecke der Kriegswirtschaft war dies eine besondere Form der staatlich kontrollierten Kollaboration. Einerseits bestand ein starkes französisches Interesse an einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit für den Erhalt der Lebensgrundlagen der Bevölkerung, die Kompensation für verlorene Märkte und die Aufrechterhaltung der Produktion. Andererseits war Deutschland nahezu ausschließlich an einer Ausbeutung der französischen Potentiale für die eigene Kriegführung interessiert. Die Entwicklung über die Zeit, rücksichtsloser Druck und Zwang führten dazu, dass die Wirtschaft ein Bereich der „Kollaboration“ war, bei dem nur noch die Zwecke der Besatzungsmacht galten. Am Beispiel des Arbeitseinsatzes soll dies deutlich gemacht werden: Nach verschiedenen Entlassungswellen arbeiteten bis zum Kriegsende ca. eine Million französischer Kriegsgefangener in Deutschland, dazu kamen 500.000 Zwangsarbeiter. Hinzu kamen in Frankreich weitere 1,4 Millionen Arbeiter, weil die deutsche Kriegsproduktion dort hin verlegt worden war. Auf die fatalen Folgen dieser Zwangsmaßnahmen wiesen verantwortungsbewusste französische und deutsche Experten hin – vergebens.¹⁸

Ein besonders dunkles Kapitel der Kollaboration stellt die Beteiligung an der Deportation von 76.000 französischen Juden und damit an ihrer Ermordung in Vernichtungslagern dar. Diese Kategorisierung trifft auch auf die Bekämpfung von Opposition und Résistance bzw. die Durchführung von Repressal- und Sühnemaßnahmen zu.

Um die grausamen Abrechnungen nach dem Krieg einordnen zu können, ist es nötig, hier einige Angaben zu machen. Für die Deutschen war es angenehm, die Bekämpfung von Opposition und Widerstand, das Aufrechterhalten von Ordnung und Sicherheit im besetzten Gebiet soweit als möglich der französischen Polizei und Justiz und den Verbänden der Miliz zu überlassen. Zudem reichten Polizei und militärische

Sicherungsverbände nicht aus, die genannten Zwecke selbst sicherzustellen. Rechtsstaatliche Prinzipien wurden dabei nicht aus Überzeugung beachtet, sondern nur wenn es opportun war. Bis zu 70.000 Menschen wurden ständig in Gefängnissen und Lagern gehalten. Beispielsweise wurden durch die französische Polizei im Jahr 1943 9.000 Personen wegen ihrer politischen Betätigung verhaftet. Die Justiz arbeitete mit den Maßstäben eines totalitären Staates. Repressions- oder Sühnemaßnahmen waren zwar grundsätzlich legal, nicht jedoch in ihrem Umfang und der Art und Weise ihrer Durchführung. Die Zahl der unterschiedlichen Opfer der faschistischen Milizen dürfte in die Zehntausende gehen.

Die Tatsache der Ermordung von 76.000 Juden war bekannt, der Anteil der Vichy-Regierung und der Franzosen daran war nach dem Krieg mit Verschweigen und Verdrängen übergegangen worden. Mit den unerbittlichen Forschungen und Enthüllungen von Kritikern wie Rousso, Beate und Serge Klarsfeld – die auch vor Politikern der Fünften Republik nicht Halt machten – sind jedoch die Tatsachen mittlerweile dokumentiert. Präsident Chirac hat sich 1995 für diesen Ausschnitt der Kollaboration entschuldigt. Die eigenständige Verhaftung der Juden bzw. die Beteiligung an der Deportation war kein Werk von Ultra-Kollaborateuren, die Verantwortung hierfür fällt voll in die Verantwortung von „Vichy“, angefangen vom Marschall bis zu den unteren Ebenen von Verwaltung, Justiz und Polizei. Es ist allerdings eine offene Frage, ob – wie mittlerweile für Deutschland behauptet – auf Grund verbreiteter antisemitischer Einstellungen die Verfolgungsmaßnahmen gegen die französischen Juden Zustimmung in der Bevölkerung gefunden haben. Immerhin haben 75 Prozent den Völkermord überlebt, wohl auch durch Umstände, die nicht auf einem „Wollen“ beruhen.

Diskriminierende Maßnahmen und Maßnahmen zur Entrechtung der jüdischen Bevölkerungsanteile setzten in Vichy bald ein, ohne Forderung der Deutschen. Dies waren „voraus-eilende Maßnahmen“, von denen man sich Wohlwollen bei anderen Gelegenheiten versprach. Zwischen August 1940 und März 1941 wurden durch 17 Gesetze und 23 Verordnun-

gen die Bürgerrechte beschnitten und die Juden ausgegrenzt. Im Oktober 1940 wurde eine Volkszählung zur Ermittlung der Zahl der Juden durchgeführt. Im Mai 1942, diesmal abgestimmt mit den Deutschen, wurde das Tragen des Gelben Sterns angeordnet.

Inzwischen waren die Vorbereitungen der deutschen SS-/SD-Führung zur Versammlung und Deportation angelaufen. Mit einer Übereinkunft von 2. Juli 1942 gaben Laval und René Bousquet, der Generalsekretär der französischen Polizei, die Juden zur Deportation frei. Die Festnahme und Versammlung in Lagern war eine Aufgabe der französischen Polizei. In Frankreich waren nur etwa 2.400 deutsche Polizisten und SD-Leute verfügbar. Die erste Massenverhaftung begann am 16. Juli. Fast bis zur Befreiung wurden die Judendeportationen vom Lager Drancy aus durchgeführt. Nach Klarsfeld wurden in 85 Transporten exakt 75.721 Personen nach Auschwitz verbracht.¹⁹

AUFARBEITUNG IN DER NACHKRIEGSZEIT – ABSCHLUSS

Im Gegensatz zu Frankreich hatte die Aufarbeitung der Kollaboration in Deutschland wenig Bedeutung. Hier standen Verbrechen während der Besatzungszeit und Kriegsverbrechen im Vordergrund, wobei ein Teil dieser Delikte auch von französischen Gerichten zu verurteilen war, wie im Prozess gegen den SS-General Oberg oder gegen Dr. Knochen, den SD-Chef in Frankreich.

Kollaborateure auf deutscher Seite wie beispielsweise der Bildhauer Arno Breker oder Dr. Best, der Leiter des Verwaltungsstabes des Militärbefehlshabers Frankreich, wurden nicht wegen ihrer Beiträge zur Kollaboration kritisiert oder verurteilt (Best), sondern wegen ihrer Einstellungen oder ihrer anderen Tätigkeiten während der NS-Zeit.²⁰

Die Abrechnung mit Vichy und der Kollaboration begann in Frankreich schon während des Krieges, sie nahm an willkürlicher Gewalt und Missachtung humaner Prinzipien zu, je mehr die Befreiung durch die Alliierten vorankam. Nach der Landung in der Normandie wurden bürgerkriegsartige Kämpfe zwischen Vichy-Milizen und Formationen der Résistance ausgefochten. Je nach den Befindlichkeiten der

jeweiligen Autoren differieren die Opferzahlen erheblich, auch offizielle Angaben oder Statistiken sind wenig verlässlich. Noch während der Besatzungszeit wurden ca. 5.000 Kollaborateure in Auseinandersetzungen mit dem Maquis getötet, zum großen Teil handelte es sich einfach um Hinrichtungen „in den Wochen vor der Befreiung“. Durch Standgerichtsurteile nach dem September 1944 wurden über 1.300 Personen hingerichtet. Nach wilden Verfolgungen, die zum Teil persönlichen oder klassenkampfähnlichen Abrechnungen dienten, wurden offiziellen Angaben zufolge zwischen 9.000 und knapp 11.000 Menschen ohne Urteil umgebracht, Schätzungen liegen bei bis zu 50.000 „spontanen Liquidierungen“, de Gaulle geht immerhin noch von einer Schätzung um die 35.000 Personen aus.²¹

Mehrere hunderttausend Menschen wurden in Gefängnisse oder Lager geworfen, darunter auch das Lager Drancy, in das französische Juden vor ihrer Deportation verbracht worden waren. Ungefähr 20.000 Französinen, die Verhältnisse mit deutschen Soldaten eingegangen waren, wurden geschändet durch die Straßen getrieben. Bis 1949 wurden etwa 35.000 Gefängnisstrafen ausgesprochen, andere Strafen reichten von der gesellschaftlichen Ächtung, dem Entzug der bürgerlichen Rechte, Berufsverboten oder Entfernung aus dem Staatsdienst bis zur Enteignung bei Unternehmern. Besondere Formen der Kollaboration wurden von besonderen Gerichten abgeurteilt, beispielsweise von der Haute Cour de la Justice. Regierungsmitglieder oder besonders hohe Funktionäre wurden hier vor Gericht gestellt. Marschall Pétain wurde zum Tode verurteilt, aber als 89-jähriger Greis zu lebenslanger Haft begnadigt. Pierre Laval wurde im Oktober 1945 exekutiert, ein gleiches Schicksal erlitten Brinon, Minister und Beauftragter Vichys beim deutschen Botschafter in Paris, Darnand, der Führer der Milizen, oder Brassilach, Schriftsteller und geistiger Wegbereiter des Faschismus in Frankreich. Déat, der Führer der RNP, wurde in Abwesenheit zum Tode verurteilt, Drieu la Rochelle zog den Selbstmord einem Todesurteil vor, der Unternehmer Louis Renault verstarb vor seinem Prozess im Gefängnis, höchstwahrscheinlich an Folgen der Folter.

Die Gründe für Abrechnung und „épuration“ waren vielschichtig, teilweise widersprachen sie einander. Zu diesen Gründen gehört die „Exkulpation“ für das Verhalten in der Besatzungszeit, für das „nationale Versagen“, überhaupt zur Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht bereit gewesen zu sein. Insofern war die Säuberung in gewisser Weise eine Form des nachträglichen Widerstandes. Ursachen für die Abrechnung waren auch Vergeltung und Rache, verbunden mit dem Bemühen, eigenes fragwürdiges Verhalten während der Kollaboration zu überdecken – beispielsweise bei den Kommunisten zwischen dem Sommer 1940 bis zum Beginn des Russlandfeldzuges im Juni 1941. Schließlich: Je ausgeprägter die Form der Kollaboration war, desto stärker war die Rechtfertigung für den individuellen Attentismus bzw. je höher die Zahl der Kollaborateure, desto höher die „Leistung“ der Résistance – der Mythos der Nachkriegszeit bildete sich heraus.

Mit diesen Mythen, wie mit anderen, ließ es sich jahrzehntelang gut leben. Dazu gehörte der Mythos der absoluten Besatzungsherrschaft, der den Franzosen gar keine Alternative zur aufgezwungenen Kollaboration gelassen hätte (Raymond Aron) bzw. dass das Regime des Marschalls auf Grund der den Deutschen abgerungenen Konzessionen wenigstens zu einer Milderung der Besatzungsherrschaft beigetragen habe (Amouroux).

Dann zeigten sich die Auswirkungen des Kalten Krieges. Die reale Gefahr eines kommunistischen Europa bestimmte auch die inneren Einstellungen in Frankreich. Man hatte Wichtigeres zu tun, als in der Vergangenheit „herumzurühren“. Die Zuweisung der Schuld an die Deutschen war bequem, „les enfants maudits“, die Besatzungskinder waren in der Versenkung verschwunden. Lange Zeit kam man mit der nationalen Lebenslüge zurecht, aber nicht auf Dauer. Neben den Forschungen der Historiker brachten plakative Fälle wie der Prozess 1987 gegen den SD-Chef in Lyon, Klaus Barbie,²² gegen den früheren Polizeipräfekten Maurice Papon 1997, der wegen der Mitwirkung an der Deportation von Juden verurteilt wurde, oder der geplante Prozess gegen den genannten René Bousquet, der wegen der Ermordung des An-

geklagten 1991 abgesagt werden musste, die „verdrängte Wahrheit“ ans Licht.

Schuld unterliegt der Normalverteilung, sie lässt sich nicht nur einer Seite anlasten. Nach dem Krieg war die deutsch-französische Freundschaft implementiert worden, das schrittweise Aufdecken der Wahrheit hat sie nicht berührt. Am Entstehen dieser Freundschaft haben oft die mitgewirkt, die man früher Kollaborateure nennen konnte.

Umbreit schreibt in der mehrfach erwähnten Studie, „dass das deutsch-französische Verhältnis ... eine Entwicklung genommen hatte, mit der seit 1945 kaum gerechnet werden konnte. ... beide Völker sind, im Guten wie im Schlechten, seit 1940 in so engem Kontakt gewesen, dass eine Neubesinnung auf das gemeinsame Schicksal unerlässlich gewesen ist. ... außerdem haben sich auch während des Krieges menschliche Beziehungen entwickelt, die oft anschließend noch Bestand hatten.“

Und er zitiert Ernst Jünger: „Der zweite Weltkrieg hat ungeheure Zerstörungen gebracht. Aber er hat auch Vorurteile geschwächt, die unüberwindlich schienen, und Türen aufgestoßen, die nicht mehr zu schließen sind.“²³

|| KLAUS-ULRICH HAMMEL

Oberst a. D., Generalstabsoffizier, Verfasser zahlreicher militärgeschichtlicher Schriften und Studien

ANMERKUNGEN

¹ An dieser Stelle soll eine Auswahl der Literatur angeführt werden, die bei der Bearbeitung des Themas in erster Linie herangezogen wurde. **Gesamtdarstellungen:** Rouso, Henri: *Le syndrome de Vichy de 1944 à nos jours*, Paris 1990; Aron, Raymond: *Histoire de Vichy*, Paris 1954; Paxton, Robert: *Vichy France: Old Guard and New Order, 1940-1944*, New York 1972; Amouroux, Henri: *La grande histoire des Français sous l'occupation*, 10 Bände, Paris ab 1976. **Der Feldzug von 1940 und das Ende der Dritten Republik:** Benoist-Méchin, Jacques: *Der Himmel stürzt ein. Frankreichs Tragödie 1940*, Düsseldorf 1958; Heimsoeth, Hans-Jürgen: *Der Zusammenbruch der Dritten Französischen Republik; Frankreich während der „Drôle de Guerre“ 1939/40*, Bonn 1990; Bloch, Marc: *Die seltsame Niederlage: Frankreich 1940 – Der Historiker als Zeitzeuge*,

Frankfurt a. M. 1992; de Gaulle, Charles: *Memoiren*, hier Band 1: *Der Ruf / 1940-1942*, Berlin / Frankfurt a. M. 1955; Shirer, William L.: *Der Zusammenbruch Frankreichs – Aufstieg und Fall der Dritten Republik*, München / Zürich 1970. **Ziele und Organisation der deutschen Besatzungsherrschaft:** Jäckel, Eberhard: *Frankreich in Hitlers Europa*, Stuttgart 1968; Ders.: *Hitlers Weltanschauung*, Stuttgart 1983; Hillgruber, Andreas: *Hitlers Strategie. Politik und Kriegführung 1940-1941*, Bonn, 3. Aufl., 1993; Umbreit, Hans: *Der Militärbefehlshaber in Frankreich 1940-1944*, Boppard 1968. **Träger der Kollaboration:** Sternhell, Zeev: *Ni gauche, ni droit, l'idéologie fasciste en France*, Paris 2000; Nolte, Ernst: *Der Faschismus in seiner Epoche*, München 1963; Weißmann, Karlheinz: *Der Nationale Sozialismus. Ideologie und Bewegung 1890-1933*, München 1998; Seidler, Franz: *Die Kollaboration 1939-1945. Zeitgeschichtliche Dokumentation in Biographien (Lexikon)*, München 1999. **Die französische Gesellschaft während der Besatzungszeit:** Hirschfeld, Gerhard / Marsh, Patrick (Hrsg.): *Kollaboration in Frankreich. Politik, Wirtschaft und Kultur während der nationalsozialistischen Besatzung 1940-1944*, Frankfurt a. M. 1991; Harpprecht, Klaus: *Arletty und ihr deutscher Offizier: Eine Liebe in Zeiten des Krieges*, Frankfurt a. M. 2011; Vaughan, Hal: *Coco Chanel – Der schwarze Engel. Ein Leben als Nazi-Agentin*, Hamburg 2011; Vercors: *Das Schweigen des Meeres*, Zürich 1999; Jünger, Ernst: *Strahlungen I und II*, hier *Das erste bzw. das zweite Pariser Tagebuch*, Stuttgart 1980. **Felder der Kollaboration:** Lieb, Peter: *Konventioneller Krieg oder NS-Weltanschauungskrieg? Kriegsführung und Partisanenbekämpfung in Frankreich 1943/44*, München 2008; Klarsfeld, Serge: *Vichy-Ausschwitz. Die „Endlösung der Judenfrage“ in Frankreich*, Darmstadt 2007; Seibel, Wolfgang: *Macht und Moral. Die „Endlösung der Judenfrage“ in Frankreich, 1940-1944*, München 2010; hierzu ist weiter heranzuziehen Umbreit: *Der Militärbefehlshaber in Frankreich*. **Nachkriegszeit / Abrechnung mit der Kollaboration:** Rouso, Henri: *Frankreich und die „dunklen Jahre“*, Jena 2010; Aron, Raymond: *Histoire de l'épuration*, 3 Bände, Paris 1974; Picaper, Jean-Paul / Norz, Ludwig: *Die Kinder der Schande: Das tragische Schicksal deutscher Besatzungskinder in Frankreich*, München 2005.

² Mauriac, Francois, in: *Le Figaro*, 3.7.1941, zitiert nach Benoist-Méchin, Jacques: *Der Himmel stürzt ein. Frankreichs Tragödie 1940*, Düsseldorf 1958, S. 519.

³ Dies ließ die erneute Annexion der Provinzen als eine vorweggenommene Tatsache erscheinen. Logischerweise wurde von der französischen Regierung alles unternommen, um die Bindungen aufrecht zu erhalten und gewisse deutsche Maßnahmen zu unterlaufen.

- ⁴ Jäckel: Hitlers Weltanschauung, S. 43; das Zitat stammt aus Hitlers „Mein Kampf“, S. 766 f.
- ⁵ Hirschfeld / Marsh (Hrsg.): Kollaboration in Frankreich, hier die Einführung Hirschfelds, S. 12.
- ⁶ Umbreit: Der Militärbefehlshaber in Frankreich 1940-1944, S. 10.
- ⁷ Einen guten Eindruck darüber geben Umbreit sowie Walter Bargatzky in seinen Erinnerungen: Hotel Majestic. Ein Deutscher im besetzten Frankreich, Freiburg 1998.
- ⁸ Nach Auffassung verschiedener Autoren hat der Anteil aktiver Résistance-Kämpfer nie mehr als 40.000 Mann betragen. Nachdem der Sieg abzusehen war, begaben sich Zehntausende mit zweifelhaften Gründen in das Lager des Widerstandes und taten sich mit besonders brutalen Aktionen hervor.
- ⁹ Zu Versagen des Parlamentarismus siehe Seidler: Die Kollaboration 1939-1945 (Lexikon), S. 8 ff.
- ¹⁰ Weißmann: Der Nationale Sozialismus, S. 16.
- ¹¹ Zu Maurras siehe Seidler: Die Kollaboration 1939-1945 (Lexikon), S. 366 ff.
- ¹² Darlan war auf Grund des Ablaufs der Operationen bis zur Räumung von Dünkirchen ohnehin ein Gegner Englands geworden. Es dürfte weniger bekannt sein, dass es wegen eines missglückten Angriffs der Briten und Freien Franzosen auf Dakar noch im September 1940 zu einem französischen Luftangriff auf Gibraltar als Vergeltung gekommen ist.
- ¹³ Siehe hierzu Jurt, Joseph: Frankreichs engagierte Intellektuelle: Von Zola bis Bourdieu, Göttingen 2012, hier das Kapitel 8: Extreme Fremdbestimmung: Die Zeit der Besetzung (1940-1944); vgl. auch die Biographien von Darnand, Déat und Doriot bei Seidler: Die Kollaboration 1939-1945 (Lexikon).
- ¹⁴ Die Bemühungen, vor allem der Amerikaner, um vor oder möglichst bald nach der Landung die Vichy-Truppen in Nordafrika zu neutralisieren, und die geringe Bedeutung, welche die Bewegung de Gaulles dabei hatte, habe ich in: Der Krieg in Italien 1943-45. Brennpunkt Cassino-Schlachten, Bielefeld 2012, beschrieben. Hier die Kapitel 1 und 2. Admiral Darlan wurde nur wenige Tage nach dem Umsturz in Algier unter mysteriösen Umständen ermordet.
- ¹⁵ Siehe u. a. den Bericht von Joseph Hanimann über die Zucca-Ausstellung in der FAZ, 25.4.2008.
- ¹⁶ Hier ist auf die Schilderungen Ernst Jüngers, Klaus Harpprechts, aber auch von anderen zu verweisen.
- ¹⁷ Seidler: Die Kollaboration 1939-1945 (Lexikon), S. 24.
- ¹⁸ Siehe hierzu Margairaz, Michel: Deutschland, Vichy und die ökonomische Kollaboration, in: Kollaboration in Frankreich. Politik, Wirtschaft und Kultur während der nationalsozialistischen Besetzung 1940-1944, hrsg. von Gerhard Hirschfeld und Patrick Marsh, Frankfurt a. M. 1991.
- ¹⁹ Bei den vorangegangenen Darstellungen habe ich mich vor allem auf Rousso: Frankreich und die „dunklen Jahre“ sowie auf Klarsfeld: Vichy – Auschwitz. Die „Endlösung der Judenfrage“ in Frankreich, Seibel: Macht und Moral. Die „Endlösung der Judenfrage“ in Frankreich und Lieb: Konventioneller Krieg oder NS-Weltanschauung? gestützt.
- ²⁰ Ernst Jünger beschreibt in seinen Tagebüchern „Strahlungen“ ein faszinierendes Bild der in Paris tätigen deutschen Persönlichkeiten. Besonders bezeichnend ist seine Darstellung im Hinblick darauf, wie nahe moralisches Versagen und moralische Größe nebeneinander lagen und ineinander übergingen. Beispielsweise wurde nach dem Krieg in Bezug auf die Person Bests mehr mit schwarz-weiß-Kategorien gearbeitet.
- ²¹ Die angegebenen Zahlen habe ich von Harpprecht: Arletty und ihr deutscher Offizier, S. 323 f. und Seidler: Die Kollaboration 1939-1945, S. 22 ff. übernommen.
- ²² Vgl. die „Spiegel“-Serie von Heinz Höhne über den Barbie-Prozess ab der Ausgabe 19/1987.
- ²³ Umbreit: Der Militärbefehlshaber in Frankreich.

GROßMACHTANSPRUCH UND ARABISCHE POLITIK

ROLAND HÖHNE || Trotz des realen Machtverlustes seit 1940 beansprucht Frankreich weiterhin, Großmacht zu sein. Um diesen Anspruch durchzusetzen, entwickelte Charles de Gaulle 1967 die „arabische Politik“. Deren Ziel war es, als eigenständige Macht in der arabischen Welt präsent zu sein und an den wichtigen Entscheidungen der Region mitzuwirken. Sie war vor allem gegen die USA gerichtet. Seine Nachfolger haben die Grundlinien dieser Politik fortgesetzt, sie jedoch stets den sich verändernden internationalen Konstellationen angepasst. Seit der Präsidentschaft von Sarkozy verfolgen sie diese nicht mehr gegen, sondern mit den USA. So ist es Frankreich gelungen, bis heute einen erheblichen Einfluss in der arabischen Welt auszuüben.

GROßMACHTDISKURS UND GROßMACHTPOLITIK

„La France ne peut pas être la France sans la grandeur.“¹ Dieser berühmte Satz de Gaulles bezeichnet die nationale Größe als konstitutives Element der französischen Identität. Unter Größe verstand der General neben Prestige und Ruhm vor allem Macht und Einfluss in der Welt. Frankreich müsse weltweit gehört und geschätzt werden. Seine Worte und seine Taten müssten bei internationalen Entscheidungen Gewicht haben. Deshalb müsse es auch weltweit präsent sein: politisch, sprachlich-kulturell, territorial, militärisch. De Gaulle begründete seinen Großmachtsanspruch mit der ruhmreichen Geschichte Frankreichs, die diesem eine besondere Rolle in der Welt zuweise.² Dieser Anspruch ist von seinen Nachfolgern reduziert, aber keineswegs aufgegeben worden. So erklärte der gegenwärtige Staatspräsident François Hollande nach dem erfolgreichen Abschluss der Mali-intervention im Mai 2013, Frankreich gelte auf der internationalen Bühne nun wieder als „große Nation von Gewicht“.³ Als fester Bestandteil des nationalen Selbstverständnisses beeinflusst der Großmachtdiskurs das außenpolitische Denken und Handeln der französischen Akteure und ist damit ein integraler Bestandteil der

französischen Außenpolitik. Er hat sowohl eine innen- als auch außenpolitische Funktion. Innenpolitisch dient er der nationalen Kohäsion und damit Stabilität, außenpolitisch der Kompensation des realen Machtverlustes seit 1940 und der Legitimation des Anspruchs auf weltweite Mitsprache.⁴

DIE GEBURT DER ARABISCHEN POLITIK

Im Rahmen seiner nationalen Unabhängigkeits- und Großmachtpolitik strebte de Gaulle nach dem Ende des Algerienkrieges (1962) eine eigenständige Rolle in der arabischen Welt an. Er wolle dadurch einerseits den Verlust der Kolonialherrschaft über Nordafrika kompensieren, andererseits seine Unabhängigkeit von den USA demonstrieren. Außerdem ging es ihm um handfeste wirtschaftliche Interessen. Das wichtigste Problem jener Zeit war der Nahost-Konflikt zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn. In diesem nahm Frankreich zunächst eine pro-israelische Haltung ein. Es belieferte Israel mit schweren Waffen (Panzer, Flugzeuge), unterstützte es diplomatisch und kooperierte mit ihm während der britisch-französischen Suez-intervention 1956. Den gemeinsamen Gegner bildete der arabische Nationalismus mit seinem Zentrum Ägypten unter Abdel Nasser.

De Gaulle setzte nach seiner Rückkehr an die Macht im Mai 1958 zunächst die pro-israelische Politik der IV. Republik fort. Nach dem Ende des Algerienkrieges 1962 begann er jedoch langsam, einen grundlegenden Kurswechsel vorzubereiten. Am Vorabend des Sechs-Tage-Krieges von 1967 warnte er Israel vor einem Waffengang. Als dieses dann auf die ägyptische Blockade des Golfes von Kaaba doch mit einer Offensive antwortete, verhängte er am 2. Juni 1967 ein Waffenembargo und verurteilte das israelische Vorgehen.⁵ Trotz heftiger innerfranzösischer und internationaler Proteste hielt er an seinem pro-arabischen Kurs fest. Die „arabische Politik“ war geboren. Sie beruhte offiziell auf den Prinzipien der Selbstbestimmung, der Souveränität, der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, der Partnerschaft und der Kooperation, ihren Kern aber bildete die Interessenkonvergenz gegenüber den USA. Frankreich wollte als Partner der arabischen Länder wieder zu einem eigenständigen Machtfaktor im Nahen Osten aufsteigen, die arabischen Staaten der Region hofften, sich mit französischer Hilfe aus der einseitigen Abhängigkeit von den USA zu befreien, ohne dabei, wie Ägypten unter Nasser, in sowjetische Abhängigkeit zu geraten.

Die wirtschaftliche Basis der arabischen Politik bestand vor allem im Geschäft: Rüstungsgüter gegen Erdöl. Dieses Tauschgeschäft entsprach der gegenseitigen Interessenlage. Frankreich unterhielt im Interesse seiner Unabhängigkeits- und Großmachtspolitik eine überdimensionierte nationale Rüstungsindustrie, die sich nur durch massive Rüstungsexporte finanzieren ließ, die arabischen Staaten, vor allem Libyen, der Irak, Saudi-Arabien und die Golfemirate, verfügten über reiche Erdölvorkommen, die ihnen den Import von modernen Rüstungsgütern erlaubten.

De Gaulles arabische Politik verschaffte Frankreich erhebliche Popularität in der arabischen Welt, schloss es jedoch von den Bemühungen um eine Lösung des Nahost-Konflikts aus. Trotzdem hielten seine Nachfolger an ihr fest. Mitterrand versuchte jedoch, den Nahost-Konflikt zu beeinflussen, indem er sich an der UN-Libanonmission 1982/83 beteiligte. Frankreich wurde so in die innerlibanesischen Wirren hineingezogen, ohne diese groß beeinflussen zu

können. Lediglich im Irak spielte es eine eigenständige Rolle.

Ihren Höhepunkt erreichte die internationale Kooperationspolitik 1990/91 mit der Beteiligung am ersten Golfkrieg an der Seite der Amerikaner. Frankreich hoffte dadurch, ein Mitspracherecht bei der Regelung des Irakproblems zu gewinnen. Dies gelang ihm aber nicht, da sein militärischer Beitrag zur Niederwerfung der Diktatur Saddam Husseins zu gering war.⁶ Es verlor jedoch erheblich an Prestige unter den arabischen Massen, besonders in Nordafrika. Dort entwickelten sich in Algerien die Auseinandersetzungen zwischen religiösen und säkularen Kräften zu einem erbarmungslosen Bürgerkrieg. In diesem unterstützte Paris das säkulare FLN-Regime u. a. durch das Vorgehen gegen islamistische Aktivitäten unter den nordafrikanischen Einwanderern in Frankreich, griff aber nicht direkt ein.

STRATEGIEWANDEL NACH DEM ENDE DES OST-WEST-KONFLIKTS

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts wandte sich Frankreich noch unter Mitterrand stärker dem Süden zu. Es suchte hier einen Ausgleich für die Verschiebung des innereuropäischen Kräfteverhältnisses durch die Wiedervereinigung Deutschlands, gleichzeitig aber auch Schutz vor den neuen Gefahren (Islamismus, Terrorismus, Wanderungsbewegungen), die sich aus der Instabilität und Entwicklungsschwäche der südlichen und östlichen Mittelmeerlande ergaben. Angesichts der Größe der Aufgaben bemühte es sich, dafür europäische Ressourcen zu mobilisieren. Dies gelang auch auf der europäisch-mediterranen Konferenz von Barcelona 1995, an denen sich außer den damaligen EU-Mitgliedern auch elf Länder des südlichen und östlichen Mittelmeerraums sowie Vertreter der palästinensischen Autonomiegebiete beteiligten. Ihr Ergebnis war der sogenannte Barcelonaprozess, der die arabischen Anrainer des Mittelmeeres in die europäische Stabilisierungs- und Entwicklungspolitik einbinden sollte. Trotz großartiger Projekte und erheblicher Mittel ist dies jedoch nicht gelungen.

Zur obersten Priorität der französischen Außenpolitik wurden die Nord-Süd-Beziehungen aber erst unter dem Neo-Gaullisten Jacques

Chirac (1995-2007). Er wollte vor allem die Chancen nutzen, die sich für Frankreich aus dem Trend zur Multipolarität des internationalen Systems ergaben. Um dazu in der Lage zu sein, baute er die französischen Interventionskapazitäten durch eine Streitkräftereform aus.⁷

In Zukunft sollten die Streitkräfte in der Lage sein, gleichzeitig an zwei Konfliktherden präsent zu sein. Um eine bessere Kooperation mit den USA bei internationalen Konflikten zu ermöglichen, plante Chirac auch 1996 die Rückkehr in die integrierten Kommandostrukturen der Atlantischen Allianz. Als Preis verlangte er allerdings die Übertragung des NATO-Südeuropakommandos an einen Franzosen, um so auch innerhalb der Allianz die französische Position im Mittelmeerraum zu stärken. Dieses wird traditionell von einem US-Admiral wahrgenommen, der auch gleichzeitig Befehlshaber der 6. US-Flotte im Mittelmeer ist. Die Erfüllung der französischen Forderung hätte bedeutet, dass diese Personalunion aufgelöst und die 6. US-Flotte einem französischen NATO-Offizier unterstellt worden wäre. Die Amerikaner lehnten daher Chiracs Forderung ab.

Chirac forderte auch eine Beteiligung der EU an den Bemühungen um eine Regelung des Nahostkonflikts. Im Rahmen ihrer Mittelmeerpolitik finanzierte diese 80 % der internationalen Aufbauprogramme in den palästinensischen Autonomiegebieten. Chirac hoffte, dabei eine führende Rolle zu spielen. Er machte sich zum Sprecher palästinensischer Interessen und kritisierte die israelische Siedlungspolitik. Dadurch gewann er Sympathien bei den Arabern, nicht jedoch die Unterstützung der pro-amerikanisch eingestellten EU-Mitglieder. Diese waren mehrheitlich vor allem nicht bereit, sich militärisch im Nahen Osten zu engagieren. Daher scheiterte sein Vorstoß.

Nach der israelischen Intervention im Libanon 2006 verstärkte er jedoch das dortige französische Blau-Helm-Kontingent. Dieses hatte im Rahmen der UN-Friedensmission die Aufgabe, gemeinsam mit der libanesischen Armee nach dem Abzug der israelischen Truppen die libanesischen Souveränität im Süden des Landes wiederherzustellen und das Einsickern von bewaffneten Milizen zu verhindern. Im Mittleren

Osten suchte er im Gegensatz zu Mitterrand nicht primär die Zusammenarbeit mit den Golfemiraten, sondern mit Saudi-Arabien. Dieses strebte nach dem 1. Golfkrieg eine Diversifikation seiner Rüstungsimporte an, um nicht völlig von den USA abhängig zu sein. Frankreich mit seiner hochentwickelten Rüstungsindustrie bot sich ihm als Partner an.

Im Irakkonflikt verfolgte er einen neogaulistischen Kurs. Er beteiligte Frankreich nicht an der anglo-amerikanischen Kontrolle der Flugverbotszonen, die über dem Irak nach dem 1. Golfkrieg eingerichtet worden waren, und kritisierte das UN-Embargo gegen das Land. Im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen drohte er mit einem Veto, falls die USA versuchen sollten, eine internationale Legitimation für eine Irakintervention zu erlangen. Als die Amerikaner dann auch ohne UN-Mandat mit „willigen“ Verbündeten intervenierten, entschied er sich nach anfänglichem Zögern gegen eine Teilnahme. Er wurde dabei sowohl von Berlin als auch von Moskau unterstützt, aber von vielen arabischen und europäischen Regierungen, besonders im Osten der EU, heftig kritisiert. In den Vereinigten Staaten löste seine Haltung starke Empörung aus. Innerhalb des Westens war damit Frankreich weitgehend isoliert, bei den arabischen Massen aber erneut populär.

DIE PRO-AMERIKANISCHE WENDE UNTER NICOLAS SARKOZY

Chiracs Nachfolger, Nicolas Sarkozy (2007-2012), verfolgte ebenfalls die Grundziele der arabischen Politik, wollte sie jedoch nicht mehr gegen, sondern gemeinsam mit den USA erreichen. 2009 kehrte Frankreich deshalb in die integrierte Kommandostruktur der NATO zurück, wie es bereits Chirac angestrebt hatte. Dies bedeutete jedoch keineswegs den Verzicht auf eine eigenständige Nah- und Mittelostpolitik.⁸ So vereinbarte er die Errichtung eines Militärstützpunktes in Abu Dhabi am Persischen Golf und schloss mit dem Emirat umfangreiche wirtschaftliche und kulturelle Abkommen. Angesichts der geopolitischen und geostrategischen Gegebenheiten der Region war dieser Schritt nur im Einvernehmen mit den Vereinigten Staaten sinnvoll.

Er versuchte aber auch, der arabischen Politik durch die Gründung einer Mittelmeerunion einen festen institutionellen Rahmen zu geben. Deren vorrangiges politisches Ziel sollte die Beilegung des Nahostkonflikts bilden. Ferner sollte sie der Türkei eine Alternative zur EU-Mitgliedschaft bieten. Mitglieder der Union sollten nur die mediterranen Länder einschließlich des atlantischen Portugal werden. Damit war sie als Konkurrenz zur EU und ihrem Barcelona-Prozess konzipiert. Dies traf auf den heftigen Widerstand der ausgeschlossenen nördlichen EU-Länder, insbesondere Deutschlands. Daraufhin reduzierte Sarkozy seine Pläne. Die geplante Organisation sollte kein Konkurrenzunternehmen zur EU bilden, sondern dessen Strukturen ergänzen und bereichern. Dies drückte sich in ihrer neuen Bezeichnung „Union für das Mittelmeer“ aus. So wurde eine Zusammenarbeit mit allen EU-Ländern möglich. Am 13. Juli 2008 wurde die Union mit großem Pomp vom Europäischen Rat in Paris gegründet. An der Gründungsveranstaltung beteiligten sich 43 Staaten, darunter alle EU-Mitglieder, die Türkei, Israel und die arabischen Länder mit Ausnahme Libyens. Letzteres akzeptierte, wie bereits beim Euro-mediterranen Projekt der EU, lediglich einen Beobachterstatus. Die Union krankte von Anfang an an den zahlreichen Interessengegensätzen ihrer Mitglieder, insbesondere zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn. Die israelische Intervention im Gaza-Streifen vom Dezember 2009 (Gegossenes Blei) blockierte weitgehend den institutionellen Ausbau der Union. Die Protestbewegung in den arabischen Ländern (Arabischer Frühling) führte dann 2011 de facto zu ihrer Handlungsunfähigkeit. Sarkozys Traum von einer Führungsrolle im Mittelmeer und damit auch im Nahen Osten erfüllte sich nicht.

Ein besonderes Problem für die französische Mittelmeerpolitik war Libyen. Geopolitisch bildet es die Landbrücke zwischen dem Maghreb und dem Maschrek sowie das Tor zu Schwarzafrika. Deshalb hatte Frankreich bereits im 19. Jahrhundert im Zuge seiner Mittelmeerexpansion versucht, Tripolitanien zu besetzen, war aber am britischen Widerstand gescheitert. 1911 wurde Libyen italienische Kolonie,⁹ nach dem II. Weltkrieg britisch-amerikanisches Ein-

flussgebiet. 1943 besetzten französische Kolonialtruppen die Region Fezzan im Süden des Landes, mussten sich aber unter britisch-amerikanischem Druck nach dem Krieg wieder zurückziehen.¹⁰

Nach seinem Staatsstreich übernahm 1969 Oberst Gaddafi die Macht. Französische Bemühungen, das Land in seinen Einflussbereich einzubeziehen, scheiterten an dessen panarabischen und panafrikanischen Ambitionen. Gaddafi wollte die arabischen und afrikanischen Staaten vereinen. In den ersten 25 Jahren seiner Herrschaft lancierte er 12 bilaterale und trilaterale Vereinigungsprojekte mit 8 Staaten. Keines davon war erfolgreich.¹¹ Im Jahr 1999 ergriff er die Initiative für die Gründung einer Afrikanischen Union (AU). Gaddafi hoffte, in ihr eine führende Rolle zu spielen, ergänzt werden sollte diese durch eine afrikanisch-arabische Währungsunion, die ihre Mitglieder unabhängig vom Dollar und Euro machen würde. Ihr Zahlungsmittel sollte der Gold-Dinar sein, der durch die Goldreserven der libyschen Zentralbank gedeckt wurde. Ferner strebte Gaddafi 2011 noch die Einrichtung eines Afrikanischen Währungsfonds (AWF) an, um die afrikanischen Staaten unabhängig vom IWF zu machen.

Alle drei Initiativen bedrohten den französischen Einfluss im frankophonen Afrika und in der arabischen Welt. Das galt vor allem für den Plan einer Währungsunion, denn im Falle seiner Verwirklichung würde dies das Ende des CFA-Franc bedeuten, durch den die frankophonen Staaten Schwarzafrikas finanzpolitisch an Frankreich gekoppelt sind. Gaddafi verletzte aber auch die französischen Interessen direkt durch seine politischen und militärischen Interventionen im tschadischen Bürgerkrieg.¹² Er wollte, wie bereits sein Vorgänger König Idris, einen Grenzstreifen im nördlichen Tschad annekieren und das Land in eine islamische Republik verwandeln, die ähnlich organisiert sein sollte wie der libysche Staat. Er hoffte, dadurch auf Kosten der Franzosen Einfluss in Zentralafrika zu gewinnen. Er scheiterte jedoch am Widerstand tschadischer Kräfte, die von Frankreich unterstützt wurden.¹³

Libyen war und ist jedoch für Frankreich nicht nur aus geopolitischen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen wichtig. Es ist ein

ressourcenreiches Land, das vor allem über große Erdöl- und Gasvorkommen verfügt, die es zu einem wichtigen Energieexporteur machten.¹⁴ Die französische Erdölgesellschaft Total war zwar vor dem Libyenkrieg an der Förderung und Vermarktung des libyschen Erdöls beteiligt, erreichte aber bei weitem nicht den Anteil der italienischen ENI.

Ende der 1990er-, Anfang der 2000er-Jahre veränderten sich die Rahmenbedingungen der französisch-libyschen Beziehungen. Das Verhältnis Libyens zum Westen entspannte sich, die UN-Sanktionen wurden aufgehoben, Gaddafi verzichtete auf den Besitz von ABC-Waffen. Eine Kooperation mit Libyen schien möglich. Chirac ergriff die Initiative und besuchte am 24. November 2004 Gaddafi in Tripolis. Er bot diesem einen „konstruktiven Dialog“ sowie eine „wahre Partnerschaft“ an. Er wolle die diplomatischen Beziehungen, die nach einem Flugzeugzwischenfall über dem Tschad abgebrochen worden waren, wieder aufnehmen, die wirtschaftliche Zusammenarbeit intensivieren und Libyen bei der zivilen Nutzung der Atomenergie helfen. Sarkozy setzte Chiracs Bemühungen fort und empfing Gaddafi zu einem Gegenbesuch in Paris. Er vereinbarte mit ihm nicht nur konventionelle Geschäfte im Bereich Rüstungsgüter und Erdöl, sondern auch den Transfer von Nukleartechnologie zum Aufbau einer libyschen Atomwirtschaft. Sie sollte zwar nur der zivilen Nutzung dienen, ein militärischer Missbrauch war bei dem unberechenbaren Gaddafi aber keineswegs auszuschließen.

STRATEGIEWANDEL NACH AUSBRUCH DES „ARABISCHEN FRÜHLINGS“

Der Aufruhr in den arabischen Ländern gegen die autoritären Regime im Jahre 2011 veränderte grundlegend die französischen Beziehungen zur arabischen Welt. Bis dahin hatte Frankreich autoritäre Regime im Interesse von Sicherheit und Stabilität unterstützt. Nun aber wechselte Sarkozy die Strategie. Er schwang sich zum Vorkämpfer der Freiheit und Selbstbestimmung der arabischen Völker auf und machte die Förderung der Demokratie und den Schutz der Menschenrechte zum zentralen Ziel der französischen Politik.¹⁵ Dies bedeutete programmatisch einen Bruch mit den autoritären

Eliten im arabischen Raum, de facto erfolgte dieser aber nur in einigen von ihnen. In Tunesien und Ägypten beschränkte sich Sarkozy auf politische Schützenhilfe, in Libyen griff er am 19. März gemeinsam mit Großbritannien und den USA auch militärisch ein. Die rechtliche Grundlage bildete ein UN-Mandat für die Errichtung einer Flugverbotszone im Lande zum Schutze der Zivilbevölkerung.¹⁶ Frankreich und seine Verbündeten weiteten das UN-Mandat aber rasch auf den Sturz des Gaddafi-Regimes aus.

Die USA drängten jedoch darauf, die Koordinierung des alliierten Luftkrieges auf die NATO zu übertragen. Wochenlang sträubte sich Sarkozy dagegen, musste aber schließlich nachgeben. Ende März übernahm die NATO die Führung.¹⁷ Die Hauptlast der Kriegsführung trugen die Amerikaner, denn nur sie konnten die libysche Flugabwehr und das stark ausgebaute Bunkersystem brechen. Sie hielten sich jedoch aus politischen Gründen im Hintergrund und überließen Sarkozy weiterhin die öffentliche Regie. Dieser nutzte sie reichlich für die eigene Selbstdarstellung. Der Erfolg der Intervention, der Sturz Gaddafis, wurde daher ihm zugeschrieben. Davon profitierte Frankreich nicht nur politisch sondern auch wirtschaftlich.

Der Libyenkonflikt hatte jedoch einmal mehr gezeigt, dass zwar Frankreich in einem regionalen Konflikt die Initiative ergreifen kann, deren Erfolg aber außerhalb von Schwarzafrika von den USA abhängt. So scheint sich ein neues Verhältnis zwischen Frankreich und den USA in der arabischen Welt herauszubilden. Angesichts ihres Macht- und Prestigeverlustes überlassen die USA den Europäern, d. h. Frankreich und Großbritannien, die Initiative und entscheiden dann selbst, ob sie dieser folgen oder nicht. Dies wurde während des gegenwärtigen Syrienkonfliktes erneut deutlich. Sarkozys Nachfolger, François Hollande, forderte 2012/13 wiederholt eine westliche Intervention in Syrien zugunsten der Regierungsgegner im Namen der Menschenrechte. Der amerikanische Präsident Obama schien ihm zunächst zu folgen, verzichtete aber dann im Herbst 2013 auf ein militärisches Eingreifen. Die Libyenintervention wiederholte sich nicht.

FAZIT

Die aus dem Großmachtanspruch, aber auch aus handfesten Interessen resultierende arabische Politik zeigt deutlich die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen Frankreichs in der arabischen Welt. Während es in Nordafrika seinen Einfluss nach der Unabhängigkeit Tunesiens, Marokkos und Algeriens (1956-1962) auf neuer Grundlage wahren bzw. ausbauen konnte, gelang ihm dies im Nahen und Mittleren Osten nur in bescheidenem Maße. Hier stieß es nicht nur auf die widerstreitenden Interessen Israels und seiner arabischen Nachbarn, sondern auch auf die Interessen der USA und bis zum Ende des Ost-Westkonflikts auf die der Sowjetunion. Indem es sich zum Wortführer arabischer Interessen gegen beide mächte, vermochte es unter de Gaulle erheblich an Einfluss in den arabischen Ländern gewinnen, von denen es auch wirtschaftlich profitierte. Von den Bemühungen um eine Regelung des Nahost-Konfliktes war es jedoch ausgeschlossen. Dies gelang ihm auch nicht durch seine Beteiligung an der UN-Friedensmission im Libanon. Die Teilnahme an der Seite der Amerikaner am 1. Golfkrieg 1991 brachte ihm nur geringen Gewinn, da sein militärischer Beitrag zu gering war. Bei der Gestaltung der irakischen Nachkriegsordnung spielte es keine Rolle. Sein Versuch, europäische Ressourcen für seine arabische Politik zu mobilisieren (Barcelonaprozess) verlief ebenso im Sande wie das Projekt einer Mittelmeerunion unter französisch-ägyptischer Führung. Die unter Einbeziehung aller EU-Länder gegründete „Union für das Mittelmeer“ scheiterte schon nach kurzer Zeit an den widerstreitenden Interessen ihrer Mitglieder.

Hier zeigte sich deutlich die Diskrepanz zwischen hochgesteckten Zielen und begrenzter Gestaltungskraft. Mit der Errichtung eines Militärstützpunktes in Abu Dhabi am Persischen Golf macht Frankreich jedoch deutlich, dass es seine Ambitionen in der arabischen Welt keineswegs aufgegeben hat. Allerdings verfolgt es diese seit Sarkozy nun an der Seite der USA. Dadurch war es im Libyenkonflikt erfolgreich. Dessen Verlauf machte aber erneut die Grenzen seiner militärischen Handlungsmöglichkeiten deutlich. Trotz der Streitkräftereform Chiracs verfügt es weder über die militärischen Kapä-

zitäten noch über die operativen Mittel für eigenständige Militäroperationen in der arabischen Welt. Sein wichtigstes Statussymbol, seine Atomwaffen, sind in regionalen Konflikten stumpf. Dank seiner arabischen Politik übt es im arabischen Raum jedoch beträchtlichen politischen und kulturellen Einfluss aus. Sein Voluntarismus hat sich somit ausgezahlt. Sein ursprüngliches Ziel, als eigenständiger Machtfaktor seinen Großmachtanspruch durchzusetzen, hat es jedoch nicht erreicht.

PROF. DR. ROLAND HÖHNE

emeritierter Professor für Landeswissenschaft
Romanistik, Fachgebiet Geschichte / Politik,
Universität Kassel

ANMERKUNGEN

- ¹ „Frankreich kann nicht Frankreich sein ohne Größe“, zitiert nach De Gaulle, Charles: Mémoires de guerre. L' appel 1940-1942, Paris 1954, S. 7.
- ² Vgl. Cerny, Philip P.: The Politics of Grandeur. Ideological Aspects of de Gaulle's Foreign Policy, Cambridge 1980.
- ³ Le Monde, 18.5.2013
- ⁴ Vgl. Vaïsse, Maurice: La puissance ou l'influence? La France dans le monde depuis 1958, Paris 2009.
- ⁵ Vgl. seine Pressekonferenz vom 27.11.1967.
- ⁶ Unter amerikanischer Führung beteiligten sich am Irakkrieg 750.000 Soldaten aus 3 Ländern. Die USA stellten 500.000, die Briten 40.000, die Franzosen aber nur 12.000 Mann. Das französische Kontingent war auf die logistische und informationelle Unterstützung der Amerikaner angewiesen. Da die französischen Kampfflugzeuge über kein Nachtradar verfügten, wären sie ohne amerikanische Unterstützung nachts nicht einsatzfähig gewesen.
- ⁷ Vgl. Irondelle, Bastien: La réforme des armées en France, Paris 2011.
- ⁸ Vgl. Kempin, Ronja: Ziele und Instrumente der Außen- und Sicherheitspolitik. Preisgabe des gaullistischen Erbes?, in: Länderbericht Frankreich, hrsg. von Adolf Kimmel und Henrik Uterwedde, Bonn, 3. Aufl., 2012, S. 318-335. Allgemein zur französischen Haltung gegenüber der NATO: http://fr.wikipedia.org/wiki/R%C3%A9int%C3%A9gration-de_la_France_dans_le_c, Stand: 22.1.2014.
- ⁹ In den französisch-italienischen Auseinandersetzungen um Tunesien schlug Frankreich 1884 und 1888 Italien vor, sich Tripolitaniens zu bemächtigen, das damals noch zum Osmanischen Reich gehörte. Im türkisch-italienischen Krieg gelang es dann Italien 1911, Tripolitaniens und die Cyrenaika zu annektieren, die es 1934 zur Kolonie Libyen vereinte.
- ¹⁰ De Gaulle wollte Fessan an Algerien angliedern. 1947 wurde die Region UN-Treuhandmandat, 1951 Teil des Königreichs Libyen.
- ¹¹ http://de.wikipedia.org/wiki/Libysch-Arabisch-Afrikanische_Vereinigungsprojekte, Stand: 22.1.2014.
- ¹² 1978/79, 1980/81, 1983-87.
- ¹³ Frankreich intervenierte dreimal in den tschadischen Bürgerkrieg und unterstützte die antilibyschen Kräfte. Vgl. Libysch-Tschadischer Grenzkrieg, http://de.wikipedia.org/wiki/Libysch-Tschadischer_Grenzkrieg, Stand: 22.1.2014.
- ¹⁴ Vor dem Bürgerkrieg 2011 förderte es 1,6 Millionen Barrel am Tag. 2010 exportierte es 55,9 Millionen Tonnen Erdöl. Seine Erdölreserven werden auf 44 Milliarden Barrel geschätzt. Es sind die größten in Afrika. Vermutlich sind sie noch wesentlich größer, da längst nicht die gesamte Fläche des Landes und das Offshoregebiet exploriert sind. Die Förderung und Vermarktung erfolgt zwar durch auslän-

dische Unternehmen, die Kontrolle über sie liegt jedoch in libyscher Hand. http://de.wikipedia.org/wiki/Erd%C3%B6l/Tabellen_und_Grafiken, Stand: 18.1.2014.

- ¹⁵ Sarkozy, Nicolas: „Les peuples arabes attendent une politique gaulliste“, in: Le Monde, 29.2.2011, ebenso im Interview „Wenn ein Volk seine Freiheit einfordert, steht Frankreich künftig an seiner Seite. Stabilität ist ein Ziel, das man mit Hilfe von Demokratie und Achtung der Menschenrechte erreichen kann; sie ist nicht mehr ein Zustand, den es zum Preis von so viel Ungerechtigkeit aufrecht zu erhalten gilt“, in: L'Express, 4.5.2011.
- ¹⁶ UN-Resolution 1973.
- ¹⁷ Es beteiligten sich jedoch nicht alle NATO-Staaten, u. a. Deutschland, an der Intervention.

FRANKREICHS PREKÄRE ROLLE IN DER GLOBALISIERUNG

HENRIK UTERWEDDE || Glaubt man manchen Urteilen, so steht Frankreichs Wirtschaft am Abgrund. Aber stimmt das? Die folgende Analyse zeigt, dass Frankreich, ähnlich wie Deutschland vor gut einem Jahrzehnt, vor schwierigen Strukturreformen steht. Aber unser Nachbarland verfügt auch über Stärken und ist in der Lage, seine Probleme zu überwinden. In diesem Zusammenhang gibt die 2013 eingeleitete neue Wirtschaftspolitik Präsident Hollandes Anlass zu verhaltenem Optimismus.

DEUTSCH-FRANZÖSISCHES WIRTSCHAFTSGEFÄLLE

Frankreichs Wirtschaft präsentiert sich derzeit in einer schlechten Verfassung. Das Land sieht sich einer gleich fünffachen Krise gegenüber, deren Elemente miteinander verwoben sind: eine hohe Staatsverschuldung, die sich seit 2002 verdoppelt hat; eine Wachstumskrise, die 2006 begann und zu einer wirtschaftlichen Stagnation geführt hat; eine hohe Arbeitslosigkeit, die seit der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 immer weiter angestiegen ist und derzeit die Rekordmarke von 11 % erreicht hat; ein relativer Niedergang der Industrie, der deutlich stärker ausgefallen ist als in den Nachbarländern, zahlreiche industrielle Arbeitsplätze vernichtet hat und den Anteil der Industrie an der Wertschöpfung von 18 % (2000) auf 12,5 % (2011) hat schrumpfen lassen; schließlich eine Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit, die seit 2003 zu stetig steigenden Handelsbilanzdefiziten geführt hat und sich in rückläufigen Marktanteilen französischer Produzenten in Europa und weltweit äußert.

All dies ist das Ergebnis einer seit zehn Jahren anhaltenden, zunächst schleichenden und in jüngster Zeit immer offenkundigeren Abwärtsspirale, die in Frankreich als „décrochage“ wahrgenommen wird, das heißt als zunehmende Abkopplung von der erfolgreichen deutschen

Ökonomie, an der sich Frankreich immer misst. Während etwa Deutschland anhaltende und steigende Handelsbilanzüberschüsse verzeichnet, hat sich die Bilanz in Frankreich verschlechtert und steht seit 2003 tief in den roten Zahlen. Die deutsche Exportwirtschaft hat im Euro-Raum Marktanteile hinzugewonnen, während die französischen Exporte an Umfang verloren haben: 1998 machten sie 56 % der deutschen Exportwerte aus, 2010 nur noch 40 %. Auch die französische Industrie verliert zunehmend an Gewicht. Während die Industrie in Deutschland ihren Anteil an der Gesamtwirtschaft annähernd behaupten konnte, war der Substanzverlust der französischen Industrie im letzten Jahrzehnt beträchtlich und schwerwiegender als in allen anderen EU-Staaten.¹

Entsprechend ist die Wahrnehmung in den internationalen Medien. Frankreich sei „der kranke Mann Europas“, befindet das Handelsblatt am 26. Oktober 2012. „Wird Frankreich das neue Griechenland?“ titelt die Bild-Zeitung vom 31. Oktober 2012. Das britische Wochenmagazin The Economist vom 17. November 2012 ortet eine „Zeitbombe im Herzen Europas“. Für Focus online ist unser Nachbar der „neue kranke Mann Europas“ (1. Februar 2013). In Frankreich ist die Stimmung – wie oft in den vergangenen Jahrzehnten – von tiefem Pessimismus in Bezug auf das eigene Land geprägt.

Dies nährt defensive Haltungen gegenüber der Globalisierung. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2012 beurteilten 63 % der Befragten einer Umfrage die Folgen der Globalisierung für Frankreich als „extrem negativ“; bei den Arbeitern waren es sogar 75 %. Nach einer anderen, im Januar 2014 veröffentlichten Umfrage finden 47 % der Franzosen, ihr Land sollte sich stärker gegenüber der Welt (in erster Linie der Weltwirtschaft) schützen. Die Globalisierung wird in erster Linie als Bedrohung von außen, als Gefahr für das französische Wirtschafts- und Sozialmodell gesehen. Aber auch der Euroskeptizismus wächst: Nur noch 35 % der Befragten (gegenüber noch 52 % im Oktober 2011) sind der Meinung, dass die Zugehörigkeit zur Europäischen Union eine gute Sache für Frankreich sei; fast ebenso viele (32 %) denken das Gegenteil.²

Diese prekäre Rolle der französischen Wirtschaft im Rahmen der Globalisierung, aber auch der Europäischen Integration wird nicht nur als rein ökonomisches Problem gesehen, sondern auch als politischer Bedeutungsverlust Frankreichs in Europa. Generell wird die Wirtschaft zu Recht als wichtiger Faktor des Einflusses in der Weltpolitik gesehen. So formuliert das 2008 erschienene Weißbuch der französischen Regierung zur Außen- und Europapolitik: „Im Kern [...] bleiben die klassischen ökonomischen Parameter entscheidend. Demographie, Wachstum, sozialer Zusammenhalt, Ausbildungsstand und Vitalität der inhaltlichen Debatten, Dynamik der Unternehmen mit Champions auf europäischer und weltweiter Ebene und einem Netzwerk kleiner und mittlerer Unternehmen, die nach außen geöffnet sind, Innovationsfähigkeit und technologischer Vorsprung: Dies sind weiterhin die unentbehrlichen und einzig dauerhaften Fundamente der Macht und des Einflusses in der Welt.“³ Insofern wird der wirtschaftlichen Position Frankreichs in Europa und der Weltwirtschaft immer eine hohe Aufmerksamkeit geschenkt – als Gradmesser für Frankreichs Rolle in der Welt.

Dabei ist es vor allem der deutsche Nachbar, an dem sich Frankreich misst – weil die deutsche Wirtschaft seit Beginn der europäischen Integration, spätestens aber seit den 1970er-Jahren eine führende Rolle in Europa gespielt

hat, aber auch, weil für Frankreich die „gefühlte Augenhöhe“ mit Deutschland auch auf wirtschaftlichem Gebiet wichtig ist. Seit De Gaulle zu Beginn der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 1958 der französischen Wirtschaft ein einschneidendes Sanierungs- und Modernisierungsprogramm verordnete, haben französische Regierungen immer wieder das Ziel verfolgt, das Wirtschaftsgefälle zum deutschen Nachbarn wenn nicht einzuebnen, so doch in Grenzen zu halten. Denn die intensive deutsch-französische Zusammenarbeit, die als „Motor“ der europäischen Integration fungieren sollte, ist aus Pariser Sicht nur als eine Partnerschaft unter Gleichen denkbar. Insofern hat man auf die deutsche Wirtschaft immer mit einer Mischung aus Bewunderung (das „deutsche Modell“ als Vorbild) und Unbehagen gegenüber der „deutschen Wirtschaftsmacht“ geschaut.⁴ Dies hat – vor allem in den letzten Jahren, in denen sich das Wirtschaftsgefälle aufgrund der französischen Schwächen verstärkt hat und sich der Streit um den richtigen Weg zur Lösung der Euro-Krise mehrfach zuspitzte – zu wiederholter Kritik an der „deutschen Dominanz“ und dem „deutschen Europa“ geführt: Deutschland, so die Argumentation, dränge den europäischen Nachbarn sein Wirtschaftsmodell und seine Sparpolitik (die zumeist als „Austerität“ gebrandmarkt wird) auf. Dabei nahmen die Debatten zuweilen bizarre, ja hysterische Züge an, die mit der Wirklichkeit nur wenig gemein haben.⁵

Denn das systematische Schlechtreden der französischen Wirtschaft wird der tatsächlichen Situation wenig gerecht – ebenso übrigens wie die systematische Überhöhung des „deutschen Modells“ (man denke nur an die unbewältigten Probleme der Energiewende, des demographischen Wandels oder der nachhaltigen Finanzierung der Sozialversicherung angesichts der kostenträchtigen, durch die Große Koalition angekündigten Leistungsverbesserungen in der Rentenversicherung). Insofern sollte die Divergenz der letzten Jahre, so besorgniserregend sie aus französischer Sicht ist, auch nicht überinterpretiert werden. Zum einen darf man über der kurzfristigen Sichtweise die langfristigen Trends nicht außer Acht lassen. In sehr langfristiger Betrachtungsweise ist die wirtschaftliche Ent-

wicklung, gemessen am Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, in beiden Ländern erstaunlich ähnlich verlaufen. Auch hat es immer wieder Phasen gegeben, in denen Frankreich besser dastand als Deutschland: So wies die französische Wirtschaft in den Jahren 1995 bis 2005 eine überdurchschnittlich hohe Wachstumsrate auf, die deutlich über derjenigen Deutschlands lag.⁶ Zum anderen täuscht Frankreichs durchweg schwächeres Abschneiden im bilateralen Vergleich mit Deutschland darüber hinweg, dass die französische Wirtschaft, nimmt man die gesamte EU als Maßstab, oft gut abschneidet. Selbst die aktuellen Probleme bei Wachstum, Beschäftigung, Verschuldung und Wettbewerbsfähigkeit sind keine französische Ausnahme, sondern entsprechen oft dem europäischen Durchschnitt. Es gibt also weniger ein spezielles französisches Problem als vielmehr eine deutsche Ausnahmestellung in Europa. Drittens darf der Fokus auf die zurzeit überwiegend diskutierten Schwächen nicht die vorhandenen Stärken verdecken. Sonst wäre kaum erklärbar, dass Frankreich nach wie vor die fünftstärkste Ökonomie und das fünftstärkste Exportland der Welt ist und in Europa (nach Deutschland) den zweiten Platz einnimmt. Ähnliches gilt für die bislang ungebrochene Attraktivität Frankreichs für ausländische Direktinvestitionen.

Ein nüchterner Blick auf Frankreichs Position in der Globalisierung muss sich also auf die fundamentalen, strukturellen Stärken und Schwächen des Nachbarn konzentrieren. Dies soll im Folgenden versucht werden.⁷

ÖKONOMISCHE STÄRKEN UND SCHWÄCHEN

Das Erbe des Staats-Kapitalismus

Frankreich war nach 1945 das herausragende Beispiel eines „etatistischen“, d. h. staatlich gelenkten Wirtschaftsmodells. Dies lag daran, dass das Land in seiner wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung stark hinter seinen Nachbarn zurückgeblieben war. Die Aufgabe, diesen Rückstand aufzuholen und die Modernisierung des Landes gezielt voranzutreiben, wurde dem Staat anvertraut. Dieser verfügte über zahlreiche Instrumente: nationalisierter Bankensektor, sektorale Investitionsplanung, Protektionismus,

ausgedehnte Preiskontrollen, Kreditsteuerung, Industriepolitik usw. Allerdings setzte schon mit Beginn der europäischen Integration 1958 ein spürbarer Wandel ein. Spätestens seit den 1980er-Jahren hat sich Frankreich liberalisiert und sich dem Leitbild einer sozialen, regulierten, offenen Marktwirtschaft verschrieben. Damit hat es sich ordnungspolitisch dem deutschen Wirtschaftsmodell angenähert.⁸

Dennoch bleibt der Staatseinfluss auf die Wirtschaft weiterhin hoch. In gewissem Widerspruch zu der erfolgten Liberalisierung sind die Diskurse (und die Erwartungen der Wähler) weiterhin interventionistisch geprägt. Dies schlägt sich auch in einer Staatsquote (Anteil der öffentlichen Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt) nieder, die mit 56,6 % (2011) innerhalb der OECD nur noch von Dänemark übertroffen wird. Entsprechend zählt auch die Abgabenquote (Anteil der Steuern und Abgaben am Bruttoinlandsprodukt) mit 42,2 % zu den höchsten im Rahmen der OECD. Der öffentliche Sektor im weiten Sinne (Staat, Gebietskörperschaften, Sozialversicherung, Krankenhäuser, öffentliche Unternehmen) ist sehr umfangreich und beschäftigt mit 6,4 Millionen Personen jeden vierten Franzosen.

Die Folgen sind zwiespältig. Zwar vermag der hohe Anteil des öffentlichen Sektors Krisenfolgen abzumildern und hat insofern eine stabilisierende Wirkung auf die wirtschaftliche Entwicklung. Auch die Fähigkeit, rasch auf Krisen reagieren zu können, ist angesichts der vorhandenen Steuerungsinstrumente des Staates relativ hoch. So kam Frankreich in der weltweiten Krise 2008/09 verhältnismäßig glimpflich davon: Das Inlandsprodukt schrumpfte „nur“ um 3,1 % gegenüber 5,1 % in Deutschland. „Das letzte noch aufrechte Modell ist Frankreich“, kommentierte seinerzeit das US-Magazin Newsweek am 19. Januar 2009. Die Euphorie war allerdings nur von kurzer Dauer, weil die Kehrseiten des französischen Wirtschaftsmodells nicht zu übersehen waren: Der schwergewichtige öffentliche Sektor produziert Kosten, die nicht durch Einnahmen gedeckt sind und damit zu einer wachsenden Schuldenlast beigetragen haben. Darüber hinaus ist die Abgabenbelastung für Bürger und vor allem die Unternehmen ständig gestiegen, was ihre Kosten, Ertragslage

und preisliche Wettbewerbsfähigkeit zunehmend beeinträchtigt hat. Sinnvolle und notwendige Anpassungen des öffentlichen Dienstes, etwa durch eine Staats- und Verwaltungsreform, sind immer wieder durch starre Regelungen und durch den starken Widerstand der Gewerkschaften verhindert worden. Bis 2008 ist die Zahl der öffentlich Beschäftigten unaufhaltsam gestiegen, bevor Präsident Sarkozy erstmals die Zahl der Beamten um 150.000 innerhalb von fünf Jahren gesenkt hat. Zwar hat François Hollande diese unpopuläre Politik nach seiner Wahl 2012 umgehend gestoppt, aber auch er sieht sich dem gewaltigen Problem gegenüber, die öffentlichen Ausgaben strukturell zu senken und die schwerfälligen Verwaltungsstrukturen zu vereinfachen. Der Präsident hat daher, wie schon sein Vorgänger, eine durchgreifende Staats- und Verwaltungsreform und eine Durchforstung der zahlreichen öffentlichen Ausgabenprogramme auf die Tagesordnung gesetzt. Dies ist auf Dauer unumgänglich, um die Handlungsfähigkeit und Finanzierbarkeit des Staates zu erhalten.

Grenzen der Nachfragepolitik

Das französische Wachstumsmodell basiert im Wesentlichen auf einer – durch kreditfinanzierte staatliche Impulse genährten – Dynamik der Binnennachfrage. Bis in die jüngste Zeit hat dieser nachfrageorientierte, keynesianische Grundansatz die französische Wirtschaftspolitik geprägt. In die gleiche Richtung gingen eine eher expansive Lohnpolitik, eine Beschäftigungspolitik, die sich auf die Schaffung von öffentlich finanzierten Arbeitsplätzen in wenig produktiven Sektoren (Dienstleistungen an Haushalte, öffentlicher Sektor) konzentrierte, und das ausgedehnte System der sozialen Sicherung. Dieser Kurs hat lange Zeit eine dynamische Binnennachfrage gefördert, das Wachstum stimuliert und, wie gesehen, die Folgen der weltweiten Wirtschaftskrise 2008/09 gemildert. Das Problem dabei ist, dass die Rezepte von Keynes immer nur halb angewandt worden sind: In wachstumsschwachen Jahren wurden defizitfinanzierte Konjunkturprogramme aufgelegt, aber in den Wachstumsperioden wurden die Defizite nicht zurückgefahren. Im Ergebnis ging der öffentliche Schuldenstand in die Höhe, trotz

einer gestiegenen Abgabenlast, die den Kostendruck auf die Unternehmen erhöht und ihre Gewinne, ihre Investitionen und ihre Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt hat. Ferner ist die Stimulierung der Binnennachfrage aufgrund der Wettbewerbsschwächen der französischen Unternehmen nur bedingt wirksam: Wenn die französischen Produkte nicht attraktiv genug sind, kaufen die Konsumenten eher bei der Konkurrenz, was dann die Importe, nicht aber die Produktion und das Wachstum in Frankreich anregt.

Fazit: Frankreich hat heute in erster Linie kein Nachfrage-, sondern ein Angebotsproblem. Künftiges Wachstum wird sich stärker als bisher auf eine Angebotspolitik stützen müssen, die über die Förderung von Bildung und Ausbildung, Forschung und Entwicklung sowie Innovationen und Investitionen die qualitative Wettbewerbsfähigkeit und damit das Wachstumspotenzial Frankreichs erhöht. Nur zögernd hat sich die französische Wirtschaftspolitik in diese Richtung bewegt und erst Anfang 2014 die Notwendigkeit einer neuen Angebotspolitik offen anerkannt.

Sozialstaat: großzügig, aber defizitär

Frankreich verfügt über ein weit gespanntes Netz der sozialen Sicherung (Sécurité sociale) das parteiübergreifend als wesentlicher Teil des französischen Sozialmodells angesehen und verteidigt wird. Die Sozialquote (Anteil der Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt) ist mit 32 % im Vergleich mit den übrigen Ländern der Eurozone (26,5 %) sehr hoch. Die schrittweise ausgebaute, nach allen internationalen Standards durchweg großzügige soziale Absicherung aller Franzosen hat ihren Teil zur Wachstumsdynamik und zur Vermeidung bzw. Begrenzung von Armut geleistet. Eine Besonderheit ist die seit den 1930er-Jahren begonnene Politik zugunsten der Familien, die seither konstant verfolgt wurde und viele Facetten umfasst (Familienbeihilfen als Leistung der Sozialversicherung, familienfreundliches Einkommensteuerrecht, Ausbau frühkindlicher Betreuung, Ganztagschulen, usw.). Dies hat die Erwerbstätigkeit der Frauen nachhaltig gefördert, die Entwicklung von Kinderarmut erfolgreich be-

kämpft und ist eine wesentliche Ursache für die relativ günstige demographische Situation Frankreichs: Die Bevölkerungsdynamik ist die stärkste in Europa, was sich positiv auf das Wachstumspotenzial der französischen Wirtschaft auswirken dürfte.

Aber die Finanzierung der Sozialversicherung ist aus dem Ruder geraten. Die Kranken-, Renten-, Arbeitslosenversicherung sowie das System der Familienbeihilfen weisen hohe Defizite aus. Die staatliche Politik hält am Modell einer öffentlich finanzierten und organisierten „Sozialversicherung für alle Franzosen“ fest und lehnt privatwirtschaftliche Vorsorgemodelle bzw. Zusatzversicherungen ab. Da sie aber die bereits sehr hohe Abgabenbelastung nicht noch weiter nach oben schrauben will, sind Reformen der sozialen Sicherungssysteme unvermeidlich geworden. Dies ist in mehreren Etappen in der Rentenversicherung erfolgt, um diese auf den wachsenden Anteil alter Menschen in den kommenden Jahrzehnten vorzubereiten. In der Krankenversicherung ist die Anpassung über vermehrte Leistungseinschränkungen und Zahlungen der Versicherten erfolgt, die für Letztere aber teilweise durch Zusatzversicherungen wieder aufgefangen werden können. Insgesamt reichen diese Maßnahmen alleine nicht aus; eine Reform der Finanzierung der Sozialversicherung steht auf der Tagesordnung. Im Kern geht es darum, die Sozialabgaben, die den Faktor Arbeit und damit die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen belasten, zu senken oder jedenfalls stabil zu halten. Dafür müssten vermehrt der Verbrauch oder andere Einkommensarten als die Löhne besteuert werden (Erhöhung der Mehrwertsteuer oder der Sozialversicherungssteuer, Einführung einer Ökosteuer). Aber auch um Einschnitte in das Leistungssystem wird man auf die Dauer vermutlich nicht herumkommen.⁹

Wettbewerbsfähigkeit:

Licht und Schatten

Seit den 1970er-Jahren kann man Frankreichs außenwirtschaftliche Position als ambivalent bezeichnen: Sie ist schwächer als die dominanten Ökonomien wie Deutschland, die USA (oder zeitweise Japan), aber stärker als die übrigen Volkswirtschaften etwa Südeuropas.

Daran hat sich, trotz zwischenzeitlich ehrgeiziger industriepolitischer Anstrengungen, nichts Wesentliches geändert. Nach zwischenzeitlichen Erfolgen hat sich die Handelsbilanz Frankreichs seit 2000 ständig verschlechtert und weist seit 2004 permanent rote Zahlen auf. Im internationalen Wettbewerb, aber auch innerhalb der Europäischen Union sind die Marktanteile der französischen Exportindustrie zurückgegangen. Zwischen 2000 und 2010 sank der Anteil Frankreichs an den Gesamtexporten der Eurozone um 3,6 Punkte. Ein weiteres Problem ist der relative und absolute Bedeutungsverlust der Industrie. Der Anteil der Industrie an der französischen Wertschöpfung ist gesunken, und zwar stärker als in allen anderen europäischen Ländern; in den vergangenen zehn Jahren sind ca. 700.000 industrielle Arbeitsplätze verloren gegangen. Dieser als „Entindustrialisierung“ beklagte Trend nagt am Anspruch Frankreichs, über eine starke, breit aufgestellte, diversifizierte Industriestruktur zu verfügen.

Dabei gerät oft in den Hintergrund, dass die französische Wirtschaft über zahlreiche Stärken verfügt, die in einem Sachverständigenbericht zur Situation der Industrie wie folgt beschrieben werden: Frankreich ist „gemeinsam mit den Vereinigten Staaten und Deutschland eines der drei Länder, die eine starke Automobilindustrie und eine mächtige Luftfahrtindustrie unterhalten; diese zwei Branchen haben eine strukturierende Wirkung auf die Gesamtheit der Industrie. Frankreich ist Marktführer im Kernkraftsektor und gut aufgestellt in anderen strukturbestimmenden Industriezweigen wie dem Hoch- und Tiefbau, der Wasserversorgung, der Müllbeseitigung, dem Eisenbahnbau oder der Nahrungsmittelindustrie.“¹⁰ In der Rangliste der 500 weltweit größten Unternehmensgruppen sind französische Konzerne mit 40 (gegenüber 39 für Deutschland und 26 für Großbritannien) ebenfalls gut vertreten. Eine Reihe von Unternehmen sind unter den Weltmarktführern: Danone (Lebensmittel), Veolia (kommunale Dienstleistungen), LVMH (Luxusgüter), L'Oréal (Kosmetik), Alstom (Schienenfahrzeugbau), Decaux (Werbung), EDF (Energie) und viele andere. Frankreich ist ferner, neben den USA und Großbritannien, weltweit einer der größten Exporteure von Dienstleistungen

und weist dort eine Reihe von Stärken auf (Banken, kommunale Dienstleistungen, Hypermärkte, Tourismus, Filmindustrie u. a.).

Auf der anderen Seite sind die strukturellen Schwächen nicht zu übersehen. Erstens steht die gute internationale Präsenz französischer Großunternehmen in einem eigentümlichen Kontrast zur notorischen Schwäche im Bereich mittlerer Unternehmen. Das Fehlen eines leistungs- und exportstarken selbständigen Mittelstands in der Unternehmenslandschaft – Ergebnis einer jahrzehntelangen, einseitig auf die Großunternehmen konzentrierten Industriepolitik – ist mittlerweile ein Dauerthema in der französischen Debatte. Die Folge: Die Zahl der exportierenden Unternehmen ist mit 95.300 nur halb so groß wie in Italien und beträgt nur ein gutes Viertel der deutschen Exporteure (364.000; Zahlen für 2008), davon realisiert 1 % an die 70 % des gesamten Ausfuhrhandels.¹¹ Zweitens führen die hohen Lohnnebenkosten – die Steuer- und Abgabenlast der französischen Unternehmen betrug 2008 im Durchschnitt 14,5 % ihrer Wertschöpfung, was einen europäischen Spitzenwert darstellt und doppelt so hoch war wie in Deutschland (7,8 %) – zu geringeren Gewinnspannen der französischen Unternehmen als in fast allen anderen europäischen Ländern, was ihre Möglichkeiten zu Investitionen begrenzt.¹² Dies führt auch, drittens, zu Defiziten in der Innovationsfähigkeit. Seit Ende der 1990er-Jahre stagniert der Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) an der Wirtschaftsleistung und erreichte 2009 2,21 %, während er sich in Deutschland im gleichen Zeitraum von 2,19 % (1996) auf 2,78 % gesteigert hat. Es sind dabei vor allem die sehr geringen unternehmerischen FuE-Aufwendungen, die den Unterschied ausmachen. Dies hat Auswirkungen auf die qualitative Wettbewerbsfähigkeit der französischen Unternehmen im globalen Wettbewerb: Die Produktpalette der französischen Firmen ist nicht ausreichend auf hochwertige Qualitätsprodukte konzentriert, für die man höhere Preise verlangen und damit höhere Erlöse erzielen kann. Das macht die französische Exportindustrie anfälliger für die (weltweit verschärfte) Preiskonkurrenz. Ferner sind sie zu wenig an den weltweiten Wachstumsmärkten außerhalb Europas präsent.

EINE NEUE REFORMPOLITIK?

Mit der Verschärfung der wirtschaftlichen Lage der letzten Jahre sind die aufgezeigten strukturellen Probleme in den Vordergrund getreten, allen voran die Schuldenkrise und die Schwächen der Wettbewerbsfähigkeit. Sie haben das Land vor erhebliche Anpassungs- und Reformzwänge gestellt. Doch obwohl die Probleme und auch teilweise die möglichen Lösungen seit geraumer Zeit bekannt sind, hat die Politik nur sehr zögerlich reagiert. Zwar sind in den vergangenen Jahren durchaus wichtige Reformen verabschiedet worden, etwa die Rentenreform (2009), die Verbesserung der Innovations- und Forschungsförderung, die Förderung regionaler Cluster, die Einrichtung der Mittelstandsbank (2005), eines Strategischen Investitionsfonds (2009) und einer nationalen Anleihe in Höhe von 35 Mrd. Euro zur Finanzierung von Zukunftsprojekten (2009). Aber diese Reformen blieben Stückwerk und ließen eine übergreifende Handschrift vermissen. So blieb gerade die Bilanz von Präsident Nicolas Sarkozy (2007-12), der mit dem expliziten Anspruch angetreten war, Frankreich durch Reformen grundlegend zu verändern, trotz mancher zunächst viel versprechender Ansätze enttäuschend.¹³

Der sozialistische Präsident Hollande setzte zunächst, in offensichtlicher Unterschätzung der Problemlage, wirtschaftspolitische Akzente, die den notwendigen Reformen zuwiderliefen (teilweise Zurücknahme der Rentenreform, Stopp des Stellenabbaus im öffentlichen Dienst, weitere Steuer- und Abgabenerhöhungen). Als aber die Kluft zwischen den von ihm geweckten Erwartungen und der Realität der Krise immer größer wurde, begann der Präsident Ende 2012 umzusteuern. Zum einen legte er sich auf den Kurs der Haushaltskonsolidierung fest und kündigte überdies an, bis 2017 die öffentlichen Ausgaben um mehr als 50 Mrd. senken zu wollen. Zum zweiten legte die Regierung am 6. November 2012 einen „Nationalen Pakt für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ vor, der nicht weniger als 35 Einzelmaßnahmen enthält. Damit wurden Konturen einer neuen Angebotspolitik sichtbar, die die Unternehmen entlasten, ihre Innovationsfähigkeit fördern, ihr steuerliches Umfeld stabilisie-

ren, die Anpassungsfähigkeit der Unternehmen und der Arbeitnehmer stärken und mehr kooperative Strukturen fördern wollte. Darüber erreichte die Regierung, dass die Sozialpartner sich in Verhandlungen über eine Reform des verkrusteten Arbeitsmarktes einigten, die dann vom Parlament im Frühjahr 2013 bestätigt wurde.¹⁴

Erst im Januar 2014 bekannte sich allerdings Präsident Hollande offensiv zu dieser neuen Reform- und Angebotspolitik und schlug den Unternehmen einen „Verantwortungspakt“ (Pacte de responsabilité) vor: Weitere Entlastungen der Unternehmen von Sozialabgaben (zusammen mit den Maßnahmen 2012 handelt es sich um 35 Mrd. Euro), keine weiteren Steuer- und Abgabenbelastungen, weniger bürokratische Hürden für Unternehmen. Dafür sollen sich die Unternehmen zu Gegenleistungen in Form von Ausbildungsverträgen, Arbeitsplätzen und stärkerer Einbeziehung der Arbeitnehmervertretungen bereit erklären.

Dies ist ein mutiger Schritt angesichts der im Linken- und im Gewerkschaftsmilieu weit verbreiteten Ablehnung jeglicher „Geschenke an die Unternehmer“. Es ist noch zu früh, um abzuschätzen, ob mit diesen Ankündigungen wirklich eine wirtschaftspolitische Wende eingeleitet worden ist. Dennoch: Der nunmehr eingeschlagene Weg weist in die richtige Richtung, weil er an wesentlichen Schwächen der Wirtschaft ansetzt. Es wird nunmehr darauf ankommen, die Ankündigungen Schritt für Schritt umzusetzen und gegenüber dem zu erwartenden heftigen politischen Widerstand nicht einzuknicken.

Der Weg aus der Krise kann gelingen, denn wie beschrieben, weist Frankreichs Wirtschaft auch eine Reihe von Stärken auf, die bei den Krisendiskussionen leicht aus dem Blickwinkel geraten. Frankreich hat es selbst in der Hand, seine Position in der Weltwirtschaft zu konsolidieren und noch stärker als bisher die Chancen der Globalisierung zu nutzen. Dabei können, so formuliert es das Wirtschaftsforschungsinstitut Coe-Rexecode, „einige der bisherigen Schwächen [...] zu wirklichen Chancen werden, vorausgesetzt natürlich, dass die notwendigen Reformen weiter verfolgt, verstärkt und umgesetzt werden.“¹⁵

|| PROF. DR. HENRIK UTERWEDDE

Stellvertretender Direktor des Deutsch-Französischen Instituts (dfi), Ludwigsburg

ANMERKUNGEN

- ¹ Vgl. Uterwedde, Henrik: Ende der Divergenzen? Perspektiven der deutschen und der französischen Wirtschaftspolitik, DGAPanalyse 11, 4.11.2013, <https://dgap.org/de/think-tank/publikationen/dgap-analyse/ende-der-divergenzen>, Stand: 30.1.2014.
- ² Sciences Po / Cevipof: Baromètre de la confiance politique, vague 5/2014.
- ³ La France et l'Europe dans le monde. Livre blanc sur la politique étrangère et européenne de la France, 2008-2020, Paris 2008 (Übersetzung des Autors).
- ⁴ Vgl. dazu mit vielen Beispielen Uterwedde, Henrik: Vorbild oder unbequemer Nachbar? Die deutsche Wirtschaftspolitik aus französischer Sicht, in: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 115/2008, S. 57-62, <http://www.ludwig-erhard-stiftung.de/files/orientierungen115.pdf>, Stand: 30.1.2014.
- ⁵ Vgl. z. B. die kritische Auseinandersetzung des Wirtschaftsjournalisten Duval, Guillaume mit dem „deutschen Modell“: Made in Germany. Le modèle allemand au-delà des mythes, Paris 2013. Zu einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Thema „Deutsches Europa“ vgl. Uterwedde, Henrik: L'Europe allemande, mythe ou réalité?, in: Allemagne d'aujourd'hui 199/2012, S. 51-60.
- ⁶ Vgl. dazu Mistral, Jacques: Frankreich, der außenwirtschaftliche Druck und Europa, in: Frankreich Jahrbuch 2008, hrsg. vom Deutsch-Französischen Institut, Wiesbaden 2009, S. 51-67, hier S. 52 f.
- ⁷ Der folgende Abschnitt lehnt sich in seiner Argumentation an eine frühere Bestandsaufnahme des Autors an. Vgl. Uterwedde, Henrik: Frankreich: Grundlagen der Grandeur, in: Außenpolitik in der Wirtschafts- und Finanzkrise, Jahrbuch Internationale Politik Nr. 29, hrsg. von Josef Braml u. a., München 2012, S. 137-146; vgl. auch Uterwedde, Henrik: Frankreichs Wirtschaft. Potenziale und Herausforderungen, in: Politische Studien 447/2013, S. 60-70.
- ⁸ Vgl. dazu Uterwedde, Henrik: Zwischen Staat und Markt. Frankreichs Wirtschaftssystem im Wandel, in: Länderbericht Frankreich, hrsg. von Adolf Kimmel und Henrik Uterwedde, Bonn 2012, S. 172-190.
- ⁹ Vgl. zur Sozialen Sicherung Grillmayer, Dominik: Frankreichs Wohlfahrtsstaat im Umbruch, in: Länderbericht Frankreich, hrsg. von Adolf Kimmel und Henrik Uterwedde, Bonn 2012, S. 222-223.
- ¹⁰ Etats généraux de l'industrie française. Bilan de la concertation. Rapport final, Paris 2010, S. 30 (Übersetzung des Autors).

- ¹¹ Crédit Agricole, Perspectives France, 31.1.2012, S. 6.
- ¹² COE-Rexecode: Mettre un terme à la divergence de compétitivité entre la France et l'Allemagne, Paris 2011, S. 146.
- ¹³ Zur Politik Sarkozys vgl. Uterwedde, Henrik: Sarkozys Wirtschafts- und Sozialreformen. Eine Zwischenbilanz, in: Aktuelle Frankreich-Analysen 22/2009.
- ¹⁴ Ausführlich zur neuen Politik vgl. Uterwedde, Henrik: Frankreichs schwieriger Weg aus der Krise, in: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 137/2013, S. 46-52, http://www.ludwig-erhard-stiftung.de/files/orientierungen_137_kl123.pdf, Stand: 30.1.2014; zu den 2014 angekündigten Maßnahmen vgl. Artus, Patrick: France: les grandes lignes du „Pacte de Responsabilité“, in: Special Report 5/2014.
- ¹⁵ Coe-Rexecode: Faiblesses et atouts de la France dans la zone euro. Le défi de la reconvergence, Paris 2012, S. 2.

FRANKREICHS EUROPAPOLITIK: WIE PHOENIX AUS DER ASCHE?

GISELA MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET || Die Gestaltungsmacht, die Frankreich traditionell im integrierten Europa ausübt, ist unter Präsident Chirac markant gesunken. Vielfältige Faktoren wie Frankreichs sinkendes internationales Gewicht und die Eurokrise haben diese Entwicklung unter Sarkozy weiter beschleunigt. Doch im Januar 2014 hat Staatspräsident Hollande einen spektakulären Kurswechsel angekündigt. Was hat ihn dazu veranlasst? Werden der EU damit neue Horizonte eröffnet?

FRANKREICH, SEINE INTERNATIONALE ROLLE UND EUROPA

In einem Band, der „Frankreichs Grandeur – einst und jetzt“ zum Thema hat, darf ein Beitrag über die Europapolitik unseres linksrheinischen Nachbarn keinesfalls fehlen. Denn Frankreichs „Grandeur“ oder besser sein Bild von sich selbst wies schon immer einen starken Bezug zum europäischen Einigungsprozess auf. Frankreich stand nicht nur von Anbeginn im Zentrum dieses europäischen Projektes, sondern es verfolgte damit auch zwei klar erkennbare Zielsetzungen. Zum einen sollte das tatkräftig von Frankreich geförderte Integrationsunterfangen dem Kontinent nach Ende des Zweiten Weltkriegs Frieden, Sicherheit und Wohlstand beschaffen, was zwangsläufig auch eine breit angelegte Kontrolle über den deutschen Weststaat via multipler kooperativer Einbindung implizierte. Zum zweiten verfolgte Frankreich in seiner (zumeist) sehr engagierten Europapolitik¹ parallel stets auch den Plan, mittels des Einigungsprojektes seine internationale Bedeutung, seine Rolle und seinen Rang in der Welt abzusichern. Diese beruhten auf dem Status als (ehemalige) Welt- und Kolonialmacht sowie als Siegermacht des Zweiten Weltkriegs, als Ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats und als Atommacht. Aus dieser zweiten Zielsetzung

erwuchs Frankreich oft der Vorwurf, den Integrationsprozess zur eigenen Macht- und Einflusswahrung zu instrumentalisieren.

Es darf aber nicht vergessen werden, dass Frankreichs überaus hartnäckige Verteidigung seiner Rolle und seines Rangs sich aus dem Selbstverständnis speist, eine ganz besondere Aufgabe in der Welt erfüllen zu müssen. In der Tat ist Frankreich trotz der gravierenden Machtverschiebungen, die sich in den vergangenen Jahrzehnten in der Weltpolitik ergeben haben, einem gewissen Bild von sich selbst treu geblieben, dem Bild einer Nation, die eine Mission, eine „vocation“ zu erfüllen hat. Diese Mission, die lange Zeit den Kern der inzwischen deutlich verblassten sog. „exception française“² ausmachte, besteht in der Verantwortung der Heimat der Menschen- und Bürgerrechte, zur Zivilisierung der Welt beizutragen, d. h. für die Durchsetzung und Weiterentwicklung des Völkerrechts und die Respektierung der Menschenrechte einzutreten. Nachdem das Ende des Ost-West-Konfliktes zumindest ansatzweise das prinzipien- und verantwortungslose, schädliche Lagerdenken obsolet hat werden lassen, trat dieses Merkmal französischer Außenpolitik immer deutlicher zu Tage. So sind viele markante außenpolitische Entscheidungen Frankreichs der jüngeren Zeit dieser als Vermächtnis der großen

Revolution von 1789 entstammenden Selbstperzeption zuzurechnen. Konkret kann hier auf den Widerstand Chiracs 2002/2003 verwiesen werden, der sich im Kontext des Irak-Kriegs gegen die Übergehung der UN zur Wehr setzte, auf das Agieren Sarkozys im Georgien-Krieg von 2008 sowie vor allem auf sein Engagement in Libyen 2011, das der Durchsetzung des Konzepts der Responsibility to Protect (R2P) diene.

Mit Blick auf Hollandes Amtszeit sind seine klaren Positionierungen im Falle der syrischen Chemiewaffen, die er hart geächtet sehen wollte, sowie bei den jüngsten Verhandlungen zum Atomprogramm des Iran zu nennen. Und selbstredend stechen seine Entscheidungen ins Auge, sowohl in Mali (Januar 2013) als auch in der Zentralafrikanischen Republik (Dezember 2013) zu intervenieren, zum Schutz der Zivilbevölkerung im Sinne der R2P und zur Verhinderung gravierender Menschenrechtsverbrechen, wenn nicht gar eines Völkermordes. In nicht zu überbietender Klarheit gab der Staatspräsident seinem Verständnis von Frankreichs Rolle in der Welt anlässlich eines Truppenbesuchs in Mali Ausdruck; Frankreich, so Hollande, habe eine Mission zu erfüllen. „Frankreich ist nicht ein Land, das auf sich bezogen ist und nur seine Unabhängigkeit gewährleisten muss. [...] Es ist ein Land, das eine Botschaft an die Welt zu richten hat, ein Land, das Werte, Prinzipien und internationalen Einfluss hat.“³

Inwiefern dieses Festhalten an und Anspruch auf eine „vocation française“ den jüngsten Politikwechsel Hollandes mitverursacht hat, gilt es später zu diskutieren. Die These aber lautet, dass Frankreichs internationaler Machtanspruch nach wie vor eine äußerst wichtige Hintergrundfolie für sein Agieren in Europa darstellt. Zweifelsohne haben Frankreichs Fähigkeiten, dem selbstgestellten Anspruch gerecht zu werden und Rolle und Rang zu verteidigen, im Zeitverlauf kontinuierlich abgenommen. Dabei ist ein deutliches Auseinanderklaffen zwischen Anspruch und Wirklichkeit nicht neu; schließlich bezeichnet Ernst Weisenfeld Charles de Gaulle genau deshalb als „Magier im Elysée“ (1990), weil er diese Diskrepanz so meisterlich zu überspielen vermochte. Aber nicht alle Hausherren des Elysée waren oder sind Magier, und

vor allem in den letzten Jahren sind die wirtschaftlichen und finanziellen Grundlagen, die eine herausgehobene internationale Rolle materiell unterfüttern könnten, weiter erodiert. Weil aber „Frankreichs globaler Geltungsanspruch [...] bis heute innenpolitisch als sakrosankt“ gilt,⁴ ist der europäische Kontext immer wichtiger geworden; denn nur im Rahmen eines starken Europa hat Frankreich heute eine Chance, Restbestände seines besonderen Ranges auf internationaler Bühne aufrecht zu erhalten. Dazu ist aber notwendig, dass Frankreich in Europa zu den politisch und wirtschaftlich stärksten Staaten zählt, was letzthin nicht mehr der Fall war / ist.

Es ist hier nicht der Ort, detailliert und wissenschaftlich fundiert den französischen Beitrag zum europäischen Projekt daraufhin zu untersuchen, wie Paris im Zeitverlauf versuchte, das Integrationsprojekt so zu stärken, dass es als Plattform und Verstärker der eigenen Rolle in der Welt dienen kann. Insbesondere kann keine systematische Analyse dazu vorgelegt werden, wie Frankreich die Realisierung des eigenen Leitbilds einer „Europe puissance“, d. h. eines auch sicherheits- und verteidigungspolitisch autonom handlungsfähigen, integrierten Europa vorangetrieben hat. Vielmehr soll eine rekonstruktive Analyse zur französischen Europapolitik seit Mitte der 1990er-Jahre vorgelegt werden, die – ohne den Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben – den eingangs angesprochenen Gestaltungsverlust auszuleuchten versucht und den Brückenschlag zwischen Europa- und Außenpolitik wagt.

DER TIEFSTAND FRANZÖSISCHER EUROPAPOLITIK UNTER JACQUES CHIRAC

Nachfolgende Analyse setzt mit der doppelten Präsidentschaft Jacques Chiracs (1995-2007) ein,⁵ in deren Verlauf ein Tiefststand französischer Europapolitik eintrat. Diese These, die es vergleichsweise ausführlich zu belegen gilt, unterstellt, dass mit den Antworten der Europäer und somit auch Frankreichs auf den Fall der Berliner Mauer und die deutsche Einheit, auf den Kollaps der UdSSR und das Ende des Kalten Kriegs der Höhepunkt und die Glanzzeit bisheriger Europapolitik erreicht war. In der Tat konnte damals in kurzer Zeit sehr Beachtli-

ches realisiert werden; mit Maastricht wurden die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) und die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) auf die Gleise gesetzt, die neugeschaffene EU institutionell gestärkt und 1993 mit den Kopenhagener Kriterien die Bedingungen der sich abzeichnenden EU-Osterweiterung gesetzt.

Seither aber sehen manche Autoren die EU in einer latenten Krise. Vor allem wird die flagrante Visionslosigkeit beklagt, die die Integrationsgemeinschaft und ihre wichtigsten Entscheidungsträger seither kennzeichnet. Nach Maastricht habe Europa kein neues, identitätsstiftendes Projekt mehr entwickelt. Mit Blick auf François Mitterrand ist von den „goldenen Jahren der Integration“ die Rede.⁶ In der Tat war Mitterrand – zumindest nach seiner radikalen wirtschaftspolitischen Kehrtwende von 1983 – ein wichtiger Baumeister der EU. Außerdem sah der strategisch denkende Präsident den bedeutenden Macht- und Einflussverlust voraus, den die Zeitenwende für Frankreich bedeutete. Diesen versuchte er unter anderem durch eine substantielle Vertiefung der europäischen Integration, die das vereinte Deutschland stärker einbinden sollte, auszugleichen. Kurz: Mitterrands Europapolitik stellt für seine Nachfolger die Referenz dar, an der sie sich messen lassen müssen.

Chiracs Habenseite

Zunächst ist anzumerken, dass trotz der oben zitierten Klage über die Stagnation des europäischen Projektes auch nach Maastricht noch substantielle Integrationsfortschritte erzielt werden konnten. Dies setzt zwangsläufig sowohl Frankreichs Einverständnis als auch ein zumindest passables Funktionieren des deutsch-französischen „Motors der Integration“ voraus. So wurde der Kraftakt der Osterweiterung erfolgreich gemeistert, obwohl sie nicht zu Frankreichs oberster Priorität zählte. Bei den institutionellen Reformen aber, die im Vorfeld der Osterweiterung notwendig waren, spielte Chirac während der Regierungskonferenzen von Amsterdam (1997) und Nizza (2000) eine wenig konstruktive Rolle. Die von ihm angestrebte Neuwägung der Stimmen im Rat, die er angesichts des absehbaren Beitritts zahlreicher mittlerer und

kleiner Staaten zur Gewichts- und Einflusswahrung der Großen als notwendig erachtete, missglückte 1997 und führte 2000 zu einem deutsch-französischen Eklat, weil Chirac an der Stimmenparität aller sog. großen Mitgliedstaaten festhielt. Das vereinte Deutschland hätte aufgrund seiner deutlich größeren Bevölkerung besser gestellt werden müssen; in Nizza blieb es aber bei der Stimmparität.

Gleichwohl trug Chirac im Rahmen des deutsch-französischen Motors der Integration zu Fortschritten bei: 1997 zusammen mit Kanzler Kohl zum „Integrationsbeschleunigungsinstrument“ der verstärkten Zusammenarbeit (Modell der flexiblen Integration). Auch zur Schaffung des neuen Amtes des Hohen Vertreters für die GASP (HV), der der jungen Außenpolitik der EU Gesicht und Stimme verleihen sollte, trug Chirac wesentlich bei, wenngleich sein maximal intergouvernemental angelegter Vorschlag, den HV direkt dem Europäischen Rat zu unterstellen, sich nicht durchsetzte.⁷ Zweifelsohne war Chiracs wichtigstes Ziel die Schaffung einer „Europe puissance“, die sich perfekt mit der „vocation française“ verknüpfen ließ; dies aber – wie schon Mitterrand in Maastricht – mittels der intergouvernementalen, souveränitätsschonenden Methode erreichen zu wollen, veranschaulicht exemplarisch jenen typisch französischen Widerspruch, der „zwischen einem exzessiven Ehrgeiz für ein Europa, das man nicht nur stark, sondern auch unabhängig sehen möchte, und einer exzessiven Zurückhaltung, wenn es darum geht, Souveränitäten zu teilen“, besteht.⁸

Der wichtigste und progressivste Aspekt von Chiracs Europapolitik besteht in seinen zahlreichen Beiträgen zum 2002 beginnenden Verfassungsgebungsprozess der EU. Chirac brachte all diese Initiativen gemeinsam mit Kanzler Schröder ein. Seine Handschrift ist besonders deutlich im neuen Amt des „ständigen Präsidenten des Europäischen Rats“ zu erkennen, das erneut die intergouvernementale Seite im institutionellen Dreieck der EU stärkt. Im Gegenzug musste er die von Deutschland stark verfochtene substantielle Aufwertung und Neugestaltung des Amtes des Hohen Vertreters (HV) hinnehmen.⁹ Der erstaunlichste Positionswechsel in Chiracs Europapolitik aber ist in seiner Akzeptanz der sog. doppelten Mehrheit zu er-

kennen, die bei Mehrheitsbeschlüssen im Ministerrat zum Einsatz kommt: Wenn 55 % der EU-Staaten, die 65 % der EU-Bevölkerung vertreten, einer Vorlage zustimmen, ist sie Beschluss; diese Regelung hatte der 2002 eingesetzte „Konvent zur Zukunft der Europäischen Union“ erarbeitet. Damit wurde die noch in Nizza vehement verteidigte deutsch-französische Parität hinfällig, ein wahrer Tabubruch. Chirac äußerte sich dazu nur sehr lapidar: „Der Kompromiss [gemeint ist die Parität] stützte sich auf Kriterien der Vergangenheit. [...] Die Demokratie verlangt, dass der Bevölkerungszahl Rechnung getragen wird.“¹⁰

Höchst interessant ist, dass all diese deutsch-französischen Impulse, die sich weitestgehend im Lissabon-Vertrag wiederfinden und somit die EU-Gegenwart prägen, im Kontext des spektakulären Schulterschlusses erfolgten, den Chirac und Schröder 2002 vollzogen, um sich gegen die Kriegsabsichten der Angelsachsen gegen den Irak zur wehren. Konkret stemmten sie sich gegen die Mandatierung solch eines Kriegs durch den UN-Sicherheitsrat und damit gegen dessen Instrumentalisierung und Marginalisierung. Das Argument ist nun, dass Chirac nicht zuletzt deshalb all die weitreichenden EU-Innovationen zuließ, weil Schröder ihm dabei half, Frankreichs herausgehobene internationale Rolle als Ständiges Mitglied des Sicherheitsrates voll auszuspielen und damit erneut seinen Rang zu bewahren. Mithin stellt dieser Schulterschluss eine neue Variante der angesprochenen „Instrumentalisierung“ europapolitischer Zusammenhänge zu Frankreichs Gunsten dar – allerdings mit großem Mehrwert für Europa.

Chiracs sinkende europapolitische Gestaltungsmacht

Die Defizite der Chirac'schen Europapolitik sollen an zwei Aspekten festgemacht werden. So zeigte Chirac, der sich selbst als „Euro-Pragmatiker“ sah, aber wohl die Unumgänglichkeit Europas erkannt hatte,¹¹ keinerlei Interesse an einer Stärkung des politischen EU-Systems beispielsweise im Sinne einer Föderalisierung der EU mittels Aufwertung der supranationalen Institutionen Kommission und EP. Wohl deshalb unterließ es Chirac gleich zweimal, auf weitreichende deutsche Vorstöße konstruktiv zu ant-

worten. Angesprochen ist hier zum einen der Vorschlag von Wolfgang Schäuble und Karl Lamers aus dem Jahr 1994, im Vorfeld der Euro-Einführung ein „Kerneuropa“ zu schaffen. Dessen föderativen Grundgedanken jedoch lehnte Chirac vehement ab.¹² Als mit Joschka Fischers berühmter Humboldt-Rede vom Mai 2000 zur „Finalität der europäischen Integration“ von deutscher Seite erneut ein Vorstoß zur Föderalisierung der EU erfolgte, blieb Chirac wieder eine konstruktive Antwort schuldig. In seiner Rede vom 27. Juni 2000 vor dem deutschen Bundestag sprach er zwar von einem Avantgarde-Europa, de facto aber offerierte er keine tragfähige Integrationsperspektive.

Eine augenfällig gesunkene europapolitische Gestaltungsmacht hatte Chirac dann nach seiner verhängnisvollen Entscheidung hinzunehmen, den vom Verfassungskonvent erarbeiteten und vom Europäischen Rat im Juni 2004 angenommenen „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ (VVE) direkt vom Volk ratifizieren zu lassen.¹³ Das Referendum vom 29. Mai 2005 endete bekanntlich mit einer Ablehnung des VVE durch 54,8 Prozent der Franzosen bei nahezu 70-prozentiger Wahlbeteiligung – eine wahre Katastrophe. Damit war das politische Ende Chiracs gekommen, auch wenn er noch bis Mai 2007 amtierte – er wurde zur „lame duck“. So bleibt Chiracs gewichtigstes europapolitisches Vermächtnis ein doppeltes Versäumnis: Denn es ist ihm nicht gelungen, die nach Maastricht einsetzende sukzessive Distanzierung der Franzosen vom europäischen Einigungswerk zu überwinden und ein neues, parteiübergreifendes Bekenntnis zu Europa zu schaffen; vielmehr hat sein Referendumsbeschluss die europapolitische Spaltung des Landes weiter vertieft und somit die Erosion des permissiven (proeuropäischen) Konsensus befördert. Auch hat er zweimal föderalistische Avancen Deutschlands unbeantwortet gelassen.

FRANKREICHS EUROPAPOLITIK

UNTER SARKOZY:

AUSGEBREMST VON DER EURO-KRISE

Als Nicolas Sarkozy das Amt des Staatspräsidenten antrat, verkündete er noch am Wahlabend des 6. Mai 2007: „Heute Abend ist Frankreich in Europa zurück.“ Damit erhob der neue Präsident unmissverständlich einen Füh-

rungsanspruch. Zunächst jedoch stand er europapolitisch vor einer großen Herausforderung. So galt es, das sperrige Referendumsergebnis, Chiracs vergiftetes Vermächtnis, zu überwinden, damit Frankreich – nach zweijähriger weitgehender Absenz auf europäischer Bühne – seine angestammte und unverzichtbare Rolle als Integrationspromotor wieder ausfüllen konnte. Dies war zugleich die Voraussetzung dafür, dass Sarkozys außenpolitische Zielsetzung des Erhalts des Rangs Frankreichs in der Welt erreichbar würde – ein Ziel, das für Sarkozy unstrittig war.¹⁴

Sarkozys Führungsanspruch in Europa

Die europapolitischen Hürden nahm der ungewöhnlich energische, zupackende und temporeiche „speedy Sarko“ gleich zu Beginn seiner Amtszeit bravourös. Zunächst, zum Teil noch im Wahlkampf, entwickelte er ein neues europapolitisches Leitbild, das direkt an den offensichtlichsten Defiziten der EU ansetzte. Diesen setzte Sarkozy die Vision eines politischen, territorial begrenzten, schützenden und starken Europa, das die Globalisierung zu zähmen versteht, entgegen. Mit seinem neuen Leitbild konnte er seine Wähler überzeugen. Dies gab ihm die Chance, die maßgeblich von Frankreich ausgelöste europäische Blockade zu überwinden. Denn die EU bedurfte dringend neuer Vertragsgrundlagen. Sarkozy bekannte sich zu allen wesentlichen Neuerungen des VVE: zur doppelten Mehrheit unter Aufgabe der deutsch-französischen Parität ebenso wie zur substantiellen Aufwertung des EP und vielem mehr. Damit hat Sarkozy, Jahrgang 1955, der sich als „Europäer des Herzens, des Verstands und der Überzeugung“ bezeichnete,¹⁵ den traditionellen intergouvernementalen Reflex seiner Vorgänger weitgehend aufgegeben und den bereits mehrfach angesprochenen typisch französischen Widerspruch größtenteils überwunden.

Als der Europäische Rat sich 2006/2007 dazu entschloss, die Substanz des VVE weitestgehend erhalten zu wollen, ging Sarkozy sehr pragmatisch und taktisch hochversiert vor. Er wollte all die VVE-Innovationen mittels eines „traité simplifié“, eines vereinfachten Vertrages, erhalten, der eines zweiten Referendums in Frankreich nicht mehr bedürfe. Mit dieser europapolitischen List machte er de facto den Weg frei für

eine erfolgreiche Regierungskonferenz im Juni 2007 unter deutscher Ratspräsidentschaft. Insofern darf er nicht nur als erster wahrer Integrationist im Elysée gelten, sondern auch als maßgeblicher Architekt des Lissabon-Vertrags. Den von ihm ermöglichten Durchbruch hat Sarkozy selbstbewusst als „große[n] Erfolg für die deutsche Ratspräsidentschaft“ bezeichnet, um hinzu­fügen: „Er war ein Erfolg für Frankreich“¹⁶ – womit er vollkommen Recht hatte. Frankreich war also unübersehbar zurück in Europa, und Sarkozy vertrat unüberhörbar einen französischen Führungsanspruch. Das musste all jene freuen und beruhigen, die Helmut Schmidts berühmtes Diktum verinnerlicht haben: Ohne Frankreich ist alles nichts.

In der vergleichsweise kurzen Zeit, die ihm zur aktiven europapolitischen Gestaltung gegeben war, entfaltete Sarkozy zahlreiche Initiativen und Vorstöße; erwähnt sei hier nur sein heftig kritizierter „patriotisme économique“, der durch die Schaffung großer, international wettbewerbsfähiger „champions“ zur Selbstbehauptung Europas beitragen sollten. Im Gedächtnis geblieben ist weiterhin sein Projekt, eine von den EU-Anrainern, sprich von Frankreich dominierte „Union für das Mittelmeer“ zu schaffen. Diese als Affront gegen den seit 1995 laufenden Barcelona-Prozess sowie die von den nördlichen Mitgliedstaaten perzipierte Initiative konnte letztendlich noch zu einem EU-Gesamtprojekt umgebogen werden. Gleichwohl wurde sie allenthalben als rücksichtslose „Erneuerung des französischen Führungsanspruchs“ interpretiert; es wurde argumentiert, dass Frankreichs Rückkehr nach Europa „nicht notwendigerweise einen ‚europäischen Mehrwert‘“ besitze.¹⁷ Einen solchen erkennt die Verfasserin aber durchaus, nicht zuletzt mit Blick auf Frankreichs Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2008, als Sarkozy nicht nur tatkräftig zur Beilegung der Georgien-Krise beitrug, sondern auch für die europäische Migrationspolitik sowie für GASP und GSVP wichtige neue Impulse setzte.

Sarkozys Europapolitik im Würgegriff der Euro-Krise

Als die in den USA ausgelöste Finanzkrise ab Sommer 2008 massiv auf Europa überschwappte, reagierte Ratspräsident Sarkozy gewohnt zu-

packend und temporeich. Eurozonen-, G8- und G-20-Treffen jagten sich, um der Krise Herr zu werden. Dabei stieß Sarkozy auf eine zögerliche deutsche Kanzlerin, die das Ausmaß der Krise zunächst wohl nicht erkannte – was Sarkozy zu sarkastischen Sticheleien veranlasste: Frankreich handle, während Deutschland noch nachdenke.

Doch dann wuchs sich die internationale Finanzkrise zu einer europäischen Staatsschuldenkrise aus, die die EU und insbesondere die Eurozone in ihren Grundfesten erschütterte, so dass vorübergehend ein Scheitern des Euro nicht mehr ausgeschlossen werden konnte. Die Staats- und Regierungschefs der Eurozone traten in einen permanenten Krisenmanagement-Modus ein; sie erarbeiteten im Zeitraum 2009-2012 zahlreiche neue Regeln für die Euro-Governance, die letztendlich zu einer Stabilisierung der Währungsunion führten.

Im Verlauf dieses permanenten Krisenmanagements spielte Nicolas Sarkozy zusammen mit Angela Merkel eine überaus dominante Rolle, ihre Zusammenarbeit fiel während des Krisenhöhepunkts derart intensiv aus, dass man das deutsch-französische Tandem nur mehr als „Merkozy“ apostrophierte. Und Merkozy gab bei der Rettung des Euro unangefochten den Takt an. Doch als sich die wirtschaftliche Lage in Frankreich weiter eintrübte und im Februar 2012 die Bonität des Landes herabgestuft wurde, war es vorbei mit dem Krisenmanagement auf Augenhöhe zwischen Berlin und Paris. Es folgten zwei Jahre der eindeutigen deutschen Dominanz sowohl in den bilateralen Beziehungen als auch im Euro-Rettungskurs. Die in dieser Zeitspanne heftig geführte Debatte über die sog. deutsche Hegemonie zeigte beiden Hauptstädten und der gesamten EU die Destruktivität und Unerträglichkeit einer auf einen einzigen EU- bzw. Eurozonen-Mitgliedstaat konzentrierten Führungsrolle auf.¹⁸

EINE EUROPAPOLITISCHE RELANCE UNTER FRANÇOIS HOLLANDE?

Frankreichs Europapolitik und Einfluss auf das EU-Geschehen haben in den ersten eineinhalb Jahren der Präsidentschaft François Hollandes weiter abgenommen. Doch seit Januar 2014 sind die Weichen allem Anschein nach neu gestellt.

Hollandes schwieriges Debut in Europa

Hollands Europapolitik begann mit einer krachenden Niederlage. Hatte er im Wahlkampf noch publikumswirksam gefordert, den sehr weitreichenden Fiskalpakt vom Dezember 2011 durch Nachverhandlungen weniger austeritätsorientiert zu gestalten, so musste er bald klein begeben: Der Pakt wurde auch von Frankreich unverändert ratifiziert und trat im Januar 2013 in Kraft. Seine nachfolgenden Versuche, die südlichen, besonders krisengeschüttelten Euro-Staaten gegen das sog. „deutsche Spardiktat“ zu formieren, führten lediglich zu dem im Juni 2012 vereinbarten „Pakt für Wachstum und Beschäftigung“, der vorrangig die alarmierend hohe Jugendarbeitslosigkeit in den Krisenstaaten bekämpfen will. Zwar kam es im Kontext des ausgiebig gefeierten 50. Jahrestages des Elysée-Vertrags zu einigen französischen Vorschlägen, beispielsweise zur Einrichtung eines „gouvernement économique“ zur besseren Steuerung der Eurozone – eine wahrlich nicht neue Idee aus Paris – und am 30. Mai 2013 auch zu gemeinsamen deutsch-französischen Initiativen, die durchaus Weitreichendes beinhalteten. Doch angesichts weiter sinkender Wirtschaftsdaten mit steigender Arbeitslosigkeit, angesichts deutlicher, mit strengen Auflagen versehener Kritik aus Brüssel zu Frankreichs Budgetplanungen und angesichts der ins Bodenlose fallenden Umfragewerte des Präsidenten¹⁹ blieb Hollandes (Europa-)Politik weitgehend glücklos. Letztlich galt Frankreich als der „kranke Mann Europas“ – auch wenn mit Wirtschaftsminister Pierre Moscovici zu relativieren ist: „Wenn der Kranke Europas zu sein bedeutet, dass man die fünft stärkste Wirtschaftsmacht der Welt ist, dann möchte ich gerne krank sein.“²⁰

Zu dieser äußerst schwierigen Gemengelage kommt noch eine weitere, die wohl größte Gefahr für Frankreichs Zukunft hinzu: der seit Jahren andauernde, sich letztlich aber deutlich beschleunigende Aufstieg des rechtsextremen Front National, der u. a. den Euro abschaffen und Frankreich aus der EU herausführen will. Bei den anstehenden Europawahlen vom Mai 2014 wird dem FN unter Führung von Marine Le Pen vorausgesagt, Frankreichweit die meisten Stimmen holen zu können – das wäre eine politische Katastrophe allergrößten Ausmaßes.

Hollandes Kurswechsel – Vorleistung für eine erneuerte Rolle in Europa

Vor diesem rundum bedrohlichen Hintergrund hat François Hollande in einer Pressekonferenz vom 14. Januar 2014 einen spektakulären Kurswechsel angekündigt, der in vielerlei Hinsicht an Mitterrands Kehrtwende von 1983 erinnert, die seinerzeit als Bekehrung vom Saulus zum Paulus bezeichnet wurde. Mit dem Rücken an der Wand stehend – aber gestärkt durch die große internationale Anerkennung für Frankreichs militärisches Engagement in Mali und der Zentralafrikanischen Republik – hat der bisher als mutlos geltende Präsident eine wahre „Flucht nach vorn“ angetreten.²¹ Denn Hollande kündigt in seinem „Pakt der Verantwortung“ nicht weniger als einen veritablen wirtschafts- und haushaltspolitischen Kurswechsel an, der nun – und das ist das wirklich Spektakuläre – vor allem auf Angebotspolitik setzt. So sollen die Unternehmen bis 2017 um 30 Mrd. Euro entlastet werden und im Gegenzug dafür Arbeitsplätze schaffen und Investitionen generieren. Diese Gegenleistungen müssten auf dem Verhandlungsweg „Branche für Branche festgelegt werden und bezifferte Ziele für Einstellung von Jugendlichen, Seniorenarbeit, Arbeitsplatzqualität, Ausbildung [...] enthalten.“ Insgesamt müsse das „Hauptproblem Frankreichs“ angegangen werden, „nämlich seine Produktion. [...] Wir müssen mehr produzieren, wir müssen besser produzieren. Also muss man beim Angebot ansetzen. Beim Angebot!“ – so Hollande. Den wichtigsten Hebel zur Kostenreduktion setzt der Präsident beim Staatshaushalt an. 2014 seien 15 Mrd. Euro an Einsparungen zu realisieren, zwischen 2015 und 2017 weitere 50 Mrd. Sein Sparziel möchte Hollande durch strukturelle Reformen, die sämtliche Staatsaufgaben betreffen, erreichen.

Letztlich unterstellt Hollande diesen seinen Pakt für Verantwortung zwei übergeordneten Zielsetzungen: Zum einen müsse Frankreich seine wirtschaftliche Stärke wiederfinden, „wenn es seinen Einfluss in der Welt bewahren [...], wenn es auf die Entwicklung Europas einwirken will.“ Hier ist deutlich wieder der überaus enge Nexus zwischen Europapolitik und globalem Geltungsanspruch zu erkennen. Zweitens – indirekter – geht Hollande die Gefahr eines

erstarkenden Rechtsextremismus frontal an, indem er die geplante Erneuerung Frankreichs dem Kampf gegen „Antisemitismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit“ widmet. Dies zielt zunächst auf die Kommunalwahlen im März und die Europawahlen im Mai 2014 ab, kann aber auch ein wichtiger Schritt zur Erneuerung des notwendigen permissiven Konsensus sein.

Selbstredend ist derzeit noch keineswegs gesichert, dass Hollandes mutige Flucht nach vorne gelingt; das Gros des linken Lagers fühlt sich provoziert, die Rechte ist sich über die richtige Reaktion uneins, und der Arbeitsgeberverband MEDEF möchte um jeden Preis klar bezifferte Gegenleistungen für die zugesagten Kostenentlastungen vermeiden.

AUSBLICK

So kamen die bislang positivsten Reaktionen aus Deutschland, und zwar in Gestalt des Angebots der neuen großen Koalition, international mehr Verantwortung übernehmen zu wollen. Angesprochen sind hier die vielbeachteten Reden, die Bundespräsident Gauck, Verteidigungsministerin von der Leyen und Außenminister Steinmeier auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2014 hielten, und die im Vergleich zur schwarz-gelben Politik ebenfalls einen deutlichen Kurswechsel anzeigen.²² Ohne hier auf Details und Nuancen eingehen zu können, sei die Interpretation gewagt, dass dies Deutschlands (sicherheits- und verteidigungspolitische) Antwort auf Frankreichs (wirtschafts- und finanzpolitische) Vorleistung ist. „Do ut des“ ist die entscheidende Grundregel im politischen Geschäft – so auch in den deutsch-französischen Beziehungen, die zu neuem Leben erwacht scheinen. Dies bringt – hoffentlich – nicht nur das Ende der kurzen, aber heftig umstrittenen, insgesamt negativ zu bewertenden Phase eindeutiger deutscher Dominanz in Europa mit sich; vielmehr eröffnet die lange erwartete Kehrtwende Frankreichs im Namen Europas der Integrationsgemeinschaft auch neue Horizonte. Die Marschrichtung wird – auch angesichts der sich zuspitzenden Euroskepsis in Großbritannien – mutmaßlich in Richtung eines Kerneuropas, genauer eines Eurozonen-Kerneuropas, gehen, das nicht nur in der bisher unbeachtet gebliebenen deutsch-französischen

Erklärung vom 30. Mai 2013 mit dem Vorschlag angedacht wurde, Eurozonen-spezifische Strukturen innerhalb des EP zu schaffen, sondern das auch von Hollande im Januar 2014 erneut explizit thematisiert wurde.

Sicherlich ist es noch ein weiter Weg bis zur veritablen politischen Union Europas – in welcher Formation auch immer –, zu der dann notwendigerweise auch eine glaubhafte europäische Außen- und Sicherheitspolitik gehören muss. Inzwischen liegen auch erste Debattenbeiträge aus der Mitte der Gesellschaft vor. Nachdem die (deutsche) Glienicker-Gruppe am 25. Oktober 2013 in Vorleistung gegangen war,²³ erfolgte jüngst endlich mal wieder ein innovativer, vor allem an Deutschland adressierter Vorstoß aus Frankreich: Die sog. Groupe Eiffel Europe schlägt die Schaffung einer föderalen „politischen Euro-Gemeinschaft“ mit eigenem Parlament, Regierung und Haushalt vor.²⁴ Dies soll als weiteres Zeichen dafür gewertet werden, dass eine europapolitische Relance bevorsteht, die auch von Frankreich aktiv mitinitiiert wird. Wenn unser linksrheinischer Nachbar aber zu seiner tradierten Rolle als wichtiger Ideen- und Impulsgeber für Europa zurückfindet und wenn Deutschland diese Gunst der Stunde zu nutzen weiß, dann – so der optimistische Ausblick – könnte Europa seine Zukunft noch vor sich haben.

|| PROF. DR. GISELA MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET

Professorin für Europaforschung und Internationale Beziehungen, Institut für Politikwissenschaft und Sozialforschung, Universität Würzburg

ANMERKUNGEN

- ¹ Die Einschränkung bezieht sich auf de Gaulles europapolitische Eskapaden; konkret angesprochen sind hier die Fouchet-Pläne 1961-1962, de Gaulles „Politik des leeren Stuhls“ in der Europäischen Gemeinschaft (EG) 1965-1966 sowie seine vehemente Ablehnung eines britischen EG-Beitritts, vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela: Frankreichs Europapolitik, Wiesbaden 2004, S. 23 ff.
- ² Vgl. dazu Praus, Angelika: Das Ende einer Ausnahme? Frankreich und die Zeitenwende 1989/90, Marburg 2014.
- ³ Hollande, François, in: Le Monde, 21.9.2013.
- ⁴ Brüne, Stefan: Frankreichs Außenpolitik unter François Hollande, in: Politische Studien 447/2013, S. 52.
- ⁵ 1995-2002 übte Chirac eine siebenjährige Amtszeit aus (septennat), 2002-2007 die erste fünfjährige Amtszeit (quinquennat).
- ⁶ Für Nachweise vgl. Müller-Brandeck-Bocquet; Gisela: Was vom europäischen Projekt übrigbleibt ... Zerfall oder Neustart?, Würzburg 2013, http://opus.bibliothek.uni-wuerzburg.de/frontdoor.php?source_opus=8356
- ⁷ Gemäß Art. 26 EUV-Amsterdam wurde der „Generalsekretär des Rates und Hohe Vertreter“ für die GASP dem Rat zugeordnet.
- ⁸ Toulemon, Robert: La Construction de l'Europe (1979-1999), in: Politique étrangère 3/1999, S. 584.
- ⁹ Rüger, Carolin: A position under construction: Future prospects of the High Representative after the Lisbon Treaty, in: The High Representative for the EU Foreign and Security Policy – Review and Prospects, hrsg. von Gisela Müller-Brandeck-Bocquet und Carolin Rüger, Baden-Baden 2011, S. 201-233.
- ¹⁰ Chirac, Jacques, zitiert in Müller-Brandeck-Bocquet: Frankreichs Europapolitik, S. 266.
- ¹¹ Ebd., S. 167.
- ¹² Dulphy, Anne / Manigand, Christine: Face à l'élargissement de l'Union Européenne, in: La politique étrangère de Jacques Chirac, hrsg. von Christian Lequesne und Maurice Vaisse, Paris 2013, S. 43.
- ¹³ Eine politische Fehlentscheidung erster Klasse hatte Chirac bereits im April 1997 getroffen, als er die Auflösung der Nationalversammlung und mithin Neuwahlen verfügte. Er meinte, sich im Vorfeld der Euroeinführung erneut der Unterstützung der Wähler versichern zu müssen. Seine Taktik schlug fehl; vielmehr handelte sich Chirac die äußerst ungeliebte Kohabitation mit Lionel Jospin ein, der den europapolitischen Handlungsspielraum des Staatspräsidenten beträchtlich einschränkte; diesen erhielt Chirac erst mit den Präsidentschaftswahlen von 2002 zurück, als er haushoch gegen den FN-Vorsitzenden Jean-Marie Le Pen gewann.

- ¹⁴ Martens, Stephan: Französische Außenpolitik unter Nicolas Sarkozy, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 38/2007, S. 21 f.
- ¹⁵ Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela: Frankreich: zurück in Europa, aber mit welchem Kurs?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 38/2007, S. 14.
- ¹⁶ Ebd., S. 16.
- ¹⁷ Schild, Joachim: Sarkozys Europapolitik. Das zunehmende Gewicht der Innenpolitik, in: *Integration* 3/2007, S. 221.
- ¹⁸ Vgl. statt vieler: Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela: Deutschland – Europas einzige Führungsmacht?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 10/2012, S. 16-22.
- ¹⁹ Anfang 2013 befürworteten nur mehr 22 % der Befragten die Politik Hollandes; das ist ein Tiefstand für französische Präsidenten, in: *Le Monde*, 8.2.2013.
- ²⁰ Moscovici, Pierre, in: *Le Monde*, 27.1.2014.
- ²¹ Hollande, François, in: *Süddeutsche Zeitung*, 16.1.2014. Hollandes Rede (in deutscher Sprache) ist abrufbar unter: www.ambafrance.de.org
- ²² <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2014/01/140131-Muenchner-Sicherheitskonferenz.html>; http://www.securityconference.de/fileadmin/MSC_/2014/Reden/2014-01-31_Rede_BMin_von_der_Leyen_MSC_2014.pdf; http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Info/service/Presse/Reden/2014/140201-BM_M%C3%BCSiKo.html
- ²³ <http://www.zeit.de/2013/43/glienicker-gruppe-europaeische-union>
- ²⁴ <http://www.groupe-eiffel.eu/pour-une-communaute-politique-de-leuro/>, vgl. auch *Süddeutsche Zeitung*, 15./16.2.2014.

FRANKREICHS STREITKRÄFTE ZWISCHEN INTERNATIONALEM GESTALTUNGSANSPRUCH UND NATIONALEN BUDGETZWÄNGEN

RONJA KEMPIN || Frankreich prescht militärisch vor, gestern in Libyen und Mali, heute in der Zentralafrikanischen Republik. Gleichzeitig verordnen die Regierungsverantwortlichen in Paris den Streitkräften einen harschen Sparkurs und verkleinern die Armee drastisch. Gelingt Frankreich der Spagat zwischen internationalem Gestaltungsanspruch und nationalem Haushaltsdruck? Oder sind die Interventionen in Afrika das letzte Aufbäumen von Europas letzter Militärmacht?

EINLEITUNG

Frankreich sendet in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik gegenwärtig widersprüchliche Signale aus. Die militärischen Einsätze in Libyen, Mali und der Zentralafrikanischen Republik verdeutlichen, dass die politische Elite des Landes weiterhin gewillt ist, das Weltgeschehen durch den Einsatz militärischer Mittel und Fähigkeiten zu beeinflussen. Zur gleichen Zeit belegen Ankündigungen wie diejenige, das 110. französische Infanterieregiment aus Kostengründen aus Deutschland abzuziehen, wie angespannt die finanzielle Situation der französischen Streitkräfte ist. Gelingt dem Militär der Spagat zwischen internationalem Gestaltungsanspruch und nationalem Haushaltsdruck?

Frankreichs internationale Militärendagements

Seit der Französischen Revolution von 1789 mit ihrem Vermächtnis von „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ sehen sich die Regierungsverantwortlichen des Landes in der Pflicht, diesen zivilisatorischen Errungenschaften weltweit Geltung zu verschaffen und für ihre Einhaltung einzutreten. Die Überzeugung, eine besondere Verantwortung für das Weltgeschehen zu tragen, wuchs mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges weiter an. Der Sieg über Nazideutschland brachte Frankreich einen ständigen Sitz

im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Die Nuklearwaffen, über die das Land seit 1960 verfügt, katapultierten Paris schließlich in den Kreis der militärischen Großmächte.¹ Wann immer es gilt, in Krisen und Konflikten Stellung zu beziehen, sich einzumischen,² ist Frankreich zur Stelle. In Afrika etwa hat Paris seit der Entlassung seiner ehemaligen Kolonien in die Unabhängigkeit 39 Mal militärisch eingegriffen.³

Libyen 2011

So auch im März 2011, als das Land unter der Führung von Staatspräsident Nicolas Sarkozy den internationalen Militäreinsatz in Libyen anführte. Die Mitglieder des UN-Sicherheitsrates hatten auf Drängen Frankreichs am 17. März 2011 die UN-Resolution 1973 verabschiedet.⁴ Der Text erlaubte der internationalen Staatengemeinschaft, Militärschläge gegen das Regime des libyschen Diktators Gaddafi durchzuführen. Im Februar 2011 hatte die Protestwelle des „arabischen Frühlings“ Libyen erreicht. In Bengasi, der zweitgrößten Stadt des Landes, war es zu Zusammenstößen zwischen Aufständischen, der Polizei und den Anhängern Muammar al-Gaddafis gekommen, die schnell in blutige Kämpfe mündeten. Nachdem es den Regierungstruppen Anfang März gelungen war, strategische Städte zurückzuerobern, drohte Gaddafi der Bevölkerung Bengasis mit einem Blutbad.

Um dieses zu verhindern, vereinbarte die internationale Gemeinschaft schließlich, zum Schutz der Bevölkerung vor Übergriffen des Regimes eine Flugverbotszone einzurichten und diese militärisch zu sichern. Die von Frankreich und Großbritannien angeführte internationale Militäroperation mündete im Oktober 2011 in die Ermordung Muammar al-Gaddafis und die Befreiung des Landes.⁵ Frankreich leistete dabei zwei Drittel aller Flugeinsätze. Im Rahmen der „Opération Harmattan“ stellte das Land Ausrüstung und Personal im Wert von täglich 1 Mio. Euro zur Verfügung. Auch politisch führte Frankreich die internationale Gemeinschaft: Die Regierung in Paris lehnte Kompromisse mit dem libyschen Regime ab, beharrte auf dem Sturz des Diktators und lieferte den Rebellen heimlich Waffen sowie die Expertise seiner Militärberater. Nach dem Sturz Gaddafis versicherte Nicolas Sarkozy auf dem Flugzeugträger Charles de Gaulle, sein Land werde sich „überall engagieren, wo die Freiheit der Völker und die Demokratie bedroht sind“.⁶

Mali und Zentralafrikanische Republik 2013

Dieser Devise scheint sich auch Nicolas Sarkozys Nachfolger im höchsten Staatsamt Frankreichs verpflichtet zu fühlen. Der im Mai 2012 zum 7. Präsidenten der V. Republik gewählte François Hollande führte die Streitkräfte seines Landes im Januar sowie im Dezember 2013 erneut in militärische Auseinandersetzungen, zunächst im Mali, dann in die Zentralafrikanische Republik.

Dabei schien es zunächst, als vollziehe der sozialistische Präsident eine Abkehr von der Politik militärischer Interventionen. Im Wahlkampf hatte Hollande im Frühjahr 2012 versprochen, im Falle seiner Wahl Frankreichs Soldaten vorzeitig aus Afghanistan abzuziehen. Im Januar 2012 hatte eine Serie von Anschlägen gegen französische Militärangehörige zu einer verschärften Kritik am Engagement des Landes in Afghanistan geführt. Frankreich hatte in Afghanistan die Verantwortung für die Provinz Kapisa, nordöstlich von Kabul. Dort erlitten französische Kampftruppen seit ihrer Verlegung im Jahr 2008 schwere Verluste: Knapp zwei Drittel der 88 getöteten französischen Soldaten wurden in dieser Schlüsselprovinz zwischen

Kabul und Pakistan getötet. Nach seiner Wahl zum Staatspräsidenten setzte Hollande sein Versprechen um: Zwei Jahre vor dem für 2014 geplanten Ende des Einsatzes der Internationalen Schutztruppe (ISAF) verließen die französischen Kampfteinheiten Afghanistan. Bereits im Juli 2012 übergab Frankreich die Schutzverantwortung für die Provinz an die afghanischen Autoritäten. Im November 2012 holte es die französische Flagge im Feldlager Nidschrab ein und verlegte die verbliebenen 500 Soldaten seiner Kampftruppe nach Hause zurück.⁷

Doch waren die Streitkräfte des Landes bereits wenige Wochen später wieder im Einsatz, diesmal in Afrika: Sahelistan, so nennt man in Paris die 7.500 Kilometer lange Wüste, die vom Senegal bis nach Somalia reicht – ein Gebiet, durchzogen von Schmuggler- und Drogenrouten, unmöglich zu beherrschen, weder von den schwachen afrikanischen Staaten Mali, Niger oder Tschad noch von Frankreich, der ehemaligen Kolonialmacht. Und doch bearbeitet das Land gegenwärtig gleich zwei Krisenherde militärisch: Im Januar 2013 entsandte Staatspräsident François Hollande 2.500 Soldaten nach Mali mit dem Auftrag, den Vormarsch ebenso entschlossener wie gut gerüsteter und trainierter Islamisten auf die Hauptstadt Bamako zu stoppen. Elf Monate später, am 5. Dezember 2013, erteilte Hollande 1.600 französischen Armeeangehörigen den Befehl, in der Zentralafrikanischen Republik religiös motivierte Gewalttaten zu unterbinden und überlebenswichtige Versorgungsrouten des Landes in den Tschad sowie nach Kamerun zu sichern.

KOSTSPIELIGE INTERVENTIONEN ZUR UNZEIT

Doch kamen die beiden jüngsten Interventionen für die Regierung in Paris zur Unzeit – aus zwei Gründen.

Alternativlose Lage in Afrika

Zum einen versucht Frankreich seit Jahren, die Beziehungen zu seinen ehemaligen Kolonien in Afrika auf eine neue Grundlage zu stellen. Bei seinem Antrittsbesuch in Senegal erklärte Präsident Hollande im Oktober 2012 die Zeit der „Françafrique“, des dichten Geflechts politischer, militärischer und wirtschaftlicher Geheimverbindungen, mit dem Paris darauf abzielte,

seine Vorrangstellung im frankophonen Afrika zu bewahren, endgültig für „beendet“.⁸ Mit seinem Eingreifen in die Konflikte in Mali und der Zentralafrikanischen Republik erweckt der Elysée-Palast gleichwohl den Eindruck, in der Kontinuität der französischen Afrikapolitik verhaftet zu sein. Seit der Rede Mitterrands 1990 in La Baule, in der er Frankreichs Entwicklungshilfe an Schritte der demokratischen Entwicklung knüpfte, predigen die Staatshäupter den Neuanfang der französisch-afrikanischen Beziehungen – und lassen im nächsten Moment die Arme zugunsten korrupter Machthaber einschreiten. Doch wer Frankreichs Handeln in der Sahel-Zone als neokoloniale Machtpolitik abqualifiziert, verkennt, dass Frankreichs Lage kompliziert ist.

Als einzige in Europa betrachtet die Regierung in Paris die Entwicklungen in der Sahel-Zone seit Jahren mit Sorge. Das „Weißbuch zur Verteidigung und nationalen Sicherheit“ von 2008 bezeichnet die Region als „kritische Zone“ für die Sicherheit Frankreichs. Mangelnde staatliche Strukturen, eine Ausweitung rechtsfreier Zonen und die Existenz krimineller Netzwerke bedrohten, so die Autoren des Regierungsdokuments, die Interessen des Landes. Sie begünstigten illegale Migration, die religiöse Radikalisierung muslimisch geprägter Gebiete und das Erstarken fundamentalistischer Sekten in christlichen Regionen. Zudem hätten sie, so die Einschätzung in Paris, zur Folge, dass sich Ableger des Terrornetzwerks al-Qaida in der Sahel-Zone festsetzen und sich Routen für den Vertrieb von Drogen und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen ausprägen.⁹ Paris reagierte: mit Elitesoldaten, Ausbildern für Sicherheitskräfte, mit Geld und Material. Seit Juli 2010 ist Frankreich „im Krieg mit al-Qaida im islamischen Maghreb“.¹⁰

Dass Frankreich heute Krieg in Mali und der Zentralafrikanischen Republik führt, liegt jedoch zuvorderst in einer Mischung aus Alternativlosigkeit und historischer Verantwortung begründet. Allzu gern hätte Paris die militärische Konfliktlösung an die westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft abgetreten. Deren Streitkräfte, die Frankreich im April 2012, als Mali infolge eines Militärputsches und dem Aufstand der Tuareg faktisch geteilt wurde, gern in

Stellung gebracht hätte, erwiesen sich als zu schwach, um gegen Islamisten der Gruppen Ansar Dine und al-Qaida im islamischen Maghreb vorzugehen, die in Nord-Mali die Kontrolle übernommen hatten. In der Zentralafrikanischen Republik zeigte sich nach dem Staatsstreich vom März 2013, dass die gut 3.000 Mann starke afrikanische Eingreiftruppe schlecht ausgerüstet, unkoordiniert und untereinander so zerstritten war, dass sie nicht in der Lage war, die Ausbreitung von Chaos und Gewalt im Land aufzuhalten. Auch aus der EU drangen allein Skepsis und Abwarten nach Paris. In Deutschland bestand parteiübergreifend Konsens, nicht „französischen Interessen hinterherzulaufen“. Mali und Zentralafrika werden „nicht als der erste Kreis deutscher Sicherheitspolitik“ angesehen.¹¹ Bereits in der Libyen-Krise 2011 hatten die EU-Staaten Frankreich signalisiert, in akuten Krisensituationen militärisch nicht zur Verfügung zu stehen. Was blieb Frankreich, welches sich für jahrzehntelange Korruption und Misswirtschaft in seinen ehemaligen Kolonien verantwortlich fühlt, anderes übrig, als den Gesuchen der Regierungsverantwortlichen in Mali und der Zentralafrikanischen Republik um militärische Unterstützung Rechnung zu tragen?¹²

Finanzielle Überlastung

Die zögerliche Haltung der französischen Regierungsverantwortlichen, militärisch in beiden Konflikten einzugreifen, wird verständlich vor dem Hintergrund einer Haushaltslage, die extrem angespannt ist.

Schon lange bemüht man sich in Paris darum, die Kosten für die Auslandseinsätze der eigenen Streitkräfte zu reduzieren. Verteidigungsminister Jean-Yves LeDrian hatte etwa Mitte Oktober 2012 bekanntgegeben, dass der Abzug der französischen Kampftruppen aus Afghanistan im Jahr 2013 auch finanziellen Erwägungen geschuldet sei. Eine Rückholung der 1.500 französischen Kampftruppen ermögliche den Streitkräften, über 90 Mio. Euro einzusparen.¹³ Ein Jahr später, am 31. Oktober 2013, kündigte die französische Regierung an, das der deutsch-französischen Brigade angehörende 110. französische Infanterieregiment im Verlauf des Jahres 2014 aus dem deutschen Standort Donaueschingen abzuziehen. Die etwa 5.500 Mann

starke Brigade war auf dem 50. deutsch-französischen Gipfel im November 1983 gegründet worden. Sie ist das Symbol, mit dem beide Seiten ihren Willen zum Ausdruck bringen, sich auch militärisch vertieft integrieren zu wollen. Noch heute ist die deutsch-französische Brigade der weltweit einzige integrierte einsatzfähige Großverband.¹⁴ Dass Paris sein 1.200 Mann umfassendes Jägerbataillon nunmehr aus der Brigade abzieht und nach Frankreich zurückverlegt, ist ein weiterer Ausweis seiner finanziellen Engpässe. Der Unterhalt des Infanterieregiments ist in Deutschland drei Mal höher als in Frankreich.¹⁵

Ende 2013 schließlich beschlossen die politischen Verantwortungsträger in Paris, das Budget für die Auslandseinsätze der französischen Streitkräfte deutlich zu reduzieren. Bislang sieht der französische Verteidigungsetat für die Auslandseinsätze seiner Streitkräfte eine Dotierung von 630 Mio. Euro vor. Dass dieser Betrag viel zu knapp bemessen ist, verdeutlicht der Blick auf die Ausgaben des Jahres 2011. Hier betragen die Aufwendungen der Streitkräfte für Auslandseinsätze in Kosovo, Elfenbeinküste, Sahel, Libanon, Libyen, dem indischen Ozean und Afghanistan insgesamt 1,3 Mrd. Euro.¹⁶ Für die kommenden fünf Jahre ist jedoch vorgesehen, die Haushaltsmittel für Auslandseinsätze auf 450 Mio. Euro zu kürzen.

AUF DEM WEG ZU EINER KLEINEREN, ABER BESSER AUSGESTATTETEN ARMEE? VERTEIDIGUNGSWEIßBUCH UND MILITÄRISCHES PROGRAMMGESETZ

Dass Frankreich seinen internationalen Ansprüchen in Zukunft gleichwohl weiter gerecht werden kann, darum bemüht sich die Regierung von Staatspräsident François Hollande seit ihrem Amtsantritt. Am 13. Juli 2012 ordnete der Präsident die Redaktion eines neuen Verteidigungsweißbuches an. Es ist das vierte Mal in der Geschichte der V. Republik, dass die Staatsführung eine Überprüfung der strategischen Grundlagen von Frankreichs Sicherheits- und Verteidigungspolitik anordnet. Im ersten Weißbuch, welches 1972 erschien, schrieb das Land die nukleare Abschreckung als Bestandteil seiner Sicherheits- und Verteidigungspolitik fest. Das 1994 veröffentlichte Weißbuch untersuchte

die Konsequenzen, welche sich aus dem Ende des Ost-West-Konflikts für die Sicherheit Frankreichs und Europas ergeben. Das dritte Weißbuch, welches unter der Präsidentschaft Nicolas Sarkozys erarbeitet und 2008 veröffentlicht wurde, stellt erstmals eine Verknüpfung her zwischen der Verteidigung und der nationalen Sicherheit. Entsprechend schreibt es der Aufklärung eine besondere Rolle zu. Darüber hinaus öffnet es den Weg für die vollständige Rückkehr Frankreichs in die militärische NATO-Integration, für die es sich explizit ausspricht.¹⁷

Aus zwei Gründen hielt es François Hollande nur vier Jahre nach Erscheinen des „Weißbuch über die Verteidigung und die nationale Sicherheit“ für wichtig, die Aussagen des Dokuments aus dem Jahr 2008 überprüfen zu lassen: Zum einen haben sich seit der Veröffentlichung des Weißbuchs von Nicolas Sarkozy gewichtige geostrategische Veränderungen ergeben. Dazu zählen aus französischer Sicht insbesondere der weiter rasch voranschreitende Aufstieg Chinas, welches sich zunehmend auch in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu einer Großmacht entwickelt, die Abwendung der USA von Europa zugunsten des asiatisch-pazifischen Raums sowie die Umbrüche in der arabischen Welt. Zum anderen zwingen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes Frankreich dazu, seine Militärausgaben anzupassen. Der Weißbuchkommission erteilte François Hollande den Auftrag, Frankreich aus der „Verneinung der Realitäten“ zu führen und ein sicherheits- und verteidigungspolitisches Projekt aufzuzeigen, welches das Land auch finanzieren könne.¹⁸

Strategische Prioritäten Frankreichs

Es waren die Umbrüche in der arabischen Welt und die mit ihnen verbundenen französischen Militärinterventionen in Libyen und Mali sowie die lahmende Konjunktur und die rasant steigende Staatsverschuldung, welche die Arbeiten am neuen Weißbuch erheblich in die Länge zogen. Die 46 Mitglieder der Weißbuchkommission waren beauftragt, das neue Strategiedokument bis Anfang 2013 zu erarbeiten und dem Ministerrat vorzulegen. Tatsächlich konnte das neue Dokument jedoch erst am 29. April 2013 an den Präsidenten übergeben werden.

Das neue Weißbuch hält im Prinzip an den strategischen Prioritäten seines Vorgängerdokumentes fest – Schutz, Aufklärung, Prävention, Abschreckung und Intervention. Gleichzeitig stellt es jedoch den Schutz des Territoriums, die Aufrechterhaltung der nuklearen Abschreckung mit ihren beiden Komponenten (See und Luft) sowie die Fähigkeit der Streitkräfte zu externen Interventionen als Schwerpunkte heraus.¹⁹

Um das französische Staatsgebiet sowie die französischen Staatsangehörigen bestmöglich vor Angriffen zu schützen, plant Frankreich, seine Fähigkeit zur Frühwarnung und Ausklärung zu stärken. Das Verteidigungsweißbuch von 2013 stellt heraus, dass hierzu die Geheimdienste gestärkt und Aufklärungssysteme im Weltall sowie elektronische Überwachungsmaßnahmen verbessert werden müssen. Das Ausbrechen neuer Krisen und Konflikte in Europas unmittelbarer Nachbarschaft hat für die Autoren des Verteidigungsweißbuches im Jahr 2013 die Fähigkeit zur Aufklärung in Echtzeit besonders dringlich gemacht.

Zum Schutz des Territoriums wie der Bürger zählt in Frankreich auch die Sicherheit des Internets. Aufbauend auf dem Weißbuch von 2008 wird auch im Dokument von 2013 die Notwendigkeit betont, technische Kapazitäten zur Identifizierung der Urheber von Cyberattacken weiterzuentwickeln und die entsprechend offensiven Fähigkeiten potenzieller Gegner abzuschätzen. Bereits im Weißbuch 2008 wurde die Sicherheit von Netzwerken als künftige Priorität definiert. Nun wird Frankreich eine neue Organisation im Bereich Cybersicherheit schaffen, die nicht nur defensiven Charakter hat.

Die nukleare Abschreckung bleibt auch weiterhin eine Priorität französischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Noch während der Erarbeitung des Weißbuchs wurde darüber spekuliert, dass Frankreich nicht länger in der Lage sei, die beiden Komponenten seiner nuklearen Abschreckung – see- und luftgestützt – zu finanzieren. Doch stellte François Hollande alsbald klar, dass er, wie alle Präsidenten vor ihm, an beiden Komponenten der nuklearen Abschreckung festhält. Zur Aufrechterhaltung der nuklearen Abschreckungsfähigkeit seines Landes erklärte er sich bereit, die finanziellen Ausgaben für die beiden Nuklearkapazitäten

Frankreichs von jährlich 3,7 Mrd. Euro – diese Summe entspricht 26 % der Ausgaben des Ausrüstungsbudgets des Verteidigungsministeriums – beizubehalten. Zudem sprach er sich dafür aus, die bereits unter Nicolas Sarkozy beschlossene Modernisierung der Nuklearwaffen fortzusetzen.²⁰

Mit Blick auf die Fähigkeiten des Landes zum militärischen Eingreifen in Krisen und Konflikte stellt das neue Weißbuch heraus, dass Asien als geostrategischer Schwerpunkt französischer sicherheits- und verteidigungspolitischer Einflussnahme im Vergleich zum Dokument von 2008 an Bedeutung verloren hat. Deutlich wichtiger geworden ist für Frankreich hingegen der afrikanische Kontinent mit seinen zahlreichen Krisen und Konflikten.

Damit das Land auch künftig mit militärischen Mitteln in Krisen in seinem unmittelbaren regionalen Umfeld eingreifen kann, seien, so streicht das Weißbuch heraus, Investitionen dringend geboten. Die Operationen in Libyen und Mali hätten einmal mehr verdeutlicht, wie sehr auch Frankreich von der militärischen Unterstützung der USA abhängt. Ohne die Hilfe Washingtons wäre Paris nicht in der Lage gewesen, den Libyen-Einsatz der NATO über einen Zeitraum von sechs Monaten zu leiten. Allein die militärischen Fähigkeiten der USA – Marschflugkörper, Drohnen und elektronische Kriegführung – hätten Paris zum Erfolg in Libyen verholfen. Entsprechend müsse Frankreich seine Führungsmittel, Informationssysteme, nachrichtendienstlichen Informationen, Überwachung, Zielerfassung und Aufklärung verbessern. Die „Opération Serval“ in Mali habe den Mitgliedern der Weißbuchkommission verdeutlicht, dass Streitkräfte auch kurzfristig einsatzfähig zur Verfügung stehen und über große Entfernungen operieren können müssen. Profitiert habe Frankreich in Mali gleichwohl von dem Umstand, dass die 2008 von Nicolas Sarkozy beschlossene Schließung französischer Militärbasen in Afrika am Widerstand lokaler Machthaber gescheitert sei, die allesamt davor warnen, dass diesem Schritt politische Instabilitäten folgen könnten. So konnte Frankreich bei seinem Eingreifen in Mali auf eigene Kräfte zurückgreifen, die in Burkina Faso, Tschad und der Elfenbeinküste stationiert waren.²¹

Umstrukturierungen der Streitkräfte

Um die als dringend erachteten militärischen Fähigkeiten beschaffen zu können, schlagen die Autoren des Verteidigungsweißbuchs vor, Einschnitte bei vorhandenen militärischen Fähigkeiten vorzunehmen und die Teilstreitkräfte Heer, Marine und Luftwaffe zu verkleinern und neu zu organisieren.

Insbesondere Luftwaffe und Marine sind gefordert, Opfer zu erbringen. So ist die Luftwaffe gehalten, die Lebensdauer ihrer neuen Mirage-Kampfflugzeuge zu verlängern, die über ihre Laufzeit hinaus einem so genannten „retrofit“ unterzogen werden. Die Zuführung der modernen Kampfflugzeuge vom Typ Rafale wird fortgesetzt. Jedoch muss die Luftwaffe auch hier mit einer deutlich geringeren Anzahl an Flugzeugen rechnen. Das Weißbuch sieht vor, allenfalls 225 Flugzeuge, nicht aber die ursprünglich geplanten 286 Flugzeuge zu beschaffen. Die Marine wird lediglich 10 neue Fregatten erhalten; drei weniger, als im Weißbuch von 2008 eingeplant.²²

Des Weiteren wird der Umfang der Streitkräfte weiter reduziert. Die bis dato in diesem Umfang einzigartige „Deflation des Personalbestandes“, die bereits unter der Regierung von Nicolas Sarkozy eingeleitet worden war, wird fortgesetzt. Das neue Weißbuch legt für die kommenden sechs Jahre eine weitere Einsparung von 34.000 Dienstposten vor. Allein 2014 will Paris in der französischen Armee 7.881 militärische wie zivile Dienstposten einsparen. Bis zum Jahr 2019 werden die Streitkräfte dann um 33.675 Personen verkleinert. Diese Reduzierung des Streitkräfteformats muss gleichsam addiert werden zu der bereits im Jahr 2008 angeordneten Streichung von 54.000 militärischen Dienstposten. Zwischen 2009 und 2019 werden die französischen Streitkräfte somit knapp 80.000 Stellen und damit insgesamt ein Viertel ihres Personals, abbauen müssen. Das Militär, welches etwa 10 % des französischen Beamtenapparates ausmacht, wird somit 60 % des Personalabbaus im öffentlichen Dienst des Landes tragen.²³

Abstriche müssen die Streitkräfte ferner mit Blick auf ihre Einsatzfähigkeit hinnehmen. So wird das avisierte Ziel aufgegeben, bis zu 30.000 Bodentruppen und 70 Kampfflugzeuge

für eine größere Operation einsetzen zu können. Stattdessen werden Operationen in kleinerem Umfang angepeilt. Dafür wird Frankreich 5.000 schnell einsatzfähige Truppen unterhalten, aus denen kurzfristig Verbände von 2.300 Mann für Operationen bis zu sieben Tagen Dauer formiert werden können. Für längere Operationen sind 7.000 Mann Bodentruppen mit zirka 12 Kampfflugzeugen, einer Fregatte, einem Jagd-U-Boot sowie einem Transport- und Kommandoschiff und auch Spezialeinheiten vorgesehen. Frankreich plant, gleichzeitig drei Operationen des Typs „Serval“ in Mali durchführen zu können und die 7.000 Soldaten auf drei Operationsfelder verbringen zu können. Für größere Operationen, etwa zur Durchsetzung von Zwangsmaßnahmen, werden ein Heeresverband von zwei Brigaden mit 15.000 Soldaten, etwa 34 Kampfflugzeugen, einem Flugzeugträger, zwei Transport- und Kommandoschiffen sowie Spezialeinsatzkräfte zur Verfügung stehen.²⁴

Kritiker des Weißbuchs zweifeln jedoch daran, dass diese Einsatzplanungen realistisch sind. Führende Militärs äußern die Befürchtung, dass die Zeiten für die operative Vorbereitung – Flugstunden, Trainingsmaßnahmen – den Sparzwängen zum Opfer fallen und die Streitkräfte entsprechend nicht im geplanten Umfang einsatzfähig sein werden.²⁵ Aufgrund der finanziellen Schwierigkeiten der öffentlichen Haushalte werden weitere Einschnitte befürchtet. In militärischen Kreisen wird damit gerechnet, dass im Anschluss an die französischen Kommunalwahlen Ende März 2014 weitere Kürzungen bekannt gegeben werden, insbesondere die Schließung von Standorten.

Das militärische Programmgesetz 2014-2019

Diese Befürchtungen versucht der französische Verteidigungsminister Jean-Yves LeDrian zu zerstreuen. Bei der Vorstellung des militärischen Programmgesetzes 2014-2019, in dem die strategischen Ziele des Weißbuchs in planerische wie finanzielle Kennzahlen umgesetzt werden, sicherte er den Streitkräften im Sommer 2013 zu, dass sich Frankreich, wenn es den vorgegebenen Budgetrahmen einhält, unter den wichtigsten sicherheits- und verteidigungspolitischen Ländern der Welt halten wird. In Europa werde es den ersten Platz als gewichtigster Ver-

teidigungsakteur einnehmen. Schließlich rühmt sich die Regierung auch dafür, die wichtigsten Rüstungsverträge aufrechterhalten zu können, wenngleich diese zeitlich nach hinten gestreckt werden.²⁶

Für den Zeitraum zwischen 2014 und 2019 sieht das militärische Programmgesetz einen Verteidigungshaushalt von 190 Mrd. Euro vor. Es hält fest, dass das Budget in den kommenden Jahren auf dem Niveau des Jahres 2013, somit bei 31,4 Mrd. Euro jährlich, gehalten wird. Ab dem Jahr 2016 soll das Budget ein wenig ansteigen, um 2019 schließlich 32,5 Mrd. Euro zu betragen. Das Verteidigungsbudget beläuft sich weiterhin auf 1,5 % des BNP. Schließt man die Pensionszahlungen ein, wie dies in den Budgetplanungen der NATO üblich ist, liegt der Etat künftig bei 1,76 % des BNP. Gegenwärtig beträgt er 1,9 %.²⁷

Doch sind gewichtige Zweifel an den Kennzahlen des militärischen Programmgesetzes angebracht. Die vorgesehenen Budgetzahlen können allein dann erreicht werden, wenn es dem Verteidigungsministerium gelingt, „Sondereinnahmen“ in Höhe von 6,1 Mrd. Euro zu erzielen. Das Ministerium muss Gebäude und Liegenschaften veräußern und Hertz-Frequenzen ebenso verkaufen wie Beteiligungen an privaten Firmen. So plant der französische Staat, sich von Airbus-Unternehmensanteilen im Wert von etwa 1,2 Mrd. Euro zu trennen. Entscheidend ist jedoch insbesondere der Verkauf der Rafale-Kampfflugzeuge. So räumt der Verteidigungsminister, der seit Antritt der sozialistischen Regierung im Mai 2012 bereits drei Mal in Saudi-Arabien zu Verkaufsgesprächen war, offen ein, dass der Erfolg des militärischen Programmgesetzes am Export des Kampffliegers hängt. Skepsis ist also angebracht. Weder hat das Finanzministerium seine Zustimmung dazu gegeben, dass die Erlöse dieser Verkäufe tatsächlich dem Verteidigungsetat zugeführt werden können, noch kann das Militär davon ausgehen, dass die geplanten Einnahmen zeitnah und in der avisierten Höhe erfolgen. So gehen Experten bereits jetzt davon aus, dass der jährliche Verteidigungsetat zwischen 1 und 3 Mrd. Euro geringer ausfallen wird als angenommen. In der Vergangenheit ist es Frankreich zudem noch nie gelungen, ein militärisches Programm-

gesetz vollständig auszuführen. Die vorangegangenen Gesetze wurden während ihrer Laufzeit finanziell immer wieder nach unten korrigiert. Als Faustregel gilt, dass den 5-jährigen Programmgesetzen die Finanzierung des letzten Jahres, allzu oft gar der letzten beiden Jahre fehlte. Ein Blick auf die Umsetzung des Militärischen Programmgesetzes 2008-2013 verdeutlicht, dass von den dort eingeplanten 3,47 Mrd. Euro „Sondereinnahmen“ lediglich 980 Mio. Euro erzielt wurden.²⁸ Zu diesen wenig optimistischen Zahlen gesellt sich ein gewaltiges Finanzierungsloch, welches in den vergangenen Jahren immer weiter angewachsen und Schätzungen zufolge bei ebenfalls mindestens 3 Mrd. Euro liegt.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Frankreich erhebt weiterhin den Anspruch, die internationalen Beziehungen durch eine aktive Außen- und Sicherheitspolitik zu bestimmen. Zu den wichtigsten Instrumenten hierfür zählen die Streitkräfte des Landes. Die schwache Wirtschaftsleistung und die damit verbundene hohe Verschuldung des Staates beschneiden gleichwohl die Handlungsfähigkeit der französischen Armee. Um einen tragfähigen Kompromiss zwischen Gestaltungsanspruch und Haushaltsdisziplin bemüht sich die sozialistische Regierung unter Präsident Hollande seit ihrer Amtsübernahme im Mai 2012. Das im April 2013 veröffentlichte Weißbuch „Verteidigung und nationale Sicherheit“ und das im Dezember 2013 verabschiedete militärische Programmgesetz 2014-2019 zeichnen den Weg für finanzierbare Streitkräfte vor. Beide Dokumente machen deutlich, dass auch die letzte verbliebene Militärmacht in Europa künftig Krisen allenfalls im Umfang derjenigen im Mali und der Zentralafrikanischen Republik bearbeiten können. Daher wird auch aus Frankreich der Ruf nach militärischer Integration in Europa immer lauter – Aufgabe und Chance zugleich für die deutsch-französische Partnerschaft.

|| DR. RONJA KEMPIN

Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

ANMERKUNGEN

- ¹ Sauder, Axel: Souveränität und Integration. Deutsche und französische Konzeptionen europäischer Sicherheit nach dem Ende des Kalten Krieges (1990-1993), Baden-Baden 1995.
- ² Das so genannte „Recht auf Einmischung“ wurde erstmals im Jahr 1979 vom französischen Philosophen Jean-François Revel verwendet und geprägt. 1988 wurde das Recht auf Einmischung in innere Angelegenheiten eines Staates aus humanitären Gründen in das Völkerrecht aufgenommen.
- ³ Kempin, Ronja: Solo in Sahelistan, in: Security Times, Special Edition of the Atlantic Times for the 50th Munich Security Conference, 31.1.2014, S. 21, http://www.the-atlantic-times.com/download/Security_Times_Feb2014.pdf, Stand 31.1.2014.
- ⁴ United Nations Security Council: Resolution 1973 (2011), Adopted by the Security Council at its 6498th meeting, on 17 March 2011, <http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N11/268/39/PDF/N1126839.pdf?OpenElement>, Stand 31.1.2014.
- ⁵ Lacher, Wolfram: Bruchlinien der Revolution. Akteure, Lager und Konflikte im neuen Libyen, SWP-Studie S 5, März 2013, http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2013_S05_lac.pdf, Stand 31.1.2014.
- ⁶ Der Ausspruch Sarkozys ist zitiert nach Ulrich, Stefan: Sarkozy und das Glück des Mutigen, in: Süddeutsche Zeitung, 1.9.2011.
- ⁷ Seit Beginn des internationalen Afghanistan-Einsatzes 2001 hatte Frankreich 65.000 Soldaten an den Hindukusch verbracht. Paris hatte durchschnittlich 4.000 Armeeinghörige im Einsatz. Damit war es nach den USA, Großbritannien, Deutschland und Italien der fünftgrößte Truppensteller der ISAF. Vgl. dazu Frankreich beendet offiziell Kampfeinsatz in Afghanistan. Soldaten aus Kapisa abgezogen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.11.2012; Franzosen verlassen Afghanistan endgültig. François Hollande macht sein Wahlkampfversprechen wahr: Die letzten französischen Soldaten sind aus Kabul abgereist, am Dienstag sollen sie in Paris ankommen, in: Zeit online, 16.12.2012, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2012-12/afghanistan-frankreich-abzug>, Stand 31.1.2014.
- ⁸ François Hollande à Dakar: „Le temps de la Francophonie est résolu“, in: Le Monde, 12.10.2012.
- ⁹ Ministère de la Défense: Défense et Sécurité nationale. Le Livre blanc, Paris 2008, S. 44-47.
- ¹⁰ Knaup, Horand / Repinski, Gordon / Schult, Christoph: Soldaten in Sandalen, in: Der Spiegel 44/2012, 29.10.2012, S. 94-96.
- ¹¹ Heyer, Julia u.a.: Rechnung fürs Nichtstun, in: Der Spiegel 51/2013, 16.12.2013, S. 86-88.
- ¹² Die Krise in Mali war im Frühjahr 2012 ausgebrochen: Im April 2012 überfielen Tuareg-Rebellen, die sich seit Jahren im Konflikt mit der malischen Regierung befinden, die Stellungen der malischen Armee im Norden des Landes. Im Anschluss riefen sie die Unabhängigkeit ihres Territoriums aus. Hinfort war Mali faktisch zweigeteilt. Im Januar 2013 starteten die Rebellen gleichwohl eine Offensive auf die Stadt Konna, welche sich hinter der Demarkationslinie befand. Schnell war die Stadt eingenommen und die Rebellen setzten ihren Vormarsch in Richtung der Hauptstadt Bamako fort. Mali drohte in die Hände islamistischer Gruppen zu fallen. Der Präsident Malis sowie die Staaten der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS riefen Frankreich offiziell um militärische Unterstützung an. Am 11. Januar 2013 erteilte François Hollande den französischen Soldaten den Befehl zum Eingreifen. In der Zentralafrikanischen Republik war es bereits im März 2013 zu einem Staatsstreich gekommen. Dabei hatte das vorwiegend muslimische Rebellenbündnis Séléka den amtierenden Staatsschef Bozizé gestürzt. Frankreich sah sich zu diesem Zeitpunkt nicht geneigt, militärisch zugunsten der etablierten Machthaber einzugreifen. Paris betrachtete mit Sorgen, wie eines der ärmsten Länder der Welt in Gewalt und Chaos versank. Doch erst der Hilferuf des Premierministers der Zentralafrikanischen Republik, Tiangaye, führte Paris im Dezember 2013 vor Augen, dass es an der Zeit ist zu handeln. „Von Frankreich, so erkannte François Hollande, wird erwartet, dass es eine humanitäre Katastrophe verhindert.“ Paris agiert auf einem Staatsgebiet, in dem nahezu eine Million Menschen auf der Flucht vor Rebellen ist, im Rahmen einer UN-Resolution unter Kapitel VII, welche den Rückgriff auf militärische Mittel aus humanitären Gründen erlaubt.
- ¹³ Franzosen verlassen Afghanistan endgültig. François Hollande macht sein Wahlkampfversprechen wahr: Die letzten französischen Soldaten sind aus Kabul abgereist, am Dienstag sollen sie in Paris ankommen, in: Zeit online, 16.12.2012, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2012-12/afghanistan-frankreich-abzug>, Stand 31.1.2014.
- ¹⁴ Die Brigade setzt sich zusammen aus einem gemischten Stab, einem gemischten Versorgungsbataillon, dem 110. französischen Infanterieregiment, einem französischen Aufklärungsregiment, einem deutschen Jägerbataillon, einem deutschen Artilleriebataillon und einer deutschen Panzerpionierkompanie. Vgl. dazu Kempin, Ronja: Deutsch-französische Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik – Vernunftfehle vor dem Aus?, in: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik (ZfAS) 2/2012, S. 203-214.
- ¹⁵ Soldt, Rüdiger / Wiegel, Michaela: Sag' zum Abschied leise au revoir, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.10.2013, S. 3.

- ¹⁶ Boyer, Yves: French defence policy in a time of uncertainties, in: Fondation pour la Recherche Stratégique (FRS), Note Nr. 4/13, S. 3, <http://www.frstrategie.org/barreFRS/publications/notes/2013/201304.pdf>, Stand 4.2.2014.
- ¹⁷ Kempin, Ronja: Modernisierung der französischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Das Weißbuch „Verteidigung und nationale Sicherheit“ und seine Umsetzung, SWP-Aktuell 2008/A 68, August 2008.
- ¹⁸ Direction de l'information légale et administrative: Livre Blanc Défense et Sécurité Nationale 2013, Préface du Président de la République, Paris 2013, S. 7-8, http://www.livreblancdefenseetsecurite.gouv.fr/pdf/le_livre_blanc_de_la_defense_2013.pdf, Stand 31.1.2014.
- ¹⁹ Guibert, Nathalie: Défense: la France prépare les guerres de demain avec des ambitions réduites, in: Le Monde, 30.4.2013, S. 1.
- ²⁰ Rist, Manfred: Frankreich bleibt Atommacht mit Ambitionen, in: Neue Zürcher Zeitung, 30.4.2013, S. 8; Direction de l'information légale et administrative: Livre Blanc Défense et Sécurité Nationale 2013.
- ²¹ Direction de l'information légale et administrative: Livre Blanc Défense et Sécurité Nationale 2013.
- ²² Guisnel, Jean: Les points noirs du Livre Blanc, in: Le Point, 29.4.2013.
- ²³ Barluet, Alain: Comment l'armée vit-elle les restrictions budgétaires?, in: Le Figaro, 28.10.2013, S. 17.
- ²⁴ Direction de légale et administrative: Livre Blanc Défense et Sécurité Nationale 2013.
- ²⁵ Ende Oktober 2013 jedoch berichtete die konservative französische Tageszeitung „Le Figaro“ vom Hilferuf eines Obersten, der eine Situation „finanzieller Strangulation“ beklagt, welche die operative Handlungsfähigkeit der Streitkräfte erheblich beeinträchtigt. Vgl. dazu Barluet: Comment l'armée vit-elle les restrictions budgétaires?
- ²⁶ LeDrian, Jean-Yves: Allocution devant l'Assemblée nationale à l'occasion de l'examen du projet de loi de programmation militaire, Paris, 26.11.2013, <http://www.defense.gouv.fr/ministre/prises-de-parole-du-ministre/prises-de-parole-de-m.-jean-yves-le-drian/lpm-allocution-de-jean-yves-le-drian-ministre-de-la-defense-devant-l-assemblee-nationale>, Stand 31.1.2014.
- ²⁷ Journal Officiel de la République Française: Loi n° 2013-1168 du 18 décembre 2013 relative à la programmation militaire pour les années 2014 à 2019 et portant diverses dispositions concernant la défense et la sécurité nationale, 18-12-2013 Loi LPM 2014 à 2019.pdf, Stand 31.1.2014.
- ²⁸ Guillermand, Véronique: Défense: les cinq éléments marquants du livre blanc, in: LeFigaro.fr, 29.4.2013, <http://www.lefigaro.fr/conjoncture/2013/04/29/20002-20130429ARTFIG00357-defense-les-cinq-elements-marquants-du-livre-blanc.php?print=true>, Stand 31.1.2014.

ZUR WELTGELTUNG DER FRANZÖSISCHEN KULTUR IM ZEITALTER DER GLOBALISIERUNG

VOLKER STEINKAMP || Von den Zeiten eines Kardinals Richelieu bis in die Gegenwart der V. Republik hat Frankreich aus der besonderen Bedeutung und Ausstrahlung seiner Kultur und Sprache stets den Anspruch auf eine Sonderstellung des Landes innerhalb der Staatengemeinschaft abgeleitet. Der Beitrag geht der Frage nach, welche außenpolitische Rolle der französischen Kultur unter den grundlegend gewandelten Verhältnissen des 21. Jahrhunderts noch zukommen kann.

KULTUR UND POLITIK IN FRANKREICH SEIT KARDINAL RICHELIEU

Als der französische Außenminister Laurent Fabius im März 2013 eine außenpolitische Grundsatzrede „La France, puissance d’influence“ (Frankreich als „Einflussmacht“) in der altehrwürdigen Pariser Sorbonne hielt, tat er dies im Amphithéâtre Richelieu, jenem großen Hörsaal, der benannt ist nach dem berühmten Ersten Minister von König Ludwig XIII., der zugleich Vorsteher und großer Förderer der Pariser Universität gewesen ist und in deren von ihm in Auftrag gegebener Kapelle sich auch seine monumentale Grabstelle befindet. Natürlich konnte an einem solchen Ort ein Außenminister im geschichtsbewussten Frankreich es nicht an einer Reverenz an den genius loci fehlen lassen. Laurent Fabius hat sich indes nicht darauf beschränkt, Kardinal Richelieu als eine der bedeutendsten Figuren der französischen Geschichte, als Architekten der französischen Außenpolitik in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts („*maître d’œuvre de la politique étrangère de Louis XIII.*“) und damit als Wegbereiter von Frankreichs Aufstieg zur europäischen Hegemonialmacht („*grand artisan de la puissance de la France*“) zu würdigen.¹ Als interessanter noch für unseren Zusammenhang aber erscheint es, dass Fabius eine direkte Linie von Richelieu und dem 17. Jahrhundert in die Welt des 21. Jahrhunderts und zu seiner

Konzeption von Frankreich als *puissance d’influence* gezogen hat. Denn auch wenn, wie Fabius betont, das heutige Frankreich anders als im 17. Jahrhundert keinerlei hegemoniale Absichten mehr hege, so verdanke es doch seinen gegenwärtigen Status als *puissance d’influence* in beträchtlichem Maße eben Kardinal Richelieu. Denn dieser habe bereits über eine Einsicht verfügt, die noch immer von hoher Aktualität für die Gegenwart sei: die Erkenntnis, dass die Macht eines Landes nicht allein auf seiner militärischen Stärke, sondern eben auch auf der Ausstrahlungskraft seiner Kultur beruhe. „*Déjà au temps de Richelieu, la puissance n’était pas qu’une affaire de troupes et de canons, mais aussi de rayonnement et de culture.*“² (Schon zu Richelieus Zeiten war die Macht nicht allein eine Frage von Truppen und Kanonen, sondern auch der Ausstrahlung und der Kultur.³)

In der Tat, wie wohl kein Staatsmann vor ihm hat Kardinal Richelieu die politische Dimension der Kultur erkannt und aus dieser Erkenntnis die Konsequenz gezogen, die Kultur in den Dienst der Politik und der Macht zu stellen. Dies galt zum einen für die Innenpolitik, wo vor allem die Literatur und die Sprache – man denke nur an die von Richelieu betriebene Gründung der Académie française im Jahr 1635 – eine zentrale identitätsstiftende Funktion bei der von ihm angestrebten Etablierung der

absolutistischen Monarchie zugewiesen bekommen haben. Es galt zum anderen aber eben auch für die Außenpolitik, wo nach den Vorstellungen des Kardinals Frankreichs politischer Aufstieg zur europäischen Hegemonialmacht mit seinem Aufstieg zur führenden Kulturnation auf dem Kontinent einhergehen musste – und dann im Zeitalter des Sonnenkönigs Louis XIV. (1643-1715) ja auch tatsächlich einhergegangen ist.

Kardinal Richelieu kann daher nicht nur als ein früher Pionier dessen, was heute gerne unter dem modernen angelsächsischen und daher von Franzosen nicht sonderlich geliebten Begriff der *soft power* subsumiert wird, gelten.⁴ Vielmehr hat er zugleich auch jene spezifische Beziehung von Politik und Kultur begründet, wie sie in dieser Intensität wohl nur in Frankreich zu finden ist. Unabhängig davon, wie man diese enge Beziehung beurteilen mag,⁵ so bleibt doch die Feststellung: Kulturelle Fragen sind in Frankreich seit den Zeiten eines Richelieu, und daran hat selbst die Französische Revolution nichts zu ändern vermocht, immer auch eminent politische Fragen mit entsprechender Brisanz. Dies gilt dann natürlich auch für die Fragestellung dieses Beitrags, die nur auf den ersten Blick ein Thema vor allem für das Feuilleton zu sein scheint. Denn auch und gerade in der Gegenwart des 21. Jahrhunderts ist die Frage nach der globalen Stellung und Bedeutung der französischen Kultur oder nach dem *rayonnement culturel* (kulturelle Ausstrahlung) eben nicht nur für die Identität und das Selbstverständnis der Nation im Innern, sondern ebenso für seine Stellung in der Welt und mehr noch für die französische Selbst-Wahrnehmung der eigenen Position weiterhin von großer Wichtigkeit und vermag als solche immer noch erhitzte Debatten auszulösen.

Auch in dieser Frage kann Frankreich, wie in so vielem, auf eine *longue durée* zurückblicken, die mindestens bis in die Zeit des eben zitierten Richelieu zurückreicht.⁶ Auch ohne diese lange Geschichte hier im einzelnen ausbreiten zu können, kann man doch festhalten, dass Frankreich in unterschiedlichen historischen Kontexten, unter dem Ancien régime des 17. und 18. Jahrhunderts wie unter den verschiedenen Republiken des 19. und 20. Jahrhunderts, im-

mer wieder aus der herausragenden und eben auch von anderen Nationen weitgehend anerkannten Bedeutung und Ausstrahlung seiner Kultur, seiner Literatur und nicht zuletzt seiner Sprache auch den Anspruch auf eine politische Sonderstellung des Landes innerhalb der europäischen bzw. später dann der internationalen Staatengemeinschaft abgeleitet hat.

DIE AUSWÄRTIGE KULTURPOLITIK DER V. REPUBLIK

Gerade im Frankreich der V. Republik, dessen internationale Position nach dem Ende des großen französischen Kolonialreichs und der Unabhängigkeit Algeriens außenpolitisch deutlich geschwächt war, ist von Beginn an dem *rayonnement culturel* eine wichtige machtpolitische Funktion erwachsen, mit deren Hilfe ein General de Gaulle nicht ohne Erfolg den Verlust an politischer Macht auszugleichen oder zumindest zu mildern gesucht hat, oder, um es in moderner Terminologie auszudrücken: Die kulturelle *soft power* sollte die geringer gewordene *hard power* kompensieren.

Für den Gründungsvater der V. Republik fand der von ihm vehement vertretene Anspruch Frankreichs auf eine Großmachtstellung oder zumindest auf eine über ihre tatsächliche politisch-militärische Bedeutung weit hinausgehende Rolle in der internationalen Politik seine eigentliche Begründung in der weit über die eigenen Grenzen ausstrahlenden *civilisation française*. Kurz: die vielzitierte *grandeur* Frankreichs war in erster Linie die *grandeur* seiner Kultur und Zivilisation.

Dabei hat sich die V. Republik seit ihren Anfängen nicht darauf beschränkt, die französische Kultur gleichsam aus sich selbst heraus ihre Ausstrahlung und Wirkung auf den Rest der Welt entfalten zu lassen, der *rayonnement culturel* wurde vielmehr zum Ziel einer überaus ambitionierten und mit beachtlichen finanziellen Mitteln ausgestatteten Auswärtigen Kulturpolitik (*politique culturelle étrangère*), die – parallel zur Einrichtung des eher nach Innen gerichteten Kulturministeriums unter André Malraux im Jahre 1959 – die französische Sprache und die Errungenschaften der französischen Zivilisation nach außen in die Welt tragen sollte.⁷ Diese in der Folge im breiten nationalen

Konsens von konservativen wie von sozialistischen Präsidenten und Regierungen gleichermaßen intensiv betriebene diplomatische kulturelle hat Frankreich zu dem Staat mit dem höchsten Etat für die Auswärtige Kulturpolitik und dem dichtesten Netz an Kulturinstituten (*réseau culturel*) weltweit werden lassen. Ungeachtet verschiedener Sparrunden und der damit verbundenen Schließung von einer ganzen Anzahl von Instituten (auch in Deutschland, das aber weiter das Land mit den meisten französischen Kultureinrichtungen bleibt), verfügt Frankreich auch heute über den gesamten Globus verteilt noch über 140 *Instituts français* und weitere rund 160 Kooperationseinrichtungen, die sogenannten *services de coopération et d'action culturelle*, sowie über 900 Vertretungen der Sprachschule *Alliance française*, von denen fast die Hälfte von der französischen Regierung finanziell unterstützt wird. Dazu kommen als integrale Bestandteile der *politique culturelle étrangère* noch das Auslandsschulwesen mit immerhin rund 500 Schulen und Gymnasien und insgesamt fast 300.000 Schülern sowie die verschiedenen international ausgerichteten staatlichen Medien wie der Radiosender *Radio France International*, *TV5* als der von Frankreich beherrschte Fernsehsender der *Organisation Internationale de la Francophonie* oder auch der staatliche Nachrichtensender *France24* als der Versuch einer französischen Antwort auf das amerikanische *CNN*.⁸

Zu all diesen Anstrengungen der Außenpolitik ist aber auch noch das französische Engagement in der OIF, der *Organisation Internationale de la Francophonie*, zu addieren, jener weltumspannenden Organisation, die sich die Förderung und Verbreitung der französischen Sprache und der frankophonen Kultur zum Ziel gesetzt hat und in der Frankreich als Mutterland der Frankophonie gleichsam von Natur aus, aber auch aufgrund seiner politischen und wirtschaftlichen Stärke, eine dominierende Rolle spielt.

Und doch: auch diese ambitionierte, in ihrem Voluntarismus typisch französische Politik hat jenen Bedeutungsverlust nicht zu verhindern gewusst, den die französische Kultur und Sprache in den letzten Jahrzehnten ganz offenkundig im weltweiten Maßstab erlitten haben.

DIE FRANZÖSISCHE KULTUR IN DER GLOBALISIERUNG

Am Anfang des 21. Jahrhunderts dürfte so wohl kaum ein Weg an der ernüchternden Erkenntnis vorbeiführen, dass von einer Weltgeltung der französischen Kultur nicht mehr in *dem* Sinne gesprochen werden kann, wie dies in der Vergangenheit nicht nur von Franzosen, sondern gerade auch von Nicht-Franzosen getan worden ist, und es gibt auch momentan wenig Indizien, dass sich dies in absehbarer Zeit wieder ändern wird.

Dieser globale Bedeutungsverlust aber ist, das sei sogleich betont, relativer Natur, d. h. er scheint zunächst einmal weniger mit dem inneren Zustand der französischen Gegenwartskultur an sich zu tun zu haben, vielmehr die Folge der grundlegend veränderten Bedingungen in der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts zu sein.

Denn die Kultur der Globalisierung ist nun einmal amerikanisch-angelsächsisch geprägt, und ihre Sprache ist weltweit das Englische. Die Globalisierung hat so den schon lange zuvor eingesetzten Niedergang des Französischen als der ehemals vorherrschenden Weltsprache der Diplomatie und der gesellschaftlichen und geistigen Eliten weiter beschleunigt und auf einen neuen Tiefpunkt geführt, mit der Folge, dass es mittlerweile in seiner weltweiten Bedeutung sogar hinter andere Sprachen wie das Spanische und das Chinesische zu fallen droht. Daran dürfte zumindest vorerst wohl auch die von Außenminister Fabius immer wieder angeführte Perspektive, dass aufgrund der demographischen Entwicklung auf dem afrikanischen Kontinent in der Jahrhundertmitte insgesamt rund 750 Millionen Menschen auf der Erde französisch sprechen werden, nichts Grundlegendes ändern.⁹ Diese Abwärtsentwicklung des Französischen und seiner Bedeutung, deren Auswirkungen sich auch in Deutschland an den Schulen und den Universitäten in Form eines deutlichen Rückgangs des Französischunterrichts bzw. der Zahl der Französischstudierenden manifestieren, hat nun auch in Frankreich selbst im Frühjahr 2013 zu einer beinahe revolutionär anmutenden gesetzlichen Regelung geführt,¹⁰ mit der die sozialistische Regierung die Attraktivität des französischen Hochschulwesens für ausländische

Studierende zu steigern beabsichtigt, nicht ohne für dieses Ziel zugleich den Bruch mit einer gleichsam heiligen Tradition des Französischen als einziger Sprache der Republik in Kauf zu nehmen.

Dieses republikanische und in der Verfassung der V. Republik festgeschriebene Sprachverständnis, dessen Wurzeln bis in die Zeit der Französischen Revolution zurückreichen, war zuletzt in der sogenannten Loi Toubon, dem nach dem damaligen gaullistischen Kulturminister Jacques Toubon benannten Sprachgesetz von 1994, noch einmal durch die Vorschrift bekräftigt worden, dass in allen schulischen und universitären Institutionen der Republik nur Französisch gesprochen werden dürfe, von ganz wenigen natürlichen Ausnahmen wie dem Fremdsprachenunterricht einmal abgesehen.

Wenn es noch eines Belegs bedurft hätte, dass das Französische seinen Status als führende Weltsprache sogar in den Augen der Franzosen selbst verloren hat, dann ist es wohl die auf ausdrücklichen Wunsch der Konferenz der Universitätspräsidenten in dem neuen Hochschulgesetz erteilte Genehmigung, dass in den Hochschulen der Republik fortan Kurse und Seminare auch in einer Fremdsprache, womit natürlich im wesentlichen das Englische gemeint ist, abgehalten werden dürfen. Natürlich hat sich in Frankreich wie immer in solchen Fragen der Sprache ein Sturm der Entrüstung gegen dieses Vorhaben erhoben, und sogleich wurde die alarmistische Befürchtung laut, dass der Verlust der Universalität der französischen Kultur („la perte de ce qui a fait jusqu’à ce jour l’universalité de la culture français“) unmittelbar bevorstehe und die Einführung des Englischen als Sprache an den Universitäten des Landes Frankreich zu einer Provinz unter linguistischer Vormundschaft werden lasse: „Imposer l’anglais pour l’enseignement et la recherche, ce serait réduire la France à une province sous tutelle linguistique et sans aucun attrait.“¹¹ (Forschung und Lehre das Englische aufzuzwingen hieße Frankreich zu einer Provinz unter linguistischer Vormundschaft und ohne jegliche Anziehungskraft zu degradieren.)

Als aufschlussreicher als dieser erwartbare Widerstand erscheint dagegen die pragmatische Rechtfertigung der zuständigen Ministerin

für Forschung und Hochschulwesen (*Recherche et Enseignement supérieur*), Geneviève Fiorasco, in der *Libération* vom 19. März 2013, die nicht nur das Problem der französischen Universitäten, sondern zugleich auch das grundlegende Dilemma der französischen Kultur und Sprache im Zeitalter der Globalisierung insgesamt anschaulich auf den Punkt zu bringen weiß:

„Si nous n’autorisons pas les cours en anglais, nous n’attirerons pas les étudiants de pays émergents comme la Corée du Sud et l’Inde. Et nous nous retrouverons à cinq à discuter de Proust autour d’une table, même si j’aime Proust.“¹² („Wenn wir nicht Kurse in englischer Sprache erlauben, werden wir keine Studierenden aus den aufstrebenden Ländern wie Südkorea und Indien nach Frankreich locken. Und dann wir werden uns zu fünft an einem Tisch sitzend wiederfinden, um über Proust zu reden, auch wenn ich Proust liebe.“)

Gerade mit dieser Anmerkung zu Marcel Proust hat Fiorasco auch – vielleicht ungewollt – daran erinnert, dass nicht nur in sprachlicher, sondern auch in allgemein kultureller Hinsicht die Globalisierung kein französisch geprägter Prozess ist, dass sich vielmehr die traditionell elitär ausgerichtete französische Hochkultur, als deren herausragende Symbolfigur der Autor der *Recherche du temps perdu* von ihr stellvertretend angeführt wird, schon von ihrer Geschichte her in einem natürlichen und wohl unvermeidlichen Spannungsverhältnis zu der angelsächsisch dominierten Massenkultur in der globalisierten Welt befindet, ein Umstand, der nicht eben geeignet ist, ihre weltweite Ausstrahlung und Attraktivität zu steigern.

Die Gefahr, dass die Produkte der französischen Kultur nur noch die Franzosen selbst oder allenfalls ein paar Eingeweihte, die berühmten *happy few*,¹³ interessieren, betrifft dabei sogar auch ein Medium wie den Film, der eigentlich immer zu den Stärken und nicht zuletzt auch zu den Exportschlägern des Landes gehört hat.

Wie immer man zu dem französischen Prinzip der sogenannten „*exception culturelle*“ (kulturelle Ausnahme) stehen mag,¹⁴ mit dessen Hilfe es Frankreich – mit Unterstützung Deutschlands und der meisten anderen EU-Staaten,

aber gegen den Widerstand Großbritanniens – gelungen ist, die Kultur und insbesondere den Bereich des Filmwesens (l’audiovisuel) bereits im Vorfeld aus den Verhandlungen der EU mit den USA über ein Freihandelsabkommen auszuklammern und ihr damit erneut, wie schon seinerzeit bei der sogenannten Uruguay-Runde der GATT-Verhandlungen zum Welthandel, einen Sonderstatus zuzusprechen, so ist doch implizit damit auch das unfreiwillige Eingeständnis verbunden, dass selbst die durchaus noch immer relativ erfolgreiche französische Filmwirtschaft – immerhin die zweitgrößte der Welt nach der amerikanischen – ohne staatliche Protektion nicht mehr auf dem globalen Markt bestehen kann.

Die Reihe der Beispiele, anhand derer die problematische Stellung der französischen Kultur und Sprache in der globalisierten Welt sichtbar wird, ließe sich noch fortführen, ohne dass sich aber an dem Befund, den der ehemalige Außenminister Hubert Védrine bereits im Jahr 2008 formuliert hat, Wesentliches ändern würde:

„Elle [la mondialisation, V.S.] ne nous permet pas de nous projeter sur le monde avec nos idées, nos valeurs, notre langue. C’est le monde qui se projette sur nous et, pis encore, qui a tendance à nous juger inadaptés.“¹⁵

(Die Globalisierung erlaubt uns nicht, uns in die Welt hinein zu projizieren mit unseren Ideen, unseren Werten, unserer Sprache. Es ist vielmehr die Welt, die sich auf uns projiziert und – schlimmer noch – dazu neigt, uns für unvorbereitet zu halten.)

DAS ENDE DER SONDERSTELLUNG UND SEINE FOLGEN

Was aber folgt aus einem solchen Befund, der – aus der Feder eines französischen Sozialisten und nicht aus der eines angelsächsischen Neoliberalen stammend – die grundsätzliche Problematik des Verhältnisses Frankreichs zur Globalisierung illusionslos und ohne die zuweilen in Frankreich anzutreffende Selbstverklärung oder Realitätsflucht in den Blick nimmt?

Védrines These verweist zunächst einmal auf den unabweisbaren Umstand, dass sich im Zeitalter der Globalisierung, in der sich wandelnden Welt des 21. Jahrhunderts auch Frank-

reichs traditionelle Rolle in der Welt sich ihrerseits in einem grundlegenden Wandel befindet. Der *rayonnement culturel*, die Ausstrahlung der französischen Kultur und Sprache, über Jahrhunderte wie selbstverständlich ein tragender Pfeiler des französischen Universalismus und damit des französischen Selbstverständnisses als einer mit einer besonderen zivilisatorischen Mission ausgestatteten Nation, hat seine Wirkung zwar nicht vollständig verloren, aber doch so entscheidend an Kraft eingebüßt, dass er nicht mehr jene kompensatorische Macht zu entfalten vermag, die sich noch ein De Gaulle für seine Politik der *grandeur* zunutze zu machen wusste. Auch scheinen die Zeiten, in denen Paris mit seinen pulsierenden Quartiers wie Montmartre, Montparnasse, Quartier latin und Saint Germain-des-Prés die geistige und künstlerische Avantgarde aus aller Welt unwiderstehlich anzog und sich mit Recht als intellektuelle Hauptstadt der Welt fühlen konnte, auf absehbare Zeit vorüber zu sein.

Ohne Zweifel geht damit eine nicht zu unterschätzende Schwächung der Position Frankreichs in der Staatengemeinschaft einher. Denn am Anfang des 21. Jahrhunderts kann das Land realistischlicherweise nicht mehr auf seinen Status als weltweit ausstrahlende kulturelle Großmacht verweisen.

Es kann mithin daraus auch keinen Anspruch mehr auf eine vermeintliche Sonderstellung innerhalb der internationalen Politik ableiten, wie es dies in der V. Republik bis in die jüngere Vergangenheit hinein immer wieder und nicht selten durchaus mit beachtlichem Erfolg getan hat.

Dieser Wandel kann nun auch nicht ohne Folgen für die Selbstwahrnehmung und auch die Selbstdarstellung des Landes bleiben. Denn wenn das Frankreich der Gegenwart seine kulturelle Sonderstellung nunmehr definitiv eingebüßt hat, dann sollten seine Politiker – im wohlverstandenen eigenen Interesse – auch die überkommene Rhetorik ablegen, die eine solche Sonderrolle für das Land noch weiter reklamiert. Die Zeit einer gaullistischen oder gaullistisch inspirierten Rhetorik, wie sie über weite Strecken die Geschichte der V. Republik entscheidend geprägt hat, scheint vielmehr unwiderruflich vorbei zu sein. Zwischen dem hochgemuten

subjektiven Anspruch auf eine französische Ausnahmestellung, auf die berühmte *exception française*, und der weit weniger glanzvollen, objektiven Machtposition des Landes in der internationalen Politik hat zwar auch schon zu Zeiten eines General de Gaulle eine beachtliche Lücke geklafft.¹⁶ Und gerade mit der geschwächten Position Frankreichs hatte der Gründungsvater der V. Republik gesprächsweise kurz vor seinem Tod sogar die Notwendigkeit seiner sogenannten *grande politique* begründet: „C'est parce que nous ne sommes plus une grande puissance qu'il nous faut une grande politique, parce que, si nous n'avons pas une grande politique, comme nous ne sommes plus une grande puissance, nous ne serons plus rien.“¹⁷ (Weil Frankreich keine Großmacht mehr ist, brauchen wir eine große Politik, denn wenn wir keine große Politik mehr haben, werden wir, gerade weil wir keine Großmacht mehr sind, nichts mehr sein.)

In der Gegenwart der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts aber müsste das Beharren auf einer solch traditionellen Großmacht-Rolle, für die es in der Gegenwart keine Entsprechung in der Wirklichkeit mehr gibt, bestenfalls nostalgisch anmuten und wäre daher auch nicht mehr als Ausdruck einer an der Realität ausgerichteten Politik zu verstehen.

DIE ROLLE DER KULTUR IN DER AKTUELLEN FRANZÖSISCHEN AUßENPOLITIK

Schaut man sich die Verlautbarungen der aktuellen französischen Regierung näher an, so hat es den Anschein, als habe diese mehr als ihre Vorgängerinnen die veränderte Wirklichkeit zur Kenntnis genommen.

Zwar spricht auch Außenminister Fabius in seiner eingangs zitierten Grundsatzrede an der Sorbonne noch von der *diplomatie culturelle* mit ihrem ausgedehnten Netzwerk als einem Trumpf („*atout*“), den es auch weiter im Interesse Frankreichs zu nutzen gelte. Von der mitunter allzu selbstgewissen Diktion vergangener Zeiten, die einen gleichsam natürlichen Primat der *civilisation française* behauptete, ist jedoch in seiner Rede und auch anderswo deutlich weniger zu vernehmen.

Aber nicht nur auf der Diskursebene, auch in der praktischen Politik der jetzigen Regierung

hat die Kultur erkennbar an Gewicht verloren. Das gilt zum einen für die innerfranzösische Kulturpolitik, in der es kein annähernd so ambitioniertes Projekt wie noch zu Zeiten des ersten sozialistischen Präsidenten François Mitterrand und seines legendären Kulturministers Jack Lang zu geben scheint, das geeignet wäre, die Weltgeltung der französischen Kultur zu befördern. Das gilt zum anderen aber eben auch für die Auswärtige Kulturpolitik, die nicht nur in finanzieller Hinsicht ganz offenkundig nicht im Fokus der gegenwärtigen französischen Außenpolitik steht. Vielleicht schwingt dabei auch die Erkenntnis mit, dass die kulturelle Ausstrahlung eines Landes ohnehin nicht in erster Linie das Ergebnis einer voluntaristischen Politik ist, wie gerade das Beispiel der USA zeigt, denen Fabius – ein für einen französischen Außenminister beachtliches Zugeständnis – ausdrücklich die Position nicht nur als politischer, sondern auch als kultureller Führungsmacht zugesteht.¹⁸

In der Konzeption von Frankreich als *puissance d'influence*, wie sie auch von Präsident François Hollande vertreten wird, hat so die *diplomatie culturelle* offenkundig in dem Maße an Bedeutung verloren, in dem auch der *rayonnement culturel* im globalen Maßstab nachgelassen hat. Die Kulturdiplomatie sieht sich vielmehr im Wesentlichen wieder auf ihre *soft-power-Funktion* als Imageförderin reduziert. Als solche spielt sie nur noch eine untergeordnete Rolle, die die politische und wirtschaftliche *hard power* des Landes, die im Zentrum der französischen Außenpolitik steht, allenfalls ergänzen soll.¹⁹

Neben der überaus aktiven Rolle, die Frankreich unter Hollandes Präsidentschaft in der internationalen Politik nicht zuletzt auch bei der militärischen Lösung von Konflikten wie in Mali und in der Zentralafrikanischen Republik eingenommen hat, wird dabei in zunehmenden Maße der *diplomatie économique* eine Schlüsselfunktion zugesprochen. Weil einerseits in der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts die Stellung eines Landes entscheidend auf seiner Wirtschaftskraft beruht und andererseits Frankreichs Wirtschaft deutlich an internationaler Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt hat, besteht ohne Zweifel auf diesem Gebiet ein großer Nachholbedarf. Nicht ohne Grund hat Präsi-

dent Hollande daher auf seiner großen Pressekonferenz im Élysée-Palast am 14. Januar 2014 den wirtschaftspolitischen Kurswechsel, mit dem die französische Wirtschaft aus ihrer tiefen Krise herausgeführt werden soll, auch außenpolitisch begründet:

„C'est maintenant que la France dans 10 ans se prépare. Ce que je veux qu'elle soit: forte dans son économie, sinon il n'y a pas de diplomatie possible, pas d'influence internationale.“²⁰

(Jetzt werden die Weichen gestellt für das Frankreich in zehn Jahren. Ich will Frankreich wirtschaftlich stark, sonst ist keine Diplomatie, kein internationaler Einfluss möglich.)

Doch sollte bei aller Bedeutung der Wirtschaft in der globalisierten Welt die außenpolitische Rolle der französischen Kultur und des rayonnement culturel auch in der Zukunft nicht geringgeschätzt werden. Denn das Frankreich des 21. Jahrhunderts wird zwar nicht mehr die kulturelle Großmacht sein, die es in den vergangenen Jahrhunderten ohne Zweifel gewesen ist. Doch es wird auch weiterhin über eine reiche, auf einer langen Geschichte beruhende Kultur verfügen, deren Faszination auch im Zeitalter der Globalisierung noch über die Grenzen des Landes hinaus auszustrahlen und auf diese Weise auch in Zukunft den Einfluss Frankreichs in der Welt zu mehren vermag.

|| PROF. DR. VOLKER STEINKAMP

Professor für Französische und Italienische Literatur- und Kulturwissenschaft, Universität Duisburg-Essen

ANMERKUNGEN

- ¹ Fabius, Laurent: La France, puissance d'influence: quelle politique internationale?, Conférence, Paris, 27.3.2013, in: <http://www.diplomatie.gouv.fr/fr/les-ministres-818/laurent-fabius/discours-21591/article/la-france-puissance-d-influence>, Stand: 22.1.2014.
- ² Ebd.
- ³ Diese und die folgenden Übersetzungen der französischen Zitate stammen vom Verfasser.
- ⁴ Vgl. Steinkamp, Volker: Frankreichs soft power im 21. Jahrhundert, in: Frankreich Jahrbuch 2011, hrsg. vom Deutsch-französischen Institut, Ludwigsburg 2012, S. 131-142.
- ⁵ Vgl. dazu etwa die Bemerkungen von Marc Fumaroli, dem wohl profiliertesten Kritiker des französischen „État culturel“ (so auch der Titel seiner 1992 erschienenen, aufsehenerregenden Essays) und zugleich selber Mitglied in der wichtigsten staatlichen Kulturinstitution, der von Kardinal Richelieu gegründeten Académie française: „Die Anstrengungen des Kardinals führten dazu, dass die Künste in Frankreich primär als Mittel der Politik etabliert und verstanden wurden – diese ‚Erbstünde‘ wird Richelieu immer anhaften.“ Fumaroli, Marc: Richelieu, Patron der Künste, in: Richelieu (1585-1642) – Kunst, Macht und Politik, hrsg. von Hilliard T. Goldfarb, Gent 2002, S. 43.
- ⁶ Mit einigem Recht ließe sich bereits auf den Renaissance-König François I. verweisen, der schon in der 1. Hälfte des 16. Jahrhunderts eine überaus aktive Kulturpolitik betrieben hat, u. a. indem er die berühmtesten Künstler und Architekten aus dem Italien der Renaissance (der bekannteste unter ihnen war Leonardo da Vinci) an seinen Hof holte und das Collège royal, das heutige Collège de France, gründete.
- ⁷ Zu Frankreichs politique culturelle étrangère vgl. Steinkamp, Volker: Die Auswärtige Kulturpolitik als Instrument der französischen Außenpolitik, in: Frankreich-Themen 2010, hrsg. von Claire Demesmay und Katrin Sold, Baden-Baden 2012, S. 73-82.
- ⁸ Diese Angaben stammen weitgehend aus: Entretien avec Laurent Fabius, in: Revue internationale et stratégique 1/2013, S. 53-65.
- ⁹ So u. a. in seiner oben zitierten Sorbonne-Rede, vgl. Fabius: La France, puissance d'influence.
- ¹⁰ Näheres zu dieser LOI n° 2013-660 du 22 juillet 2013 relative à l'enseignement supérieur et à la recherche findet sich in: <http://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=JORFTEXT000027735009>, Stand: 22.1.2014.
- ¹¹ So heißt es in einer von verschiedenen Hochschulprofessoren und Intellektuellen unterzeichneten Petition in Le Monde vom 21.5.2013, vgl. <http://www.lemonde.fr/idees/article/2013/05/21/pour-l-universite-et>

- la-recherche-le-changement-promis-tourne-au-desastre_3388555_3232.html, Stand: 22.1.2014.
- ¹² http://www.liberation.fr/societe/2013/03/19/reforme-du-superieur-le-projet-fade-fache-deja_889812, Stand: 22.1.2014.
- ¹³ Als ein besonders eindrucksvolles Beispiel für die Faszination, die die französische Kultur auch heute noch auf ein hochgebildetes „Elite“-Publikum auch in der angelsächsischen Welt auszuüben vermag, sei auf das Interview verwiesen, das die Revue des deux mondes (Juni 2013) mit dem amerikanischen Supreme-Court-Richter Stephen Breyer geführt hat und in dem dieser eine stupende Vertrautheit mit dem Romanwerk Marcel Prousts bezeugt. In englischer Übersetzung ist dieses lesenswerte Interview auch in der New York Review of Books (7.11.2013) erschienen: <http://www.nybooks.com/articles/archives/2013/nov/07/reading-proust/>, Stand: 22.1.2014.
- ¹⁴ Hier kann nur auf die angelsächsisch-französische Debatte verwiesen werden, die im Frühjahr 2013 zwischen dem englischen Economist und Le Monde mit den üblichen Frontlinien zum wiederholten Mal zur Frage der „exception culturelle“ geführt worden ist. Vgl. dazu u. a. die Kolumne „Charlemagne“ im Economist vom 15.6.2013, <http://www.economist.com/news/europe/21579493-transatlantic-free-trade-deal-needlessly-held-up-over-subsidies-film-makers-exception>, Stand: 22.1.2014 und die Antwort von Franchon, Alain: „My exception culturelle is good“, in: Le Monde, 3.7.2013.
- ¹⁵ Védrine, Hubert: Continuer l'histoire, Paris 2008, S. 120.
- ¹⁶ Henry Kissinger sieht bereits zu Zeiten Napoléons III. „an inherent gap between France's image of itself as the dominant nation of Europe and its capacity to live up to it – a gap that has blighted French policy to this day.“; Kissinger, Henry A.: Diplomacy, New York 1994, S. 119.
- ¹⁷ Zitiert in: Saint Robert, Philippe de: Septennats interrompus, Paris 1975, S. 18.
- ¹⁸ So in einer Rede vor der École polytechnique am 25.6.2013, <http://www.diplomatie.gouv.fr/fr/les-ministres-818/laurent-fabius/discours-21591/article/politique-etrangere-de-la-france>, Stand: 22.1.2014.
- ¹⁹ Ebd. Diese Wertigkeit hat Fabius in der soeben angeführten Rede in aller Deutlichkeit formuliert: „Le rayonnement culturel, intellectuel et scientifique contribue à notre poids politique et participe à la construction d'une image positive de la France. Ce sont des dimensions complémentaires des aspects politiques et économiques de notre politique étrangère.“
- ²⁰ <http://www.elysee.fr/chronologie/#e5397,2014-01-14,conference-de-presse-et-v-ux-aux-journalistes-confpr-2>, Stand: 22.1.2014.

VERANTWORTLICH

Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser

Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München

HERAUSGEBER

Bernd Rill

bis Dezember 2013 Referent für Recht, Staat, Europäische Integration, Integrationspolitik und Dialog der Kulturen, Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München

Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen

Die „Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen“ werden ab Nr. 14 parallel zur Druckfassung auch als PDF-Datei auf der Homepage der Hanns-Seidel-Stiftung angeboten: www.hss.de/mediathek/publikationen.html. Ausgaben, die noch nicht vergriffen sind, können dort oder telefonisch unter 089/1258-263 kostenfrei bestellt werden.

- Nr. 01 Berufsvorbereitende Programme für Studierende an deutschen Universitäten
- Nr. 02 Zukunft sichern: Teilhabegesellschaft durch Vermögensbildung
- Nr. 03 Start in die Zukunft – Das Future-Board
- Nr. 04 Die Bundeswehr – Grundlagen, Rollen, Aufgaben
- Nr. 05 „Stille Allianz“? Die deutsch-britischen Beziehungen im neuen Europa
- Nr. 06 Neue Herausforderungen für die Sicherheit Europas
- Nr. 07 Aspekte der Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union
- Nr. 08 Möglichkeiten und Wege der Zusammenarbeit der Museen in Mittel- und Osteuropa
- Nr. 09 Sicherheit in Zentral- und Südasiens – Determinanten eines Krisenherdes
- Nr. 10 Die gestaltende Rolle der Frau im 21. Jahrhundert
- Nr. 11 Griechenland: Politik und Perspektiven
- Nr. 12 Russland und der Westen
- Nr. 13 Die neue Familie: Familienleitbilder – Familienrealitäten
- Nr. 14 Kommunistische und postkommunistische Parteien in Osteuropa – Ausgewählte Fallstudien
- Nr. 15 Doppelqualifikation: Berufsausbildung und Studienberechtigung – Leistungsfähige in der beruflichen Erstausbildung
- Nr. 16 Qualitätssteigerung im Bildungswesen: Innere Schulreform – Auftrag für Schulleitungen und Kollegien
- Nr. 17 Die Beziehungen der Volksrepublik China zu Westeuropa – Bilanz und Ausblick am Beginn des 21. Jahrhunderts
- Nr. 18 Auf der ewigen Suche nach dem Frieden – Neue und alte Bedingungen für die Friedenssicherung
- Nr. 19 Die islamischen Staaten und ihr Verhältnis zur westlichen Welt – Ausgewählte Aspekte
- Nr. 20 Die PDS: Zustand und Entwicklungsperspektiven
- Nr. 21 Deutschland und Frankreich: Gemeinsame Zukunftsfragen
- Nr. 22 Bessere Justiz durch dreigliedrigen Justizaufbau?
- Nr. 23 Konservative Parteien in der Opposition – Ausgewählte Fallbeispiele
- Nr. 24 Gesellschaftliche Herausforderungen aus westlicher und östlicher Perspektive – Ein deutsch-koreanischer Dialog
- Nr. 25 Chinas Rolle in der Weltpolitik
- Nr. 26 Lernmodelle der Zukunft am Beispiel der Medizin
- Nr. 27 Grundrechte – Grundpflichten: eine untrennbare Verbindung

- Nr. 28 Gegen Völkermord und Vertreibung – Die Überwindung des zwanzigsten Jahrhunderts
- Nr. 29 Spanien und Europa
- Nr. 30 Elternverantwortung und Generationenethik in einer freiheitlichen Gesellschaft
- Nr. 31 Die Clinton-Präsidentschaft – ein Rückblick
- Nr. 32 Alte und neue Deutsche? Staatsangehörigkeits- und Integrationspolitik auf dem Prüfstand
- Nr. 33 Perspektiven zur Regelung des Internetversandhandels von Arzneimitteln
- Nr. 34 Die Zukunft der NATO
- Nr. 35 Frankophonie – nationale und internationale Dimensionen
- Nr. 36 Neue Wege in der Prävention
- Nr. 37 Italien im Aufbruch – eine Zwischenbilanz
- Nr. 38 Qualifizierung und Beschäftigung
- Nr. 39 Moral im Kontext unternehmerischen Denkens und Handelns
- Nr. 40 Terrorismus und Recht – Der wehrhafte Rechtsstaat
- Nr. 41 Indien heute – Brennpunkte seiner Innenpolitik
- Nr. 42 Deutschland und seine Partner im Osten – Gemeinsame Kulturarbeit im erweiterten Europa
- Nr. 43 Herausforderung Europa – Die Christen im Spannungsfeld von nationaler Identität, demokratischer Gesellschaft und politischer Kultur
- Nr. 44 Die Universalität der Menschenrechte
- Nr. 45 Reformfähigkeit und Reformstau – ein europäischer Vergleich
- Nr. 46 Aktive Bürgergesellschaft durch bundesweite Volksentscheide? Direkte Demokratie in der Diskussion
- Nr. 47 Die Zukunft der Demokratie – Politische Herausforderungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts
- Nr. 48 Nachhaltige Zukunftsstrategien für Bayern – Zum Stellenwert von Ökonomie, Ethik und Bürgerengagement
- Nr. 49 Globalisierung und demografischer Wandel – Fakten und Konsequenzen zweier Megatrends
- Nr. 50 Islamistischer Terrorismus und Massenvernichtungsmittel
- Nr. 51 Rumänien und Bulgarien vor den Toren der EU
- Nr. 52 Bürgerschaftliches Engagement im Sozialstaat
- Nr. 53 Kinder philosophieren
- Nr. 54 Perspektiven für die Agrarwirtschaft im Alpenraum
- Nr. 55 Brasilien – Großmacht in Lateinamerika
- Nr. 56 Rauschgift, Organisierte Kriminalität und Terrorismus
- Nr. 57 Fröhlicher Patriotismus? Eine WM-Nachlese
- Nr. 58 Bildung in Bestform – Welche Schule braucht Bayern?
- Nr. 59 „Sie werden Euch hassen ...“ – Christenverfolgung weltweit
- Nr. 60 Vergangenheitsbewältigung im Osten – Russland, Polen, Rumänien
- Nr. 61 Die Ukraine – Partner der EU

- Nr. 62 Der Weg Pakistans – Rückblick und Ausblick
- Nr. 63 Von den Ideen zum Erfolg: Bildung im Wandel
- Nr. 64 Religionsunterricht in offener Gesellschaft
- Nr. 65 Vom christlichen Abendland zum christlichen Europa –
Perspektiven eines religiös geprägten Europabegriffs für das 21. Jahrhundert
- Nr. 66 Frankreichs Außenpolitik
- Nr. 67 Zum Schillerjahr 2009 – Schillers politische Dimension
- Nr. 68 Ist jede Beratung eine gute Beratung? Qualität der staatlichen Schulberatung in Bayern
- Nr. 69 Von Nizza nach Lissabon – neuer Aufschwung für die EU
- Nr. 70 Frauen in der Politik
- Nr. 71 Berufsgruppen in der beruflichen Erstausbildung
- Nr. 72 Zukunftsfähig bleiben! Welche Werte sind hierfür unverzichtbar?
- Nr. 73 Nationales Gedächtnis in Deutschland und Polen
- Nr. 74 Die Dynamik der europäischen Institutionen
- Nr. 75 Nationale Demokratie in der Ukraine
- Nr. 76 Die Wirtschaftsschule von morgen
- Nr. 77 Ist der Kommunismus wieder hoffähig?
Anmerkungen zur Diskussion um Sozialismus und Kommunismus in Deutschland
- Nr. 78 Gerechtigkeit für alle Regionen in Bayern –
Nachdenkliches zur gleichwertigen Entwicklung von Stadt und Land
- Nr. 79 Begegnen, Verstehen, Zukunft sichern –
Beiträge der Schule zu einem gelungenen kulturellen Miteinander
- Nr. 80 Türkische Außenpolitik
- Nr. 81 Die Wirtschaftsschule neu gedacht – Neukonzeption einer traditionsreichen Schulart
- Nr. 82 Homo oecologicus – Menschenbilder im 21. Jahrhundert
- Nr. 83 Bildung braucht Bindung
- Nr. 84 Hochschulpolitik: Deutschland und Großbritannien im Vergleich
- Nr. 85 Energie aus Biomasse – Ethik und Praxis
- Nr. 86 Türkische Innenpolitik – Abschied vom Kemalismus?
- Nr. 87 Homo neurobiologicus – Ist der Mensch nur sein Gehirn?
- Nr. 88 Frauen im ländlichen Raum
- Nr. 89 Kirche im ländlichen Raum – Resignation oder Aufbruch?
- Nr. 90 Ohne Frauen ist kein Staat zu machen – Gleichstellung als Motor für nachhaltige Entwicklung
- Nr. 91 Der Erste Weltkrieg – „In Europa gehen die Lichter aus!“
- Nr. 92 Deutsch als Identitätssprache der deutschen Minderheiten
- Nr. 93 Frankreichs Grandeur – Einst und Jetzt

